

ANDREAS HARATSCH
CHRISTIAN KOENIG
MATTHIAS PECHSTEIN

Europarecht

II. Auflage



MOHR SIEBECK

MOHR SIEBECK LEHRBUCH

Mohr Siebeck Lehrbücher

Andreas Haratsch/Christian Koenig/Matthias Pechstein
Europarecht



Andreas Haratsch/Christian Koenig/
Matthias Pechstein

Europarecht

11., überarbeitete und aktualisierte Auflage

Mohr Siebeck

Andreas Haratsch: Geboren 1963; 1982–88 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz; 1990/91 Studium an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer; 1992 zweites juristisches Staatsexamen; 1997 Promotion; 2003 Habilitation; ab Wintersemester 2005/06 Vertreter des Lehrstuhls Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Völkerrecht an der FernUniversität in Hagen; seit 2007 Univ.-Prof. und Inhaber dieses Lehrstuhls; seit 2017 Direktor des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften der FernUniversität in Hagen.

Christian Koenig: Geboren 1961; 1980–85 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Mainz; 1986 Master of Laws (London School of Economics); 1988 Promotion; 1991 zweites juristisches Staatsexamen; 1993 Habilitation; seit 1994 Univ.-Prof.; seit 1999 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.

Matthias Pechstein: Geboren 1958; 1979–85 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz und Nizza; 1987 Promotion; 1989 zweites juristisches Staatsexamen; 1989–90 Referent im Bundesministerium des Inneren für europäische Medienpolitik; 1990–93 wiss. Assistent an der Universität Bayreuth; 1993–94 Richter am Verwaltungsgericht Berlin; 1994 Habilitation; seit 1995 o. Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

1. Auflage 1996
2. Auflage 1998
3. Auflage 2000
4. Auflage 2003
5. Auflage 2006
6. Auflage 2009
7. Auflage 2010
8. Auflage 2012
9. Auflage 2014
10. Auflage 2016
11. Auflage 2018

ISBN 978-3-16-155974-7 / eISBN 978-3-16-155975-4
ISSN 2568-4566 (Mohr Siebeck Lehrbuch)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Jung Crossmedia Publishing in Lahnau gesetzt und von C. H. Beck in Nördlingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Vorwort zur elften Auflage

Dieses Lehrbuch zum Europarecht richtet sich vor allem an Studierende. Wir hoffen aber auch, dem praktisch – sei es beruflich oder anderweitig – am Europarecht Interessierten beim rechtsdogmatischen und kasuistischen Zugang zur europäischen Integration behilflich zu sein. Das Lehrbuch kann sowohl als Einführung als auch zum Wiederholen des europarechtlichen Prüfungsstoffes anhand der Merksätze und Übersichten herangezogen werden. Merksätze und Prüfungsübersichten sollen als Lernkontrollen zum nochmaligen Nachlesen im betreffenden Kapitel anregen. Damit die Ausführungen immer „hart am Recht“ verstanden werden, empfehlen wir nachdrücklich, parallel zur Buchlektüre die im Text zitierten Vertragsbestimmungen nachzulesen. Ebenso wichtig ist die Lektüre zumindest der Leitentscheidungen, die am Ende einzelner Abschnitte angeführt werden. Eine wertvolle Hilfe leistet dabei die von *Matthias Pechstein* kommentierte Studienauswahl von Entscheidungen des EuGH, die zeitgleich in zehnter Auflage im Verlag Mohr Siebeck erscheint. Eine aktuelle Ergänzung hierzu bietet das Internetprojekt *DeLuxe* (www.rewi.europa-uni.de/deluxe), in welchem in Anlehnung an den Ansatz der Entscheidungssammlung die neuesten Urteile des Gerichtshofs didaktisch aufbereitet werden. In dieser elften Auflage wird in den Fußnoten bei den einschlägigen EuGH-Urteilen auf die Entscheidungssammlung in der zehnten Auflage hingewiesen (P Nr. xy).

Die elfte Auflage aktualisiert die Darstellung des Europarechts und berücksichtigt nicht zuletzt den bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie die Reform des europäischen Vergaberechts. Zudem ist nicht nur die Literatur auf den neuesten Stand gebracht worden, sondern es sind auch die seit der Voraufgabe eingetretenen Entwicklungen in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, der europarechtsrelevanten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie im relevanten Sekundärrecht der Europäischen Union berücksichtigt worden. Hinzuweisen ist darauf, dass die amtliche Entscheidungssammlung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Jahr 2012 eingestellt worden ist. Alle Entscheidungen ab dem Jahr 2012 werden in diesem Lehrbuch daher mit dem sog. European Case Law Identifier (ECLI) zitiert (näher hierzu Rn. 502).

VI Vorwort zur elften Auflage

In dieser elften Auflage werden die Vertragsbestimmungen in der neuen Artikelnummerierung des EU- und des AEU-Vertrags zitiert, wie sie durch den Lissabonner Vertrag eingeführt worden ist. Wird eine Vertragsbestimmung des Rechts vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages zitiert, so erfolgt dies mit dem Hinweis „a. F.“, z. B. Art. 5 EGV a. F., der nach dem Lissabonner Vertrag Art. 5 EUV entspricht, oder Art. 39 EGV a. F. für den jetzigen Art. 45 AEUV.

Bei der Erstellung der elften Auflage danken wir Frau *Michelle Nagel* für die Mithilfe bei der Aktualisierung von Kapitel 1.

Für die engagierte und zuverlässige Koordination ebenso wie für die inhaltliche Mitarbeit danken wir Frau *Veronika Koch* (4. Kapitel, Abschnitt III. und 5. Kapitel, Abschnitt III. 3). Darüber hinaus gilt unser Dank für die Unterstützung bei der Überarbeitung Frau *Lucyne Ghazarian*, Frau *Beatrice Wilden*, Frau *Beate Förtsch*, Herrn *Carl Prior*, Frau *Franziska Stern* und Frau *Katharina Nolte*. Gleiches gilt für Herrn *Christopher Kämper*, Herrn *Szymon Koblhepp*, Frau *Jula Bräuer*, Frau *Anastasia Borodina*, Frau *Sophie Steinz*, Frau *Nadja Rünzel* und Herrn *Martin Neumann*. Großer Dank gebührt zudem Frau *Birgit Löckenhoff* für ihre unermüdliche Mithilfe im Rahmen der Organisation sowie für stets wertvolle Anregungen und Anmerkungen.

Für die gewohnt vorzügliche verlegerische Betreuung danken wir Frau *Daniela Taudt*, LL.M. Eur., vom Verlag Mohr Siebeck.

Hagen, Bonn, Frankfurt (Oder)

*Andreas Haratsch
Christian Koenig
Matthias Pechstein*

Das Projekt DeLuxe richtet sich an alle, die an aktuellen Entwicklungen der Rechtsprechung der Unionsgerichtsbarkeit interessiert sind, Hauptzielgruppe sind Studenten und Referendare.

Die Kenntnis der wesentlichen Entscheidungen der Unionsgerichte ist notwendige Grundvoraussetzung für jeden, der sich mit dem Europarecht beschäftigt. Mit der aktuellen Entwicklung Schritt zu halten, fällt jedoch angesichts der Dynamik der unionsgerichtlichen Rechtsprechung erfahrungsgemäß immer schwerer.

Das Projekt DeLuxe will hier Abhilfe schaffen. Aktuelle studienrelevante EuGH-Entscheidungen werden nach einem einheitlichen Muster didaktisch aufbereitet:

- **Das Wichtigste** jeder Entscheidung wird in redaktionellen Leitsätzen am Anfang zusammengefasst.
- **Vorbemerkungen** liefern die dogmatischen Hintergründe und eine kritische Würdigung zur Einordnung der Entscheidung in die Struktur des Europarechts.

- **Vertiefende Leschinnweise** in ausbildungsrelevanter Literatur ermöglichen ein weiterführendes Selbststudium.
- Der zusammenfassende **Sachverhalt** liefert den für das Verständnis der Entscheidungsgründe notwendigen tatsächlichen Hintergrund.
- Im Hauptteil werden die wichtigsten Passagen **aus den Entscheidungsgründen** im Originalwortlaut wiedergegeben.

Die gesamte Darstellung der Entscheidungen orientiert sich an dem Werk „Entscheidungen des EuGH – Kommentierte Studienauswahl“, herausgegeben von Prof. Dr. M. Pechstein. Das Projekt DeLuxe versteht sich daher als stets aktuelle Ergänzung zu diesem Buch.

Viel Erfolg mit DeLuxe!

Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
Vorwort zur elften Auflage	V	
Inhaltsverzeichnis	XV	
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
--	---	---

II. Die Ursprünge der Europaidee	2	3
---	---	---

III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses	3	7
---	---	---

1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	4	7
--	---	---

2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	6	13
--	---	----

3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	7	16
---	---	----

4. Maastrichter Vertrag 1992	9	20
--	---	----

5. Amsterdamer Vertrag 1997	10	24
---------------------------------------	----	----

6. Vertrag von Nizza 2001	10	26
-------------------------------------	----	----

7. Auflösung der EGKS 2002	11	28
--------------------------------------	----	----

8. Erweiterung der Europäischen Union	12	30
---	----	----

9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	13	33
---	----	----

10. Vertrag von Lissabon 2007	14	34
---	----	----

11. Austritt Großbritanniens	16	40
--	----	----

IV. Europarat und europäischer Menschenrechtsschutz	17	42
--	----	----

1. Funktionsweise und Ziele des Europarates	18	42
---	----	----

2. Die Europäische Menschenrechtskonvention	19	45
---	----	----

V. Merksätze	23	52
-------------------------------	----	----

X Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
2. Kapitel Die Europäische Union	25	53
I. Die Architektur der Europäischen Union	25	53
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	25	53
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	32	66
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	33	70
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Union	34	72
5. Merksätze	39	83
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	41	84
1. Grundregeln	41	84
2. Verfahren	42	86
3. Merksätze	44	89
III. Die EU-Vertragsänderung	44	90
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	44	90
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	48	99
3. Merksätze	49	100
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	50	101
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	50	101
2. Das Beitrittsverfahren	51	105
3. Die Beitrittswirkung	52	107
4. Merksätze	53	108
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	53	109
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	54	109
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	56	113
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	56	114
4. Merksätze	59	120
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	60	121
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	60	121
2. Die Unionsorgane	106	216
3. Rechtsetzungsverfahren	150	338
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	163	376
5. Vollzug des Unionsrechts	208	470
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	213	484
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	272	615
8. Haftung der Europäischen Union	277	623

	Seite	Rn.
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	286	640
10. Haushalts- und Personalrecht	299	667
3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts	307	679
I. Die Grundrechte des Unionsrechts	307	679
1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	308	679
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	311	683
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	312	684
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	314	689
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	315	690
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	316	692
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	322	704
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	327	716
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	327	718
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	330	727
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	337	742
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	338	744
13. Merksätze	339	745
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV	341	746
1. Schutzbereich	343	750
2. Diskriminierung	349	762
3. Rechtfertigung	352	766
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	354	769
5. Merksätze	355	770
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	356	771
1. Die Unionsbürgerschaft	359	777
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	364	788
3. Kommunalwahlrecht	381	810
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	384	816
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	386	820
6. Petitions- und Beschwerderecht	387	825
7. Bürgerbegehren	390	836
8. Merksätze	391	838

	Seite	Rn.
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	393	839
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	394	839
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	394	841
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	398	845
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	415	871
5. Merksätze	416	872
6. Freiheit des Warenverkehrs	416	873
7. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	448	929
8. Niederlassungsfreiheit	472	976
9. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	500	1020
10. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	533	1071
4. Kapitel Interne Politiken der Europäischen Union	551	1102
I. Landwirtschafts- und Fischereipolitik	551	1102
II. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	553	1107
1. Allgemeine Bestimmungen	554	1107
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	555	1111
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	562	1123
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	564	1125
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	569	1135
III. Wettbewerbskontrolle	571	1140
1. Wettbewerbspolitik	571	1140
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	579	1149
3. Beihilfenkontrolle	636	1236
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	678	1311
5. Kurzaufsicht: Vergaberecht	693	1335
IV. Rechtsangleichung im Binnenmarkt	705	1348
V. Wirtschafts- und Währungspolitik	709	1355
1. Wirtschaftspolitik	709	1355
2. Die Verwirklichung der Währungsunion	710	1356
3. Die Europäische Währung	712	1361
4. Die Euro-Gruppe	713	1362
5. Euro-Rettungsmaßnahmen im Zeichen der Krise	714	1363
6. Austritt und Ausschluss aus der Eurozone	731	1388
7. Der Wechselkursmechanismus	732	1391
VI. Sozialpolitik	733	1392

	Seite	Rn.
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	739	1401
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	739	1401
1. Grundlagen und Ziele der GASP	739	1401
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	741	1405
3. Die Handlungsformen der GASP	743	1410
4. Institutionen der GASP	745	1416
5. Die Finanzierung der GASP	747	1422
6. Merksätze	748	1423
II. Assoziierungspolitik	748	1424
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	749	1424
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	749	1425
III. Gemeinsame Handelspolitik	752	1432
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäischen Union	754	1433
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	756	1435
3. Kurzaufsatz: Antidumping- und Antisubventionsrecht	757	1438
4. Handelsembargos der Europäischen Union	761	1447
5. Merksätze	763	1450
IV. Sonstige Auswärtige Politiken	763	1451
1. Entwicklungszusammenarbeit	764	1451
2. Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern	764	1452
3. Humanitäre Hilfe	764	1453
4. Merksätze	765	1455
Ausgewählte Literaturempfehlungen	767	
I. Lehrbücher	767	
II. Handbücher und Kommentare	768	
III. Text- und Entscheidungssammlungen	769	
IV. www-Adressen	769	
Sachverzeichnis	771	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort zur elften Auflage	V	
Inhaltsübersicht	IX	
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
II. Die Ursprünge der Europaidee	2	3
III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses	3	7
1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	4	7
2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	6	13
3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	7	16
4. Maastrichter Vertrag 1992	9	20
5. Amsterdamer Vertrag 1997	10	24
6. Vertrag von Nizza 2001	10	26
7. Auflösung der EGKS 2002	11	28
8. Erweiterung der Europäischen Union	12	30
9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	13	33
10. Vertrag von Lissabon 2007	14	34
11. Austritt Großbritanniens	16	40
IV. Europarat und europäischer Menschenrechtsschutz	17	42
1. Funktionsweise und Ziele des Europarates	18	42
2. Die Europäische Menschenrechtskonvention	19	45
V. Merksätze	23	52

	Seite	Rn.
2. Kapitel Die Europäische Union	25	53
I. Die Architektur der Europäischen Union	25	53
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	25	53
a) Von der Tempelkonstruktion zur einheitlichen Union	25	53
b) Die Union als Staatenverbund	28	57
c) Die Charakteristik des supranationalen Unionsrechts	29	59
d) Der intergouvernementale Charakter des Unionsrechts im Bereich der GASP	30	62
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	32	66
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	33	70
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungs- fähigkeit der Europäischen Union	34	72
a) Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Union	34	72
b) Die Vertragsschlusskompetenzen der Europäischen Union	35	74
c) Das Vertragsschlussverfahren	37	79
d) Die Deliktstfähigkeit der Europäischen Union	38	81
e) Das Gesandtschaftsrecht der Europäischen Union	39	82
5. Merksätze	39	83
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	41	84
1. Grundregeln	41	84
2. Verfahren	42	86
3. Merksätze	44	89
III. Die EU-Vertragsänderung	44	90
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	44	90
a) Das ordentliche Änderungsverfahren	45	91
b) Die vereinfachten Änderungsverfahren	46	95
aa) Das vereinfachte Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV	46	95
bb) Das Brückenverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV	46	96
c) Kein änderungsfester Kern des Unionsrechts	47	98
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	48	99
3. Merksätze	49	100
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	50	101
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	50	101
2. Das Beitrittsverfahren	51	105
3. Die Beitrittswirkung	52	107
4. Merksätze	53	108

	Seite	Rn.
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	53	109
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	54	109
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	56	113
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	56	114
4. Merksätze	59	120
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	60	121
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	60	121
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen der EU-Mitgliedschaft nach dem Grundgesetz	62	121
aa) Die Öffnung der deutschen Rechtsordnung	62	122
bb) Anforderungen an die Struktur der Europäischen Union	65	126
(α) Effektiver Grundrechtsschutz auf Unionsebene	65	127
(β) Die Weiterentwicklung der Demokratie auf Unionsebene	66	130
b) Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausbaus der Union	69	137
aa) Unantastbarkeit der souveränen Staatlichkeit Deutschlands	70	141
bb) Beachtung des föderalen Prinzips beim Ausbau der EU	71	142
cc) Bewahrung der innerstaatlichen Demokratie	73	145
c) Überwachung der Integrationsgrenzen durch das BVerfG	74	146
aa) Identitätskontrolle	75	149
bb) Ultra-vires-Kontrolle	76	152
cc) Die Grundrechtskontrolle	78	156
dd) Unanwendbarkeit des Rechts der Europäischen Union	79	158
dd) Vorherige Vorlage an den Europäischen Gerichtshof	80	161
ff) Entscheidungsmonopol des Bundesverfassungs- gerichts	81	163
d) Unionsrecht und Recht der Mitgliedstaaten	82	165
aa) Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten	82	165
bb) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	84	172
cc) Kompetenzergänzungsbestimmung und „implied powers“	86	178
dd) Subsidiaritätsprinzip	88	181
ee) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	92	192
ff) Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	93	196

	Seite	Rn.
gg) Das Gebot unionsrechtskonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	99	206
e) Pflicht zur Unionstreue	101	209
f) Schutz- und Notstandsklauseln	102	211
g) Notbremsemechanismus	103	213
h) Merksätze	104	215
2. Die Unionsorgane	106	216
a) Überblick	107	216
b) Institutionelles Gleichgewicht	109	221
c) Europäisches Parlament	109	224
aa) Zusammensetzung und Organisation des Parlaments	110	225
bb) Aufgaben des Parlaments	116	240
cc) Beschlussfassung	119	248
d) Europäischer Rat	119	250
aa) Zusammensetzung und Organisation des Europäischen Rates	119	251
bb) Aufgaben des Europäischen Rates	121	255
cc) Beschlussfassung	121	257
e) Rat	122	259
aa) Zusammensetzung und Organisation des Rates	122	260
bb) Aufgaben des Rates	125	266
cc) Beschlussfassung	126	268
(α) Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit	126	269
(β) Einstimmige Beschlussfassung	129	277
f) Europäische Kommission	129	279
aa) Zusammensetzung und Organisation der Kommission	130	280
bb) Aufgaben der Kommission	135	293
cc) Beschlussfassung	136	297
dd) Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik	136	298
g) Gerichtshof der Europäischen Union	138	303
aa) Gerichtshof	139	305
bb) Gericht	140	312
cc) Fachgerichte	142	317
h) Europäische Zentralbank	143	318
i) Rechnungshof	145	325
j) Institutionen der Europäischen Union	145	327
aa) Wirtschafts- und Sozialausschuss	146	328
bb) Ausschuss der Regionen	146	331
cc) Europäische Investitionsbank	148	335
k) Einrichtungen und sonstige Stellen der Europäischen Union	148	336

	Seite	Rn.
1) Merksätze	149	337
3. Rechtsetzungsverfahren	150	338
a) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	153	344
b) Besondere Gesetzgebungsverfahren	155	352
aa) Anhörungsverfahren	156	355
bb) Zustimmungsverfahren	157	357
c) Der Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten	157	358
aa) Delegierte Rechtsakte	158	359
bb) Durchführungsrechtsakte	158	360
(α) Beratungsverfahren	160	368
(β) Prüfverfahren	160	369
d) Beschlussverfahren im Rahmen der GASP	161	372
e) Sonstige in den Verträgen vorgesehene Rechtsetzungsverfahren	162	374
f) Merksätze	163	375
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	163	376
a) Zur Rechtsnatur des Unionsrechts	165	376
b) Primäres supranationales Unionsrecht	167	380
c) Abgeleitetes supranationales Unionsrecht	170	389
aa) Verordnungen	173	395
bb) Richtlinien	175	397
(α) Die Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten	175	398
(β) Unmittelbare Wirkung	177	402
(γ) Das Gebot richtlinienkonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	182	413
cc) Beschlüsse	185	418
dd) Empfehlungen und Stellungnahmen	187	426
ee) Protokollerklärungen	188	428
ff) Austauschbarkeit der Rechtsakte	189	429
gg) Formerfordernisse und Inkrafttreten von Sekundärrecht	189	431
hh) Aufhebung	193	440
ii) Durchsetzung	194	443
d) Europäisches Gewohnheitsrecht	195	446
e) Allgemeine Rechtsgrundsätze	196	450
f) Völkergewohnheitsrecht	197	453
g) Völkerrechtliche Verträge	199	461
h) Merksätze	204	469
5. Vollzug des Unionsrechts	208	470
a) Formen des Vollzugs	208	470
b) Verwaltungsorganisation bezüglich des Vollzugs	209	472

	Seite	Rn.
c) Verwaltungsverfahrensrecht	209	474
d) Merksatz	213	483
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	213	484
a) Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs	215	484
b) Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG	217	491
aa) Sachliche Zuständigkeiten des EuG	217	491
bb) Sachliche Zuständigkeiten des EuGH	218	493
cc) Verweisung bei Unzuständigkeit und Aussetzung des Verfahrens	218	495
c) Verfahrensablauf vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Gericht	219	497
d) Die einzelnen Verfahrensarten	221	503
aa) Vertragsverletzungsverfahren	221	503
(α) Funktion der Vertragsverletzungsverfahren	221	503
(β) Zulässigkeit der Vertragsverletzungsklage	222	506
(γ) Begründetheit der Vertragsverletzungsklage	225	515
(δ) Urteilswirkungen im Vertragsverletzungs- verfahren	227	520
(ε) Prüfungsschemata zu den Vertragsverletzungs- verfahren	227	521
bb) Nichtigkeitsklage	230	523
(α) Funktion der Nichtigkeitsklage	230	523
(β) Zulässigkeit der Nichtigkeitsklage	231	526
(γ) Begründetheit der Nichtigkeitsklage	240	551
(δ) Urteilswirkungen im Nichtigkeitsverfahren	241	553
(ε) Prüfungsschema zur Nichtigkeitsklage	241	554
cc) Untätigkeitsklage	243	555
(α) Funktion der Untätigkeitsklage	243	555
(β) Zulässigkeit der Untätigkeitsklage	243	556
(γ) Begründetheit der Untätigkeitsklage	246	566
(δ) Urteilswirkungen im Untätigkeitsverfahren	247	567
(ε) Prüfungsschema zur Untätigkeitsklage	247	568
dd) Amtshaftungsklage	249	569
(α) Funktion der Amtshaftungsklage	249	569
(β) Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	250	570
(γ) Begründetheit der Amtshaftungsklage	252	577
(δ) Urteilswirkungen im Amtshaftungsverfahren	252	578
(ε) Prüfungsschema zur Amtshaftungsklage	252	579
ee) Vorabentscheidungsverfahren	253	580
(α) Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	253	580
(β) Annahmefähigkeit der Vorlagefrage („Zulässigkeit“)	254	581

	Seite	Rn.
(γ) Beantwortung der Vorlagefrage durch Urteil des EuGH	259	592
(δ) Rechtswirkungen des Vorabentscheidungs- urteils	259	593
(ε) Prüfungsschema zum Vorabentscheidungs- verfahren	260	594
ff) Rechtsmittelverfahren	262	595
gg) Einstweiliger Rechtsschutz	264	602
(α) Funktion des einstweiligen Rechtsschutzes	264	602
(β) Zulässigkeit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	264	603
(γ) Begründetheit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	265	607
(δ) Der Beschluss und seine Wirkungen	266	608
(ε) Prüfungsschema zum Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz	266	609
hh) Sonstige Verfahren vor den Unionsgerichten	268	610
(α) Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel . .	268	610
(β) Gutachten	268	611
(γ) Inzidenträge	268	612
(δ) Prüfungsschema zur Inzidenträge	269	613
e) Merksätze	270	614
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	272	615
a) Grundsatz der nationalen Verfahrensautonomie	272	615
b) Grenzen der nationalen Verfahrensautonomie	273	617
c) Merksatz	276	622
8. Haftung der Europäischen Union	277	623
a) Vertragliche Haftung	277	623
b) Außervertragliche Haftung	278	625
aa) Amtshandlung eines Unionsorgans oder -bediensteten	278	626
bb) Rechtswidrigkeit der Amtshandlung	279	628
cc) Haftung für rechtmäßiges Unionshandeln	280	629
dd) Schutznormverletzung	280	630
ee) Schaden	282	632
ff) Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden	282	633
gg) Verschuldensunabhängigkeit des Anspruchs	283	634
hh) Rechtsfolge	283	635
ii) Verjährung	284	636
c) Haftung der Bediensteten	285	637
d) Merksätze	285	639

	Seite	Rn.
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	286	640
a) Herleitung des Haftungsanspruchs	287	641
b) Anspruchsvoraussetzungen	288	644
aa) Mitgliedstaatlicher Verstoß gegen Unionsrecht	288	645
bb) Verleihung subjektiver Rechte	290	651
cc) Hinreichende Qualifikation des Verstoßes	291	652
(α) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei der Richtlinienumsetzung	293	657
(β) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei judikativem Unrecht	293	658
dd) Kausalität zwischen Unionsrechtsverstoß und Schaden	295	659
c) Rechtsfolge	295	661
d) Verjährung	296	664
e) Prüfungsschema für den unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruch	297	665
f) Merksätze	298	666
10. Haushalts- und Personalrecht	299	667
a) Haushaltsrecht der Europäischen Union	299	667
aa) Einnahmen der Union	299	667
bb) Mehrjähriger Finanzrahmen	300	669
cc) Haushaltsplan	301	670
dd) Haushaltsverfahren	301	671
ee) Betrugsbekämpfung	303	675
b) Personalrecht der Europäischen Union	304	677
c) Merksätze	304	678

3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts 307 679

I. Die Grundrechte des Unionsrechts 307 679

1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlicher Grundrechtsschutzes	308	679
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	311	683
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	312	684
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	314	689
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	315	690
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	316	692
a) Die Bindung der Unionsorgane, -einrichtungen und sonstigen Stellen	316	693

	Seite	Rn.
b) Die Bindung der Mitgliedstaaten	317	694
c) Bindung Privater (Drittwirkung)?	321	703
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	322	704
a) Die sachlichen Bereiche des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	322	704
aa) Würde des Menschen	323	707
bb) Freiheitsrechte	323	708
cc) Gleichheitsrechte	324	709
dd) Justizielle Rechte	326	714
b) Der persönliche Schutzbereich der Unionsgrundrechte . .	326	715
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	327	716
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	327	718
a) Rechtfertigung von Eingriffen in Freiheitsgewährleistungen	327	719
aa) Gesetzliche Grundlage	327	719
bb) Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	328	722
cc) Verhältnismäßigkeit der Grundrechtsbeschränkung	329	723
dd) Wahrung des Wesensgehalts des Grundrechts	329	724
b) Rechtfertigung von Eingriffen in Gleichheitsrechte	329	725
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	330	727
a) Die Rechtslage vor dem Beitritt zur EMRK	330	727
b) Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	332	730
aa) Inhalt des Entwurfs eines Beitrittsabkommens	333	731
bb) Das EuGH-Gutachten zum Entwurf eines Beitrittsabkommens	335	737
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	337	742
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	338	744
13. Merksätze	339	745
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV	341	746
1. Schutzbereich	343	750
a) Persönlicher Schutzbereich	343	750
b) Sachlicher Schutzbereich	344	751
aa) Anwendungsbereich des AEUV	345	752
bb) Anwendungsbereich des EUV	348	759
2. Diskriminierung	349	762
3. Rechtfertigung	352	766
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	354	769
5. Merksätze	355	770

	Seite	Rn.
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	356	771
1. Die Unionsbürgerschaft	359	777
a) Die Unionsbürgerschaft als föderales Angehörigkeits- verhältnis	359	777
b) Die Unionsbürgerschaft als subjektives Recht	360	781
c) Prüfungsschema zur Unionsbürgerschaft, Art. 20 AEUV	364	787
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	364	788
a) Unmittelbare Beeinträchtigungen der Rechte auf Bewegung und Aufenthalt	367	791
aa) Schutzbereich	367	791
bb) Eingriff	369	794
cc) Rechtfertigung	369	795
b) Sonstige Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	374	801
aa) Anwendungsbereich	374	801
bb) Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	375	803
cc) Rechtfertigung	377	806
c) Freizügigkeitsrelevantes Sekundärrecht	378	807
d) Prüfungsschema zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit, Art. 21 Abs. 1 AEUV	380	809
3. Kommunalwahlrecht	381	810
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	384	816
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	386	820
6. Petitions- und Beschwerderecht	387	825
a) Petitionen zum Europäischen Parlament	387	825
b) Anrufung des Bürgerbeauftragten	388	828
c) Schriftliche Eingaben an die Organe und die beratenden Einrichtungen der Union	390	835
7. Bürgerbegehren	390	836
8. Merksätze	391	838
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	393	839
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	394	839
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	394	841
a) Funktionen des Sekundärrechts	394	841
b) Vorrangige Prüfung des Sekundärrechts	396	842
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	398	845
a) Überblick	398	845
b) Schutzbereich	399	846
c) Eingriff	400	848
aa) Verpflichtungsadressaten	400	848
bb) Diskriminierung	402	851
cc) Beschränkung	403	853

	Seite	Rn.
d) Rechtfertigung	407	858
e) Rechtsfolgen	412	867
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	415	871
5. Merksätze	416	872
6. Freiheit des Warenverkehrs	416	873
a) Die Zollunion	417	874
b) Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung	419	880
aa) Schutzbereich	419	880
(α) Sachlicher Schutzbereich	419	880
(β) Persönlicher Schutzbereich	422	888
bb) Eingriff	422	889
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten/ Schutzpflicht	422	889
(β) Mengenmäßige Ein- und Ausfuhr- beschränkungen	425	893
(γ) Maßnahmen gleicher Wirkung	426	895
(αα) Ausgangspunkt: <i>Dassonville</i> -Formel und <i>Cassis</i> -Rechtsprechung	426	895
(ββ) Einschränkung der <i>Dassonville</i> -Formel durch die <i>Keck</i> -Formel	430	900
(γγ) Anwendung der <i>Keck</i> -Formel bei Nutzungsmodalitäten?	434	906
(δδ) Übergang zu einer Neuen Formel?	436	907
cc) Rechtfertigung	437	909
(α) Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV	437	909
(β) Rechtfertigungsgründe nach der <i>Cassis</i> -Recht- sprechung	441	919
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes	443	924
c) Umformung der staatlichen Handelsmonopole	444	925
d) Merksätze	445	928
7. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	448	929
a) Schutzbereich	448	930
aa) Sachlicher Schutzbereich	449	931
(α) Begriff des Arbeitnehmers	449	931
(β) Grenzüberschreitung	452	936
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	453	937
(δ) Bereichsausnahme für die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung	454	939
bb) Persönlicher Schutzbereich	455	941
cc) Zeitlicher Schutzbereich	456	944

	Seite	Rn.
b) Eingriff	457	945
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	457	945
bb) Beeinträchtigungen	458	948
(α) Diskriminierungen	459	949
(β) Beschränkungen	461	954
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	463	959
c) Rechtfertigung	464	961
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 45 Abs. 3 AEUV	464	962
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	466	965
cc) Rechtfertigung unter Berufung auf Grundrechte	467	968
(α) Staatliche Schutzpflicht zugunsten privater Grundrechtsausübung	467	968
(β) Private Grundrechtsausübung	467	969
(γ) Praktische Konkordanz	468	970
dd) Rechtfertigung privater Eingriffe durch „sachliche Gründe“	468	971
ee) Schranken-Schranken	469	972
d) Maßnahmen der Union zur Herstellung der Freizügigkeit und sozialen Sicherheit	469	973
e) Merksätze	470	975
8. Niederlassungsfreiheit	472	976
a) Schutzbereich	473	977
aa) Sachlicher Schutzbereich	473	978
(α) Der Begriff der Niederlassung	473	978
(β) Grenzüberschreitender Bezug	475	981
(γ) Bereichsausnahme für die Ausübung öffentlicher Gewalt	476	982
bb) Persönlicher Schutzbereich	477	983
(α) Natürliche Personen	477	983
(β) Juristische Personen	478	986
(αα) Beeinträchtigung durch den Gründungs- mitgliedstaat (Wegzugskonstellation)	480	990
(ββ) Beeinträchtigung durch den Aufnahme- mitgliedstaat (Zuzugskonstellation)	482	991
(γγ) Zusammenfassung	483	993
(δδ) Grenzfälle	483	994
(εε) Unionsrechtliche Gesellschaftsformen	485	996
b) Eingriff	487	1000
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	487	1000
bb) Diskriminierung	488	1001

	Seite	Rn.
cc) Beschränkung durch unterschiedslose Maßnahmen	490	1006
c) Rechtfertigung	492	1008
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 52 Abs. 1 AEUV	492	1008
bb) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe nach der <i>Gebhard</i> -Formel	493	1011
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe inter- mediärer Gewalten	495	1013
dd) Schranken-Schranken	496	1014
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinie- rungsrichtlinien	497	1016
aa) Der bisherige Ansatz: Sektorale Anerkennung und Koordinierung von Berufsqualifikationen	497	1016
bb) Der neue Ansatz: Die einheitliche Anerkennungs- richtlinie für Berufsqualifikationen	498	1017
cc) Koordinierungsrichtlinien außerhalb der Anerkennung von Berufsqualifikationen	499	1018
e) Merksätze	499	1019
9. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	500	1020
a) Schutzbereich	502	1021
aa) Sachlicher Schutzbereich	502	1022
(α) Begriff der Dienstleistung	502	1022
(β) Grenzüberschreitung/Modalitäten der Dienst- leistungsfreiheit	507	1030
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	509	1032
(δ) Bereichsausnahme für die Ausübung hoheitlicher Gewalt	509	1033
bb) Persönlicher Schutzbereich	509	1034
b) Eingriff	511	1038
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	511	1038
bb) Beeinträchtigungen	512	1039
(α) Diskriminierung	514	1041
(β) Beschränkung	519	1049
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	521	1051
c) Rechtfertigung	522	1055
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 62 i. V. m. Art. 52 Abs. 1 AEUV	522	1055
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	524	1058

	Seite	Rn.
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe inter- mediärer Gewalten	525	1061
dd) Schranken-Schranken	526	1062
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinie- rungsrichtlinien	527	1063
aa) Anerkennung von Berufsqualifikation	528	1064
bb) Die Dienstleistungsrichtlinie	528	1065
e) Merksätze	531	1070
10. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	533	1071
a) Verbot der Beschränkung des Kapital- und Zahlungs- verkehrs	534	1071
aa) Schutzbereiche	534	1072
(α) Sachlicher Schutzbereich der Kapitalverkehrs- freiheit	534	1072
(β) Sachlicher Schutzbereich der Zahlungsverkehrs- freiheit	540	1080
(γ) Persönlicher, räumlicher und zeitlicher Schutzbereich der Kapital- und Zahlungs- verkehrsfreiheit	540	1081
bb) Eingriff	541	1082
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	541	1082
(β) Einheitlicher Beschränkungsbegriff	541	1083
cc) Rechtfertigung	543	1086
(α) Geschriebene Rechtfertigungsgründe	543	1087
(αα) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. a AEUV	543	1087
(ββ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. b AEUV	544	1089
(γγ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 2 AEUV	546	1093
(β) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	547	1095
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe inter- mediärer Gewalten	548	1098
dd) Die sekundärrechtliche Ausgestaltung des Kapital- und Zahlungsverkehrs	549	1099
b) Schutz- und Embargomaßnahmen	549	1100
c) Merksätze	549	1101

	Seite	Rn.
4. Kapitel Interne Politiken der Europäischen Union	551	1102
I. Landwirtschafts- und Fischereipolitik	551	1102
II. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	553	1107
1. Allgemeine Bestimmungen	554	1107
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	555	1111
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	562	1123
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	564	1125
a) Grundlagen und Ziele	564	1125
b) Gegenseitige Anerkennung in Strafsachen	564	1126
c) Eurojust	567	1131
d) Europäische Staatsanwaltschaft	568	1134
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	569	1135
a) Grundlagen und Ziele	569	1135
b) Handlungsfelder der polizeilichen Zusammenarbeit	570	1137
aa) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 2 AEUV	570	1137
bb) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 3 AEUV	570	1138
cc) Völkerrechtliche Übereinkommen nach Art. 37 EUV	570	1139
III. Wettbewerbskontrolle	571	1140
1. Wettbewerbspolitik	571	1140
a) Kurzüberblick	572	1140
b) Das Schutzgut „Wettbewerb“	573	1142
c) Merksätze	578	1148
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	579	1149
a) Kartellverbot – Art. 101 AEUV	580	1149
aa) Verbot mit Legalausnahme und anschließender Kontrolle	580	1149
bb) Normadressaten des Kartellverbots	581	1152
(α) Unternehmen	581	1152
(β) Öffentliche und mit ausschließlichen oder besonderen Rechten ausgestattete Unternehmen (Art. 106 Abs. 1 AEUV)	586	1159
(γ) Mitgliedstaaten	588	1161
cc) Erfasste Verhaltensweisen	591	1163
dd) Wettbewerbsverfälschung	593	1167
ee) Spürbarkeit	596	1171
ff) Die Ausnahmenvorschrift des Art. 101 Abs. 3 AEUV	597	1173
gg) Die Kommissionsbefugnisse (Kartellverfahrens- verordnung 1/2003)	599	1177
hh) Bedeutung des Unionskartellrechts für die Anwendung mitgliedstaatlicher Kartellverbote	605	1184

	Seite	Rn.
b) Missbrauchsaufsicht – Art. 102 AEUV	605	1185
aa) Marktbeherrschende Stellung	606	1186
(α) Marktabgrenzung	606	1187
(β) Marktbeherrschung	610	1194
bb) Missbräuchliche Ausnutzung	613	1201
c) Sektorspezifische Wettbewerbsbestimmungen	626	1221
d) Fusionskontrolle	628	1224
e) Anwendungsbereich der Wettbewerbsregeln, Kollision mit mitgliedstaatlichem Wettbewerbsrecht und Zusammenarbeit der nationalen Wettbewerbsbehörden mit der Kommission	632	1232
aa) Anwendungsbereich der Wettbewerbsregeln	632	1232
bb) Kollision mit mitgliedstaatlichem Wettbewerbsrecht	633	1233
cc) Zusammenarbeit der nationalen Wettbewerbs- behörden mit der Kommission	633	1234
f) Merksätze	634	1235
3. Beihilfenkontrolle	636	1236
a) Bedeutung und Struktur des EU-Beihilfenrechts	637	1236
b) Der Verbotstatbestand der Art. 107 Abs. 1, Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV	639	1240
aa) Begünstigung	640	1242
bb) Staatlich oder aus staatlichen Mitteln gewährt	647	1257
cc) Bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige – Selektivität	652	1268
dd) Verfälschung des Wettbewerbs	660	1276
ee) Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	661	1277
c) Ausnahmen vom Beihilfenverbot	662	1279
aa) Legalausnahmen – Art. 107 Abs. 2 AEUV	664	1283
bb) Ausnahmen, die im Ermessen der Kommission stehen – Art. 107 Abs. 3 AEUV	664	1284
d) Verfahren der Beihilfenaufsicht	668	1292
e) Merksätze	676	1310
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	678	1311
a) Die Bereichsausnahmevorschrift des Art. 106 Abs. 2 AEUV	678	1311
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	680	1313
c) Betrauungsakt	682	1317
d) Verhinderung der Aufgabenerfüllung	684	1320
e) Staatliche Ausgleichszahlungen für die Erbringung von DAWI	686	1322

	Seite	Rn.
aa) Der Ausschluss des Beihilfentatbestandes nach den Altmark-Voraussetzungen	687	1323
bb) Das DAWI-Paket (Almunia-Paket)	688	1325
f) Die Kommissionsbefugnisse gegenüber den Adressaten der Absätze 1 und 2 des Art. 106 AEUV (Art. 106 Abs. 3 AEUV)	691	1332
g) Merksätze	692	1334
5. Kurzaufsatz: Vergaberecht	693	1335
a) Normgefüge des Vergaberechts	694	1335
b) Der Anwendungsbereich des Vergaberechts	695	1336
c) Die Vergabeverfahren	701	1344
d) Vergaberechtlicher Rechtsschutz	702	1345
e) Merksätze	704	1347
IV. Rechtsangleichung im Binnenmarkt	705	1348
V. Wirtschafts- und Währungspolitik	709	1355
1. Wirtschaftspolitik	709	1355
2. Die Verwirklichung der Währungsunion	710	1356
3. Die Europäische Währung	712	1361
4. Die Euro-Gruppe	713	1362
5. Euro-Rettungsmaßnahmen im Zeichen der Krise	714	1363
a) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	716	1364
b) Der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion („Fiskalpakt“) sowie Euro-Gipfel	719	1369
c) Griechenland-Soforthilfe und Europäischer Finanz- stabilisierungsmechanismus (EFSM)	721	1372
aa) Griechenland-Soforthilfe	721	1372
bb) Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)	721	1373
d) Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und Art. 136 Abs. 3 AEUV	724	1377
e) Anleihekäufe durch die EZB und gemeinsame Staats- anleihen (sog. „Eurobonds“)	726	1380
f) Die Europäische Bankenunion	729	1385
6. Austritt und Ausschluss aus der Eurozone	731	1388
7. Der Wechselkursmechanismus	732	1391
VI. Sozialpolitik	733	1392

	Seite	Rn.
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	739	1401
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	739	1401
1. Grundlagen und Ziele der GASP	739	1401
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	741	1405
3. Die Handlungsformen der GASP	743	1410
4. Institutionen der GASP	745	1416
5. Die Finanzierung der GASP	747	1422
6. Merksätze	748	1423
II. Assoziierungspolitik	748	1424
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	749	1424
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	749	1425
III. Gemeinsame Handelspolitik	752	1432
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäischen Union	754	1433
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	756	1435
3. Kurzzabriss: Antidumping- und Antisubventionsrecht	757	1438
a) Definition von Dumping und Subvention	758	1440
b) Schädigung des Marktgefüges der EU	758	1442
c) Zollerhebung im Unionsinteresse	758	1443
d) Umgehungsversuche	759	1444
e) Verfahren zur Erhebung eines Antidumpingzolls	759	1445
4. Handelsembargos der Europäischen Union	761	1447
5. Merksätze	763	1450
IV. Sonstige Auswärtige Politiken	763	1451
1. Entwicklungszusammenarbeit	764	1451
2. Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern	764	1452
3. Humanitäre Hilfe	764	1453
4. Merksätze	765	1455
Ausgewählte Literaturempfehlungen	767	
I. Lehrbücher	767	
II. Handbücher und Kommentare	768	
III. Text- und Entscheidungssammlungen	769	
IV. www-Adressen	769	
Sachverzeichnis	771	

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere/r Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABLEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABLEU	Amtsblatt der Europäischen Union
ABLEWG	Amtsblatt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
Abs.	Absatz
ACER	European Agency for the Cooperation of Energy Regulators
AD-GVO	Verordnung (EG) 384/96 des Rates vom 22.12.1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern (Antidumpingverordnung)
AdR	Ausschuss der Regionen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AFP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Amtsgericht
AKP-Staaten	Staaten Afrikas, der Karibik, des Pazifiks
Alt.	Alternative
AMG	Arzneimittelgesetz
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
ASV	Antisubventionsverordnung
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
bek. gem.	bekannt gemacht
ber.	berichtigt
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt

XXXIV Abkürzungsverzeichnis

BGH	Bundesgerichtshof
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie („Rinderwahnsinn“)
BSG	Bundessozialgericht
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BT-StenBer.	Stenographische Berichte des Bundestags
Bull.BReg.	Bulletin der Bundesregierung
Bull.EU	Bulletin der Europäischen Union
BV	Besloten Vennootschap met beperkte aansprakelijkheid
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWGGZ	Die Gemeinde (Verbandszeitschrift des Gemeindetags Baden-Württemberg)
bzw.	beziehungsweise
CB	Compliance Berater (Zeitschrift)
CDE	Cahiers de Droit Européen
CERN	Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CMLR	Common Market Law Review
COMECON	Council of Mutual Economic Assistance (= RGW)
COREPER	Comité des Représentants Permanents des États Membres
COSAC	Conférence des Organismes Spécialisés dans les Affaires Communautaires
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
DAWI	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe/n
Diss.	Dissertation
Dok.	Dokument
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DV	Deutsche Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)
EA	Europa-Archiv
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGCP	Economic Advisory Group for Competition Policy

EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
ebda.	ebenda
ECLI	European Case Law Identifier
ECLR	European Competition Law Review
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFF	Europäischer Fischereifonds
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft/en
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGLF	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EJIL	European Journal of International Law
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EL	Ergänzungslieferung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ELJ	European Law Journal
ELR	European Law Reporter (Zeitschrift)
ELRev.	European Law Review
EMAS	Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung
EMFF	Europäischer Meeres- und Fischereifonds
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
ENKP	Europäisches Netz zur Kriminalprävention
EP	Europäisches Parlament
EPA	Europäische Polizeiakademie
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESMFinG	Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM-Finanzierungsgesetz)
ESMV	Vertrag zur Einrichtung eines den Europäischen Stabilitätsmechanismus
EStAL	European State Aid Law Quarterly
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
etc.	et cetera

XXXVI Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht (erster Instanz)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGH-Satzung	Protokoll über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EuGöD	Europäisches Gericht für den öffentlichen Dienst
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuHbG	Europäisches Haftbefehlsgesetz
EUMC	European Union Military Committee
EUMS	European Union Military Staff
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
Eurodac	European Dactyloscopy; System für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens
Eurojust	Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit
EUROMED	Euro-Mediterrane Partnerschaft
Europol	Europäisches Polizeiamt
EUROSUR	European Border Surveillance System
EUSTa	Europäische Staatsanwaltschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuWG	Europawahlgesetz
EuZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	Vertrag über eine Verfassung für Europa
EVA	Europäische Verteidigungsagentur
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem/Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EZB	Europäische Zentralbank
f.; ff.	folgende
FAO	Food and Agriculture Organization
FIW	Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e. V.
FKVO	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“)
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FreizügG/EU	Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern
Frontex	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache; früher: Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union
FS	Festschrift

FusV	Fusionsvertrag
GA	Generalanwalt/Generalanwältin
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
geänd.	geändert
GEAS	Gemeinsames Europäisches Asylsystem
gem.	gemäß
GeschO	Geschäftsordnung
GewArch	Gewerbe Archiv – Zeitschrift für Wirtschaftsverwaltungsrecht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht. Internationaler Teil (Zeitschrift)
GS	Gedächtnisschrift
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GZT	Gemeinsamer Zolltarif
HGB	Handelsgesetzbuch
HK-EU	K. Hailbronner/E. Klein/S. Magiera/P.-C. Müller-Graff, Hand- kommentar zum Vertrag über die Europäische Union (EUV/EGV), Stand: September 1999
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
ICJ	International Court of Justice
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
insbes.	insbesondere
IntVG	Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union – Integrationsverantwortungsgesetz
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i. S. d.	im Sinne der/des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
IZWTI	Internationales Zentrum für Wissenschaftliche und Technische Information
JA	Juristische Arbeitsblätter
JEI	Jahrbuch der Europäischen Integration
JIR	Jahrbuch für Internationales Recht

XXXVIII Abkürzungsverzeichnis

JöR	Jahrbuch des Öffentlichen Rechts
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JWT	Journal of World Trade
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
Kfz	Kraftfahrzeug
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KOM	Dokumente der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
lit.	litera
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mio.	Millionen
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
Mrd.	Milliarden
MRM	Menschenrechtsmagazin
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
neu bek. gem.	neu bekannt gemacht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number, Numéro
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZWehrR	Neue Zeitschrift für Wehrrecht
o. ä.	oder ähnliche/s/r
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OLAF	Office Européen De Lutte Antifraude (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung)
OMT	Outright Monetary Transaction
P	Pechstein, Entscheidungen des EuGH, Kommentierte Studienauswahl, 10. Auflage, 2018

PESCO	Permanent Structured Cooperation
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
Pkw	Personenkraftwagen
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
PSPP	Public Sector Purchase Programme
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RdE	Recht der Energiewirtschaft (Zeitschrift)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (= COMECON)
RIW/AWD	Recht der internationalen Wirtschaft/Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters
RL	Richtlinie
RMC	Revue du Marché commun et de l'Union européenne
Rn.	Randnummer/n
RNotZ	Rheinische Notarzeitschrift
Rs.	Rechtssache/n
s.	siehe
S.	Seite/n
s. a.	siehe auch
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SAM	State Aid Modernisation
SCE	Societas Cooperativa Europaea
SE	Societas Europaea
SGB	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SIEC-Test	Significant Impediment of Effective Competition
Slg.	Sammlung
SLIM	Simpler Legislation for the Internal Market
sog.	sogenannte/r/s
SPE	Societas Privata Europaea
SRM	Single Resolution Mechanism
SSM	Single Supervisory Mechanism
SSNIP-Test	Small, but significant and nontransitory increase in price
StabMechG	Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Stabilisierungsmechanismusgesetz)
str.	streitig
StraFO	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
StAZ	Das Standesamt (Zeitschrift)
SUP	Societas Unius Personae
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
Tz.	Textzahl
TranspRL	Richtlinie 80/723/EWG der Kommission über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen
TRIPs	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights

XL Abkürzungsverzeichnis

u.	und
u. a.	unter anderem/und andere
UAbs.	Unterabsatz
UCLAF	Unité de Coordination de la Lutte Antifraude (Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung)
UKIP	United Kingdom Independence Party
UN	United Nations
UIP-Richtlinie	Richtlinie über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt
UPR	Zeitschrift für Umwelt- und Planungsrecht
Urt.	Urteil
USA	United States of America
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
v.	vom/von
VA	Verwaltungsakt
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
VerfO	Verfahrensordnung
VerfV	Verfassungsvertrag
VerfVO	Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags
Verw	Die Verwaltung (Zeitschrift)
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
v. H.	vom Hundert
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VO	Verordnung
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOF	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
vs.	versus
VSKS	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VW	Volkswagen
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEU	Westeuropäische Union
WFStG	Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz)
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung – Vierteljahresbeilage zum Gewerbearchiv (Zeitschrift)

WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WKM	Wechselkursmechanismus
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WTO	World Trade Organization
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
www	world wide web
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z. B.	zum Beispiel
ZBJI	Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer/n
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZöR	Zeitschrift für Öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil
zul. geänd.	zuletzt geändert
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
z. Zt.	zur Zeit

1. Kapitel

Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

I. Zum Begriff des Europarechts

Der Begriff des Europarechts umfasst in einem weiteren Sinn das Recht einer Vielzahl europäischer internationaler Organisationen. Dieses besteht jeweils aus der Gesamtheit von Normen, welche zum einen in den Gründungsverträgen dieser Organisationen enthalten sind (Primärrecht). Zum anderen umfasst das Europarecht auch solche Normen, die erst im Rahmen der primärrechtlichen Verfahrensregeln durch die Organe dieser Organisationen erlassen werden (Sekundärrecht). 1

Europäische internationale Organisationen mit eigener Völkerrechtssubjektivität sind die Europäische Union (EU) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EAG), deren Recht das *Europarecht im engeren Sinn* bildet. Zum *Europarecht im weiteren Sinn* gehört der Europarat mit seinem Schutzsystem der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Auch die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), die am 4. Januar 1960 von sieben, damals nicht den Europäischen Gemeinschaften angehörenden Staaten – Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz – gegründet wurde, ist zum Europarecht im weiteren Sinn zu zählen. Heute gehören der EFTA Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein an, die sich 1992 – mit Ausnahme der Schweiz – mit den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zusammengeschlossen haben. Zum weiteren Kreis der europäischen internationalen Organisationen gehören auch weniger bekannte Zusammenschlüsse, wie z. B. das Internationale Zentrum für wissenschaftliche und technische Information (IZWTI) oder das Europäische Kernforschungszentrum (CERN). 2

II. Die Ursprünge der Europaidee

- 3 Der Begriff „Europa“ geht auf die griechische Sage zurück, nach der Zeus – in Gestalt eines Stiers – die phönizische Königstochter Europa auf die Insel Kreta entführte. Seit der Antike verkörpert Europa eine gemeinsame und darüber hinaus einende Ideenwelt.
- 4 Literarisch ist die Europaidee seit dem Mittelalter zunehmend belegbar. Ihre zentrale Grundlage ist zumeist der Gedanke der Friedenssicherung. Bereits in „De recuperatione Terre Sancte“ (1305–1307) entwarf der französische Jurist *Pierre Dubois* ein europäisches Friedenssystem. Auch in der Neuzeit wirkte die Vorstellung von einem europäischen Frieden in den Werken bekannter zeitgenössischer Autoren fort¹. Besonders *Immanuel Kant* setzte sich mit dem Traktat „Zum ewigen Frieden“ (1795) für eine europäische, langfristig republikanisch verfasste Föderation von Staaten ein.
- 5 Mit zunehmendem Nationalismus kam die Europaidee bis zum Ersten Weltkrieg ins Stocken. Wieder aufgenommen wurde sie durch *Graf Richard Coudenhove-Kalergi* in seinem Werk „Pan-Europa“ (1923), in dem er sich für die Schaffung eines Bundesstaates der „Vereinigten Staaten von Europa“ unter Ausschluss von Großbritannien und der Sowjetunion einsetzte. Zur Verbreitung seiner Idee gründete *Graf Coudenhove-Kalergi* die Paneuropäische Union, in der sich die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, *Aristide Briand* und *Gustav Stresemann*, engagierte. Am 7. September 1929 legte *Briand* dem Völkerbund einen Plan für eine Europäische Föderation vor, der die Einrichtung eines Ständigen Politischen Ausschusses und eines Sekretariats vorschlug. Um die Souveränität der Staaten nicht unbotmäßig zu beeinträchtigen, sollte eine Föderation staatenbündischer Zusammenarbeit gegründet werden. Der Plan scheiterte jedoch am fehlenden Willen der anderen europäischen Staaten vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in den späten zwanziger Jahren. Darüber hinaus bestanden Bedenken, neben dem Völkerbund eine politische „Konkurrenzorganisation“ zu errichten.
- 6 Nach den verheerenden Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs gewann die einende Europaidee erneut schnell an Boden. In seiner Züricher Rede vom 19. September 1946 beschwor *Winston Churchill* eine „Neugründung der Europäischen Völkerfamilie“ in Gestalt der „Vereinigten Staaten von Europa“. Großbritannien, das seine wichtigste Rolle noch im Commonwealth sah, wollte aber zunächst im Hintergrund bleiben und die ersten Schritte anderen europäischen Staaten, vor allem Frankreich, überlassen. Geprägt durch das im Kalten Krieg hervorgerufene Sicherheitsbedürfnis war die neue westeuropäische Einigungs-idee auch als Gegenreaktion auf den wirtschaftlichen und weltpolitischen Nie-

¹ *William Penn*, An Essay towards the Present and Future Peace in Europe, 1693; *John Bellers*, Some Reasons for a European State, 1710; *Abbé de Saint Pierre*, Memoire pour rendre la paix perpétuelle en Europe, 1713; *Jean Jacques Rousseau*, Projet pour la paix perpétuelle, 1760.

dergang der ehemaligen europäischen Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg entworfen worden. Bald erfolgten die Gründungen der Westunion (später Westeuropäische Union, WEU) am 17. März 1948, der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE, später Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD) am 16. April 1948, des Nordatlantikpaktes (NATO) am 4. April 1949 sowie des Europarates am 5. Mai 1949, dessen Mitgliedstaaten sich dem Rechtsschutzsystem der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 angeschlossen haben (Rn. 45).

III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses

Literaturhinweise: *Calliess, Ch./Ruffert, M.:* Vom Vertrag zur EU-Verfassung?, EuGRZ 2004, S. 542; *Epiney, A./Abt, M. E./Mosters, R.:* Der Vertrag von Nizza, DVBl. 2001, S. 941; *Fischer, K. H.:* Der Europäische Verfassungsvertrag, 2004; *ders.:* Der Vertrag von Lissabon, 2. Aufl. 2010; *Grewé, C.:* Beitritt der EU zur EMRK und ZP 14: Wirksame Durchsetzung einer gesamteuropäischen Grundrechteverfassung?, EuR 2012, S. 285; *Görlietz, N.:* Europäischer Verfassungsvertrag und künftige EU-Kompetenzen, DÖV 2004, S. 374; *Hatje, A.:* Die institutionelle Reform der Europäischen Union – der Vertrag von Nizza auf dem Prüfstand, EuR 2001, S. 143; *Hatje, A./Kindt, A.:* Der Vertrag von Lissabon – Europa endlich in guter Verfassung?, NJW 2008, S. 1761; *Höreth, M./Janowski, C./Kühnhardt, L. (Hrsg.):* Die Europäische Verfassung, 2006; *Lindner, J. F.:* Der Konvent zur Zukunft Europas – Ein Überblick über die aktuelle europäische Reformagenda, BayVBl. 2002, S. 513; *ders.:* Der Vertrag von Lissabon zur Reform der Europäischen Union, BayVBl. 2008, S. 421; *Möstl, M.:* Verfassung für Europa, 2005; *Obwexer, W.:* Das Ende der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EuZW 2002, S. 517; *ders.:* Der Beitritt der EU zur EMRK: Rechtsgrundlagen, Rechtsfragen und Rechtsfolgen, EuR 2012, S. 115; *Oppermann, Th.:* Vom Nizza-Vertrag 2001 zum Europäischen Verfassungskonvent 2002/2003, DVBl. 2003, S. 1; *ders.:* Eine Verfassung für die Europäische Union – Der Entwurf des Europäischen Konvents, DVBl. 2003, S. 1165, 1234; *ders.:* Die Europäische Union von Lissabon, DVBl. 2008, S. 473; *Pache, E./Rösch, F.:* Der Vertrag von Lissabon, NVwZ 2008, S. 473; *Pache, E./Schorkopf, F.:* Der Vertrag von Nizza. Institutionelle Reform zur Vorbereitung der Erweiterung, NJW 2001, S. 1377; *Pernice, I.:* Der Vertrag von Lissabon – Ende des Verfassungsprozesses der EU?, EuZW 2008, S. 65; *Sattler, A.:* Die Entwicklung der EG vom Ende der Übergangszeit bis zur Erweiterung auf zwölf Mitgliedstaaten, JöR 36 N. F. (1987), S. 365; *Schmahl, S.:* Deutschland und die europäische Integration – Grund und Grenzen der verfassungsrechtlichen Regelung unionsbezogener Fragen, BayVBl. 2012, S. 1; *Schröder, M.:* Vertikale Kompetenzverteilung und Subsidiarität im Konventsentwurf für eine europäische Verfassung, JZ 2004, S. 8; *Schwarze, J.:* Ein pragmatischer Verfassungsentwurf – Analyse und Bewertung des vom Europäischen Verfassungskonvent vorgelegten Entwurfs eines Vertrags über eine Verfassung für Europa, EuR 2003, S. 535; *ders.:* Der Reformvertrag von Lissabon – Wesentliche Elemente des Reformvertrages, EuR 2009, Beiheft 1, S. 9; *Skouris, V.:* Brexit: Rechtliche Vorgaben für den Austritt aus der EU, EuZW 2016, S. 806; *Streinz, R.:* Der Vertrag von Amsterdam – Die institutionellen Veränderungen für die Europäische Union und die Europäische Gemeinschaft, Jura 1998, S. 57; *ders.:* Der Vertrag von Amsterdam. Einführung in die Reform des Unionsvertrages

4 Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung

von Maastricht und Bewertung der Ergebnisse, EuZW 1998, S. 137; *Streinz, R./Obler, Ch./Herrmann, Ch.*: Die neue Verfassung für Europa, 2005; *dies.*: Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU, 3. Aufl. 2010; *Thiele, A.*: Der Austritt aus der EU – Hintergründe und rechtliche Rahmenbedingungen eines „Brexit“, EuR 2016, S. 281; *Weber, A.*: Vom Verfassungsvertrag zum Vertrag von Lissabon, EuZW 2008, S. 7; *Wiedmann, T.*: Der Vertrag von Nizza – Genesis einer Reform, EuR 2001, S. 185.

1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften

- 7 Am 9. Mai 1950 stellte der französische Außenminister *Robert Schuman* den von seinem Mitarbeiter *Jean Monnet* entwickelten Plan einer zunächst funktional auf Kohle und Stahl begrenzten Gemeinschaft wirtschaftlicher Integration vor. Die „Montanunion“ sollte die „erste Etappe der Europäischen Föderation“ sein. Der Plan sah vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Produktion von Kohle und Stahl unter eine gemeinsame oberste Autorität innerhalb einer Organisation zu stellen, die der Mitwirkung anderer Staaten Europas offensteht.
- 8 Der *Schuman-Monnet-Plan* verband Sicherheitsgarantien für Frankreich gegenüber einem wiedererstarkenden Deutschland durch Kontrolle der Schlüsselindustrien der damaligen Zeit mit einer ausbaufähigen Integrationsordnung auf partnerschaftlicher Grundlage. Er wurde von Italien, den Benelux-Staaten und Deutschland begeistert aufgenommen, während sich Großbritannien auch wegen seiner Bindungen im Commonwealth nicht beteiligte. Bereits im Juni 1950 begannen in Paris die Verhandlungen, die am 18. April 1951 zur Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mit Sitz in Luxemburg führten. Nach Ratifikation durch die Mitgliedstaaten trat der Vertrag am 23. Juli 1952 in Kraft. *Jean Monnet* wurde erster Präsident der Hohen Behörde (Kommission). Vor dem Hintergrund der Korea-Krise und der von amerikanischer Seite begrüßten Wiederbewaffnung Deutschlands legte Frankreich einen Plan für eine *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) vor. Die Ratifikation des EVG-Vertrags scheiterte jedoch an der Ablehnung durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954. Weiteren Plänen zur Gründung einer umfassenden Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) war damit zunächst die Grundlage entzogen.
- 9 Die Erfahrungen mit der funktionierenden EGKS empfahlen zunächst eine Integrationspolitik in wirtschaftlichen Bereichen und zwar durch funktional begrenzte Gemeinschaften. Auf der Außenministerkonferenz von Messina am 1./2. Juni 1955 kam man überein, zur Ausarbeitung von Vertragsentwürfen für einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Atompolitik einen Ausschuss unter der Leitung des Belgiers *Paul-Henri Spaak* einzusetzen. In seinem Abschlussbericht vom 29. Mai 1956 legte der *Spaak*-Ausschuss dar, dass es einen Gemeinsamen Markt nur geben könne, wenn die nationalen Märkte fusioniert und eine umfassende Zollunion errichtet würden. Der Bericht enthielt bereits den Vorschlag verschiedener Stufen des Gemeinsamen Marktes, um Übergangs-

perioden zu ermöglichen. Darüber hinaus wurden als Gemeinschaftsorgane ein Ministerrat, eine mit eigenen Rechten ausgestattete Europäische Kommission, ein Gerichtshof und eine Parlamentarische Versammlung vorgeschlagen, welche sich aus den bereits vorhandenen Organen der EGKS rekrutieren sollten. Nach einem ähnlichen Muster sollte eine Gemeinschaft zur friedlichen Nutzung der Kernenergie gegründet werden.

Eine zwischenstaatliche Konferenz unter der Leitung *Spaaks* arbeitete auf dieser Grundlage den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG; Euratom) aus. Die Verträge wurden am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet („*Römische Verträge*“) und traten nach Ratifikation für alle Mitgliedstaaten am 1. Januar 1958 in Kraft. Während der EGKS-Vertrag die Hohe Behörde mit den Kompetenzen eines Hauptrechtsetzungsorgans ausstattete, konstruierte der EWG-Vertrag die Kommission nach den Worten ihres ersten Präsidenten *Walter Hallstein* als „Motor, Wächter und ehrlichen Makler des Vertrags“. Die Endentscheidung für verbindliche Rechtsakte lag in der EWG, der späteren EG, anders als in der EGKS grundsätzlich beim Ministerrat. 10

Nach dem Scheitern von EVG und EPG gewann die Auffassung an Boden, wonach eine Politische Union nur durch eine konföderale, auf Zusammenarbeit und nicht auf Supranationalität ausgerichtete Organisation verwirklicht werden könne. Die Gipfelkonferenz der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften beauftragte im Juli 1961 eine Expertenkommission, Pläne auszuarbeiten, um „der Einigung der Völker binnen kürzester Frist einen statistarischen Charakter zu geben“. Eine Arbeitsgruppe der Expertenkommission legte unter Federführung des französischen Botschafters *Fouchet* im Dezember 1961 einen Plan über die Gründung einer staatenbündischen Europäischen Union vor, welche in erster Linie intergouvernemental und nicht supranational ausgerichtet werden sollte. Der *Fouchet*-Plan sah eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Wissenschaft vor. In der Wirtschaftspolitik sollte eine „Annäherung, Koordinierung und Vereinheitlichung“ angestrebt werden, wobei das Verhältnis zu den bestehenden Gemeinschaften EWG, EGKS sowie EAG und ihren supranationalen Kompetenzen offen gelassen war. Vor allem fehlte ein Bekenntnis zum bereits erreichten supranationalen Besitzstand der drei Gemeinschaften („*acquis communautaire*“). 1962 scheiterten sowohl der *Fouchet*-Plan als auch entsprechende Gegenentwürfe zur Gründung einer Europäischen Union, da bereits über den Verhandlungstext keine Einigkeit erzielt werden konnte. 11

Nachdem es noch mit dem Fusionsvertrag vom 8. April 1965 gelungen war, eine einheitliche Kommission und einen einheitlichen Rat der drei Gemeinschaften zu schaffen, kam es bereits Mitte 1965 zu der schwersten Krise der Gemeinschaft. Frankreich blockierte über ein halbes Jahr durch Nichtteilnahme an den Sitzungen den Ministerrat („Politik des leeren Stuhls“). Hintergrund war Frankreichs Festhalten am Einstimmigkeitsprinzip bei der Beschlussfassung im Minis- 12

terrat. Zudem gab es starke gaullistische Bestrebungen, den Handlungsspielraum der Kommission zu beschneiden, um die Position souveräner Nationalstaaten zu stärken. Die Krise wurde nach weitgehenden Konzessionen an die französischen Vorstellungen durch den „Luxemburger Kompromiss“ vom 29. Januar 1966 beigelegt. Danach soll bei Beschlüssen, die vitale Interessen eines Mitgliedstaates betreffen, nach einvernehmlichen Regelungen gesucht werden, eine Mehrheitsentscheidung also ausgeschlossen sein (Rn. 276).

2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration

- 13 Mit dem Rücktritt *de Gaulles* war es möglich geworden, auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Den Haag im Dezember 1969 ein Programm über die Zukunft der Gemeinschaften zu erarbeiten. Anlass für die Programmarbeit war der bevorstehende Ablauf der zwölfjährigen Übergangsphase zum 31. Dezember 1969. Danach sollten Verhandlungen mit den beitriftswilligen Staaten aufgenommen werden. Auch eine Einigung über eine neue Finanzverfassung der Europäischen Gemeinschaften mit eigenen Gemeinschaftseinnahmen, die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion, direkte Wahlen zum Europäischen Parlament sowie über die Errichtung einer Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) schienen nun möglich. Der von den Staats- und Regierungschefs in Auftrag gegebene, am 27. Oktober 1970 von den Außenministern verabschiedete *Davignon-* (oder *Luxemburger*) Bericht sprach sich richtungsweisend für eine intergouvernementale Zusammenarbeit ohne supranationale Integrationsmomente im Bereich der Außenpolitik aus. Durch eine Harmonisierung der außenpolitischen Standpunkte sollte ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht werden.
- 14 Die Zielsetzungen der Haager Gipfelkonferenz von 1969 wurden im Laufe der siebziger Jahre nur zum Teil verwirklicht: So wurde eine Finanzverfassung geschaffen, nach der sich die EWG durch eigene Einnahmen aus dem Gemeinsamen Zolltarif, den Agrarabschöpfungen und aus einem Anteil am Mehrwertsteueraufkommen der Mitgliedstaaten finanzierte. 1970 wurden Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen aufgenommen, die 1973 zum Beitritt der drei erstgenannten Staaten führten; in Norwegen scheiterte der Beitritt an einem Referendum. Weniger Erfolg war dem Plan einer Wirtschafts- und Währungsunion beschieden. Trotz verschiedener Vorstöße (*Barre-Plan* 1969, *Werner-Plan* 1970, *Jenkins-Initiative* 1977) war eine Umsetzung wegen zu großer wirtschafts- und währungspolitischer Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten nicht möglich. Als kleiner Ausschnitt einer Währungsunion wurde 1978 allerdings das Europäische Währungssystem (EWS) auf Initiative von *Valéry Giscard d'Estaing* und *Helmut Schmidt* (ohne Beteiligung Großbritanniens) gegründet. Das EWS führte zu stabileren Wechselkursen zwischen den Mitgliedstaaten. Da-

mit konnten Transaktionskosten im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr gesenkt und der Binnenmarkt währungspolitisch flankiert werden.

Die im *Davignon*-Bericht vorgeschlagene Kooperation im Bereich der Außenpolitik führte zunächst zu einer intensiveren Zusammenarbeit der Außenministerien der Mitgliedstaaten. Darüber hinaus kam es zu jährlichen Gipfelkonferenzen der Staats- und Regierungschefs, auf denen Leitlinien zur Entwicklung der Gemeinschaft verabschiedet wurden. Diese Gipfelkonferenzen wurden auf Vorschlag von *Giscard d'Estaing* seit 1974 offiziell als „Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs“ (Europäischer Rat) bezeichnet. Dieser sollte dreimal jährlich unter Beteiligung der Außenminister und des Kommissionspräsidenten tagen. Im Jahre 1976 einigte sich der Europäische Rat über die Modalitäten einer Direktwahl zum Europäischen Parlament, welche erstmals 1979 stattfand. 15

3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration

Nachdem die Reforminitiativen zur „Vertiefung“ der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere der *Tindemans*-Bericht (1976) sowie der Bericht der „drei Weisen“ (*Biesheuvel/Dell/Marjolin*) des Europäischen Parlaments (1979), zunächst ohne praktischen Erfolg geblieben waren, brachte die *Genscher-Colombo*-Initiative über eine „Europäische Akte“ den Stein im November 1981 ins Rollen. Die Initiative wurde im Juni 1983 in der „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union“ des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs als Grundlage für weitere Verhandlungen angenommen. Die Deklaration nennt als eines ihrer Ziele die „Vertiefung bestehender und die Ausarbeitung neuer politischer Zielsetzungen im Rahmen der Verträge von Paris und Rom“. Ihre Schlussbestimmung sieht die Prüfung der Möglichkeiten eines Vertrags über die Europäische Union vor. 16

Im Juni 1985 beschloss der Europäische Rat gegen die Stimmen Dänemarks, Großbritanniens und Griechenlands, das den Gemeinschaften 1981 beigetreten war, die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Vertragsrevision. Die Arbeiten der Regierungskonferenz mündeten nach dem Beitritt Portugals und Spaniens im Jahr 1986 schließlich in eine „*Einheitliche Europäische Akte*“ (EEA), die am 17. Februar 1986 unterzeichnet wurde, aber erst am 1. Juli 1987 in Kraft trat. Die EEA „vereinheitlicht“ das Bündel aus Gemeinschaftspolitiken und bisher außergemeinschaftlichen Politikbereichen (wie der Außenpolitik). Mit der EEA wurden der Europäische Rat und die EPZ vertraglich festgeschrieben. Vor allem ging von den in der EEA enthaltenen Änderungen des EWG-Vertrags die erste grundlegende Reform der Gemeinschaft aus. Die Gemeinschaftsreform erstreckte sich im Wesentlichen auf folgende Politikbereiche: 17

- den europäischen Binnenmarkt, in dem der freie Verkehr von Waren und Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist,

8 Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung

- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik,
 - neue Zuständigkeiten auf den Gebieten der Forschung und Technologie sowie des Umweltschutzes,
 - die Sozialpolitik,
 - die wirtschaftliche Entwicklung als Gemeinschaftsziel,
 - die Reform der Entscheidungs- und Rechtsetzungsverfahren zur intensiveren Zusammenarbeit der EG-Organen.
- 18 Mit der EEA wurde der Wille zur weiteren Vertiefung der Integration bekräftigt. Im Juni 1988 beauftragte der Europäische Rat eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Kommissionspräsidenten *Jacques Delors* mit der Prüfung einer schrittweisen Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion. Auf der Grundlage des *Delors*-Berichts vom Juni 1989 wurde das Inkrafttreten der ersten Stufe der Währungsunion zum 1. Juli 1990 beschlossen. Von dieser Terminfestlegung ging ein erheblicher Zugzwang in Richtung einer vertraglichen Konsolidierung der weiteren Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion aus. Bereits am 27./28. Oktober 1989 wurde der Beginn der zweiten Stufe, also der Phase zur institutionellen Vorbereitung eines Europäischen Systems der Zentralbanken, auf den 1. Januar 1994 festgelegt. In Dublin wurde dann am 25./26. Juni 1990 beschlossen, neben der Regierungskonferenz über eine Wirtschafts- und Währungsunion einen parallelen Ratsgipfel zur Gründung einer umfassenden Europäischen Union einzuberufen.
- 19 Bereits zu dieser Zeit stellte sich mit Blick auf den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme des Ostblocks die Frage nach einer Osterweiterung der Gemeinschaft. Durch die deutsche Wiedervereinigung wurden die Bemühungen um eine Wirtschafts- und Währungsunion, aber auch um eine Politische Union, nicht unerheblich beschleunigt, da man sich davon eine im allseitigen Interesse liegende stärkere europäische Einbindung Deutschlands versprach. Während die Eingliederung der Gebiete der ehemaligen DDR in die Europäischen Gemeinschaften ohne eine grundlegende Änderung der Gemeinschaftsverträge lediglich durch Ausnahmeregelungen möglich war, wurde nun deutlich, dass eine Osterweiterung auch zu einem Wandel des inneren Gemeinschaftsgefüges führen würde. Daher sollten weitere Beitritte erst möglich sein, nachdem man sich über die grundlegenden Integrationschritte geeinigt hatte. So wurden mit den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten zur Heranführung an die Europäische Union zunächst nur Assoziierungsabkommen geschlossen (sog. Europa-Abkommen). In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) zusammen mit den EFTA-Staaten im Jahre 1992 zu sehen (Rn. 2, 1427). Auch der EWR wurde zunächst nur als Zwischenlösung betrachtet.

4. Maastrichter Vertrag 1992

Das in Maastricht vereinbarte Vertragswerk über die Europäische Union stellt 20 „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ dar (vgl. ex-Art. A Abs. 2 EUV). Es enthält einerseits Bestimmungen zur intergouvernemental ausgerichteten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie zur Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZBJI). Andererseits inkorporiert der EU-Vertrag grundlegende Änderungsbestimmungen der drei Gemeinschaftsverträge von EG, EAG und EGKS. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde zur umfassenderen Europäischen Gemeinschaft (EG). Neben dem Kernstück der im EG-Vertrag verankerten Wirtschafts- und Währungsunion (Art. 98 bis Art. 124 EGV a. F.) wurden auch eine Unionsbürgerschaft mit aktivem und passivem Kommunalwahlrecht, das Recht zur Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament im Wohnsitzstaat sowie ein europäisches Petitionsrecht eingeführt (Art. 17 bis Art. 22 EGV a. F.).

Der EU-Vertrag wurde am 7. Februar 1992 in Maastricht von allen damaligen 21 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, infolge von Ratifikationsverzögerungen konnte er jedoch erst am 1. November 1993 in Kraft treten. So bedurfte die Ratifikation in einigen Mitgliedstaaten aufgrund ihres Verfassungsrechts eines Referendums und/oder einer Verfassungsänderung. Nachdem in Irland und Frankreich die Bevölkerungsmehrheit für den Vertrag votierte, scheiterte eine Ratifikation Dänemarks im ersten Anlauf aufgrund des negativen Ausgangs des Referendums. Erst nach einigen Zugeständnissen seitens der übrigen Mitgliedstaaten an Dänemark, vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion, sprachen sich die Dänen in einer zweiten Volksabstimmung für eine Ratifikation des Maastrichter Vertrags aus. Nachdem das deutsche BVerfG schließlich am 12. Oktober 1993 die Verfassungsbeschwerden gegen das deutsche Zustimmungsgesetz zurückgewiesen hatte, konnte auch Deutschland den Vertrag ratifizieren.

Vor der 1996 einberufenen Regierungskonferenz zur Vertragsrevision² traten 22 Finnland, Österreich und Schweden mit Wirkung zum 1. Januar 1995 der Europäischen Union bei³. Der Beitritt Norwegens scheiterte hingegen erneut an einem Referendum.

Der Europäische Rat einigte sich am 15. Dezember 1995 auf dem Madrider Gipfel auf den Namen der zukünftigen europäischen Währung. Die bislang für die europäische Rechnungseinheit verwendete Bezeichnung „ECU“ (European Currency Unit) wurde durch die Bezeichnung „Euro“ für die neue gemeinsame Währung abgelöst. Im Januar 1999 wurden die Umrechnungskurse der beteilig-

2 Ex-Art. N Abs. 2 EUV.

3 ABl. EG 1994 Nr. C 241, S. 6.

ten Währungen unwiderruflich festgelegt; die Ausgabe der neuen Geldscheine und Münzen erfolgte im Januar 2002.

5. Amsterdamer Vertrag 1997

- 24 Der *Vertrag von Amsterdam* wurde vom Europäischen Rat im Juni 1997 als Ergebnis der in ex-Art. N Abs. 2 EUV vorgesehenen Regierungskonferenz zur Überarbeitung des Maastrichter Vertrags als Entwurf verabschiedet und am 2. Oktober 1997 unterzeichnet⁴. Er trat am 1. Mai 1999 in Kraft, nachdem in allen Unionsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften die *innerstaatlichen Ratifikationsverfahren* (vgl. Art. 23 GG, Art. 59 Abs. 2 GG für die Ratifikation in Deutschland) erfolgreich abgeschlossen worden waren. In Irland und Dänemark musste dazu eine Volksabstimmung durchgeführt werden. In Frankreich war eine Verfassungsänderung erforderlich, wodurch die Ratifikation des Vertrags verzögert wurde.
- 25 Der Vertrag von Amsterdam enthält keine grundsätzlichen Änderungen der Maastrichter Unionsarchitektur. Allerdings erhielt die Europäische Gemeinschaft zusätzliche Kompetenzen im Bereich der Innenpolitik, indem ein neuer Titel IV in den EG-Vertrag eingefügt wurde („Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr“). Die Vetomöglichkeiten und damit die Einflussnahme des Europäischen Parlaments in der Gemeinschaftsgesetzgebung wurden durch eine Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens (vgl. Art. 251 EGV a. F.) auf weitere EG-Rechtsetzungsmaterien erweitert. In einem neuen Titel VII sieht der Amsterdamer Unionsvertrag „Bestimmungen über eine verstärkte Zusammenarbeit“ vor (Art. 43 bis Art. 45 EUV a. F.). Diese erlauben es einem kleineren Kreis von Unionsstaaten, aufgrund flexibler Entscheidungsmechanismen in der Integration weiter voranzuschreiten. Schließlich nahm der Amsterdamer Vertrag eine rechtsverbindliche Neunummerierung in der Artikelzählung des EU-Vertrags sowie des EG-Vertrags vor; inzwischen obsoleete Übergangsvorschriften des EG-Vertrags wurden gestrichen.

6. Vertrag von Nizza 2001

- 26 Am 1. Februar 2003 ist der *Vertrag von Nizza* in Kraft getreten⁵. Dieser Vertrag hob das Amsterdamer Protokoll über die Organe im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union auf und nahm die Änderungen des EU- und des EG-Vertrags vor, die sich im Hinblick auf die damals anstehende Erweiterung als notwendig erwiesen hatten. Institutionelle Fragen standen daher bei der Vertragsgestaltung im Vordergrund. Neu geregelt wurden insbesondere die Zusam-

4 ABl.EG 1997 Nr. C 340, S. 1.

5 ABl.EG 2001 Nr. C 80, S. 1; ABl.EG 2003 Nr. C 24, S. 11.

Sachverzeichnis

Die Nachweise beziehen sich auf die Randnummern.

- 3%-Sperrklausel im Europawahlrecht,
s. Rechtsprechung des BVerfG
- 5%-Sperrklausel im Europawahlrecht,
s. Rechtsprechung des BVerfG

- Abkommen 30, 41 f., 76, 582, 611, 1391
 - Assoziierungsabkommen 19, 74, 79 f., 98, 879, 1120, 1425 ff., 1450
 - Beitrittsabkommen 30, 105, 107 f., 121, 73 ff.
 - Europa-Abkommen 19
 - gemischte Abkommen 76, 80, 462, 1425, 1434
 - Handelsabkommen 466, 879, 1433 f., 1436, 1443
 - Lomé-Abkommen 1430
 - Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 2, 19, 1427
 - von Cotonou 1428, **1430 f.**
- Alimanovic* 749, 790, 798 f.
- Änderungen der Unionsverträge,
s. Vertragsänderung
- Änderungen durch den Amsterdamer Vertrag 24 f., 218, 243, 289 f., 431, 458, 677 f., 711, 835, 1113, 1121, 1362, 1364, 1419
 - Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Mitentscheidungsverfahrens 25
 - Einrichtung einer Strategieplanungs- und Frühwarninheit 1419
 - Erweiterung der Gemeinschaftskompetenz in der Visapolitik 25
- Änderungen durch den Vertrag von Lissabon **34 ff.**, 53 ff., 72 f., **83**, 90 ff., 97, 104, 109 f., 118, 122, 135 f., 144, 179 ff., 190 f., 196, 213, 224 ff., 230, 240, 242 ff., 251 ff., 267, 269, 275, 283 ff., 298 ff., 303, 306, 312, 317 ff., 337, 341, 343 f., 358, 376, 389, 393, 419, 444, 527, 531, 669 ff., 727, 746, 751 f., 759, 770, 836, 1110 f., 1119, 1125, 1132, 1134 f., 1149, 1313 f., 1348, 1355, 1360 ff., 1403, 1416 f., 1432, 1434, 1449
- Änderungen durch den Vertrag von Nizza 26 f., 118, 713, 807, 1452
 - gerichtliche Kammern 26, s. auch Fachgerichte
 - Verfahren der Mitentscheidung 26
 - verstärkte Zusammenarbeit 26
 - Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 26, **312**
- Angebotssubstituierbarkeit 1192 ff.
- Äquivalenzgebot 478 f., 617, 622
- Agenda 2000 30
- Agentur der EU für Grundrechte 336
- Agrarpolitik, s. Landwirtschaftspolitik
- Air France* 1258
- Åkerberg Fransson* 697, 701 f.
- AKP-Staaten 1430 f.
- Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten 460
 - Beschlüsse nach der „gemischten Formel“ 460
 - „uneigentliche Ratsbeschlüsse“ 460
- Aktionsplan „Staatliche Beihilfen“ 1280
- Akzo Nobel* 1157
- Alcan* 1309
- Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts 417, **450 f.**, 485 f., 685, 1181
 - Grundrechte 476, **679 ff.**
- Allgemeiner Gleichheitssatz 630, **709 ff.**, 725
- Allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV 710, **746 ff.**, 759, 761, 769, 773, 784, s. auch Diskriminierungsverbot

- Adressaten 748
- allgemeiner Gleichheitssatz s. dort
- Anwendungsbereich des AEU-Vertrags 752
- Anwendungsbereich des EAG-Vertrags 746
- Anwendungsbereich des EU-Vertrags 759 ff.
- Beschränkungsverbot 747
- Binnenmarkt 746, 750
- Diskriminierung **746 ff.**
- Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 805
- Drittstaatsangehörige 750
- Drittwirkung 703
- Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger 755
- Gleichbehandlung ungleicher Sachverhalte 709
- Grundfreiheiten 750 f., 754 f., 757, s. auch dort
- Inländerdiskriminierung 757, s. auch dort
- Inländergleichbehandlung 749 f., s. auch dort
- offene Diskriminierung 764
- persönlicher Schutzbereich 750
- Rechtfertigung 766 ff.
- Rechtsetzungskompetenzen 753, 756
- sachlicher Schutzbereich 751
- Sozialrecht 755
- Subsidiarität 769
- Teilhaberechte 755
- Ungleichbehandlung vergleichbarer Sachverhalte 762 ff.
- unmittelbare Anwendbarkeit 753
- Verhältnis zum allgemeinen Gleichheitssatz 762
- versteckte Diskriminierung 764 f., 767
- Alpine Investments* 1053
- Altmark Trans* 1256, 1278, 1322, **1323 ff.**, s. auch Daseinsvorsorge
- Ausschluss des Beihilfentatbestandes 1239 f., 1271
- Beihilfentatbestand 1323
- Betrauung 1311, **1317 ff.**, 1323, 1328 f.
- Nettomehrkostenausgleich 1321, 1323, 1331
- Benchmarking 1323
- Verhältnis zu Art. 106 Abs. 2 AEUV 1324
- Freistellungsentscheidung 1329 f.
- Transparenzrichtlinie 1331, 1333
- Amtsblatt der Europäischen Union 326, 436, 829, 1290, 1445
- Amtshaftungsklage 569 ff.
- Begründetheit 577
- Form der Klageschrift 572
- Frist 573
- Funktion 569
- Parteifähigkeit 571
- Prüfungsschema 579
- Rechtsschutzbedürfnis 574
- Urteilswirkung 578
- Verhältnis zur Nichtigkeitsklage 575
- Vorrang des primären Rechtsschutzes 574
- Zulässigkeit 570 ff.
- Zuständigkeit, sachliche 570
- Angonese* 849, 947, 971
- ANETT* 855, 907, 959, 1007, 1051, 1054
- Antidumpingrecht 1438 ff.
- Antitrust-Recht 1168
- Anwendungsbereich des AEU-Vertrags **752 ff.**, 916
- Anwendungsbereich des EAG-Vertrags 746
- Anwendungsbereich des EU-Vertrags **759 ff.**
- Anwendungsvorrang des Unionsrechts **196 ff.**, 266, 378, 414, 687, 841, 869
- Adoptions- oder Vollzugslehre 198
- gegenüber den Grundrechten des Grundgesetzes 197
- Inländerdiskriminierung 201
- kein Geltungsvorrang 196
- Pflicht zur Aufhebung unionsrechtswidriger Bestimmungen 202
- Pflicht zur Durchbrechung der Rechtskraft mitgliedstaatlicher unionsrechtswidriger Urteile 205
- Rücknahmeverpflichtung für bestandskräftige, unionsrechtswidrige Verwaltungsakte 203 f.
- Transformationslehre 198

- Transformationsunbedürftigkeit des Unionsrechts 199
- unionsrechtskonforme Auslegung 200 f.
- unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts 199
- AOK Bundesverband* 1156
- Äquivalenzgebot 478 f., 617
- Arbeitnehmerfreizügigkeit 849, **929 ff.**, 1000, 1034
 - Abgrenzung zur Dienstleistungsfreiheit 935
 - Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit 934
 - Adressaten 945 f.
 - Arbeitgeber 935, 942
 - Arbeitnehmerbegriff 931 ff.
 - Arbeitnehmerüberlassung 935
 - Aufenthalts- und Bewegungsrecht 937 f.
 - Ausweisung 963
 - Begünstigte 941 ff.
 - Bereichsausnahme 939 f.
 - Berufssportler 932
 - Beschränkungsverbot 954
 - Diskriminierungsverbot 954
 - Drittwirkung 947
 - Familienangehörige 943
 - *Gebhard*-Formel 954
 - grenzüberschreitender Anknüpfungspunkt 936
 - Inländerdiskriminierung 936
 - Keck-Formel 959 f.
 - Rechtfertigung von Eingriffen 961 ff.
 - Schranken 962
 - Schranken-Schranken 972
 - Schutzbereich 930 ff.
 - sittenwidrige Tätigkeit 933
 - soziale Vergünstigungen 950
 - Verhältnis zu den Grundrechten 968 ff.
- Architektur der Europäischen Union 53 ff.
- Art. 18 Abs. 1 AEUV s. Allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV
- Assoziierung mit der Europäischen Union 19, **1424 ff.**
 - Abkommen 19, **1425 ff.**
 - Begriff 1424
 - Beitrittsassoziiierung 1426
 - Entwicklungsassoziiierung 1428
 - Europa-Abkommen 19
 - Freihandelsassoziiierung 1427
 - konstitutionelle Assoziierung 1424
- AstraZeneca* 1208
- Asylpolitik 1115
 - Eurodac 1116
 - Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) 1116
 - Umsiedlungsbeschlüsse 1117
- Aufenthaltsrecht, Bewegungsrecht
 - s. Bewegungs- und Aufenthaltsrecht
- Auftrag, Aufträge 267, 300, 1323, **1335 f.**, **1338 ff.**, 1404
 - Auftraggeber 1336 ff.
 - Auftragsvergabe 1335 f.
 - Auftragsvergaberichtlinie 1335 ff.
- Ausbeutungsmisbrauch 1202
- Außenbeziehungen der Europäischen Union **70 ff.**, 81, **1371 ff.**
 - Assoziierung 1424
 - Außenvertretungen 253, 296, 302, 1416
 - Beitritt zu internationalen Organisationen 77
 - gemischte Abkommen 76, 80, 462, 1425, 1434
 - Gesandtschaftsrecht 82
 - Handelspolitik 167, **1432 ff.**
 - Vertragsschlusskompetenzen 74 ff.
 - Vertragsschlussverfahren 79 f.
 - Völkerrechtsfähigkeit 74, 82
 - Währungsabkommen 79
- Außenminister der EU, s. Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik 298 ff.
- Außenpolitik der Union 15, 1411
- Auslegung
 - Absicherung des unionsrechtlichen Auslegungs- und Verwerfungsmonopols des EuGH 591
 - „effet utile“ **189**, 489 f., 605, 641, 1308 f.
 - enge 910
 - fehlerhafte 159
 - gemeinschaftsrechtskonforme nationalen Rechts, s. unionsrechtskonforme nationalen Rechts
 - grundfreiheitskonforme Auslegung 868 f.
 - implied powers 180
 - teleologische 189

- unionsrechtskonforme nationalen Rechts 200, **206 ff.**
- unionsrechtliche Norm 652
- Ausnahmeklauseln 1238., 1311
- Ausnahmetatbestände 439, 1239, 1284 ff.
- Ausschluss aus der Europäischen Union 113
- Ausschreibungsverfahren 1253, 1344 ff., s. auch Vergaberecht, Vergabeverfahren
- Ausschuss der Regionen 143, 190, 327, **331 ff.**, 338, 523 ff., 535 ff.
- Austritt aus der EU 40 f., **109 ff.**, 120, 272 f.
 - Austrittsabkommen 41, 110 ff.
 - Austrittsrecht 110 f.
 - Brexit 40 f., 228, 272 f.
- Auswirkungsprinzip 1232
- Bananenmarktordnung*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Banchemo* 1155
- Bankenaufsicht, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Bankenunion, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Barcelona-Prozess 1429
- Baukonzession 1338
- Bauleistungen 1335, 1338 f.
- Beeinträchtigung
 - des zwischenstaatlichen Handels 890, 1167, 1173, 1277 f., s. auch Handelsbeeinträchtigung
 - von Grundfreiheiten durch Private 503, 516, 648, 690, 890, 924, **928**, 968, 1010, **1019**
 - Wettbewerb 541, 1167 f., s. auch Wettbewerbsverfälschung
- Begünstigung 403 ff., 562, **1242 ff.**, 1241, **1242 ff.**, 1268, 1278, 1305, 1322, 1324
- Behinderungsmissbrauch 1202 f.
- Beihilfen 418, 441, 481 f., 511, 538, 541 ff., 562, 619 f., 1141, 1152, **1236 ff.**, 1312, **1323 ff.**
 - Abgaben- und Umlagesysteme 1262, 1264
 - Ad-hoc-Beihilfen 1284
 - Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung 1237, 1281, 1287
 - Aufsichtsverfahren 541, 1238
 - Ausnahmeklauseln, beihilfenrechtliche 1279 ff., 1283 ff., 1311 ff.
 - Begriff 12409 ff.
 - Beihilfenaufsicht 536 f., 541, 1292 ff.
 - Beihilfenempfänger 482, 1253, 1288 f., 1306 ff.
 - Beihilfenkontrolle 1236 ff., **1292 ff.**
 - Beihilfenrecht 1236 ff.
 - Beihilfenregelungen 1284, **1288 ff.**
 - Beihilfenrückforderungsentscheidung 482, 538, 1301 ff.
 - Beihilfentatbestand **1240 ff.**, 1322, 1323 ff.
 - Beihilfenverbot 481, 1238 f., **1240 ff.**, 1279 ff., 1312
 - Beihilfenverfahren 1292 ff.
 - Belastungsminderungen 1266 f.
 - bestehende Beihilfe 1295
 - Bindungswirkung/Abweichungsverbot 1307
 - „de minimis“-Beihilfenäquivalent 1327
 - Durchführungsverbot 1292, 1294, 1303, 1306, 1309 f.
 - Einzelbeihilfen 1284, 1289 f., 1294
 - Finanz- und Wirtschaftskrise 1236, 1300
 - funktionale Entflechtung nichtwirtschaftlicher Tätigkeit 1271
 - genehmigte Beihilfen 538, 1293
 - gerichtliche Überprüfbarkeit/Prüfdichte 1241
 - horizontale Beihilfen 1286
 - Infrastrukturförderung 1252 f.
 - Legalausnahme 1283
 - Leistungs-/Gegenleistungsverhältnis 1252, 1255 f.
 - „market economy investor“ 1247 ff.
 - Marktanalyse 1167, 1276, 1323
 - Marktbedingungen 1166, 1242, 1276
 - Marktversagen 1280 ff.
 - Maßnahmenpaket der Kommission 1237, 1317, 1322 f., **1325 ff.**
 - mittelbare Begünstigung 1244, 1258 ff.
 - neue Beihilfe 1294
 - Notifizierungspflicht 1288 f., 1298 f., 1328, 1330
 - Notifizierungsverfahren 482, 1288, 1291, **1292 ff.**

- „private investor“ 1247 ff.
- rechtswidrige Beihilfen 482, 538, 562, 1293 f., 1297, **1304 ff.**, 1309
- regionale Beihilfen 1278, 1284, **1286**
- Rückforderung 1301 f., 1304 ff.
- sektorale Beihilfen 1286
- Selektivität 1272 ff.
- Spürbarkeit 541, **1171 f.**, 1276
- staatliche Beihilfen 1236 ff., **1257 ff.**, 1280, 1307, 1325
- Steuerbeihilfen 1275
- Stillhalteverpflichtung 1292, 1294, 1303, 1306, 1309 f.
- Verfahrensverordnung 1293 ff., 1306
- Vertrauensschutz, eingeschränkter 482, 1308 f.
- Wertgutachten 1255
- Wettbewerbsverfälschung 1236, **1276 ff.**, 1283
- wirtschaftliche Kontinuität 1308
- Beitritt 14, 17, 19, 22, 30 ff., **101 ff.**, **108**
- Acquis communautaire 102, 107
- Balkanstaaten 31
- Beitrittsabkommen 30, **108**
- Beitrittsassoziiierung 1426
- Beitrittspartnerschaften 31, 1426
- Beitrittsverfahren 103, **105 f.**, 111
- Beitrittsvoraussetzungen 101 ff.
- Beitrittswirkung 107
- Dänemark 14
- Finnland 22
- Griechenland 17
- Großbritannien 14
- Irland 14
- Island 32
- Kein Beitrittsanspruch 103
- Abschaffung der bisherigen Säulenstruktur 38
- Kopenhagener Kriterien für Beitritt 103
- Kroatien 30
- Norwegen 14, 22
- Österreich 22
- Osterweiterung 19, **30 ff.**
- Schweden 22
- Serbien 31
- Türkei 32
- Übergangsregelungen im Beitrittsabkommen 107
- Übernahme des unionalen Besitzstandes 107
- Belastungsminderung 1266 f.
- Beschluss 29, 248 ff., 257 ff., 268 ff., **418 ff.**, **446**, 1333, 1361, 1405
- Aufhebung belastender Individualbeschlüsse 442
- Beihilfenrückforderungsbeschluss 420, 1301 ff.
- Beschlüsse nach der „gemischten Formel“ 460
- Durchsetzung 443
- GASP 420
- individualgerichteter Beschluss 418, 436
- individuelle Geltung 418
- Rechtshandlungen eigener Art 389
- staatengerichteter Beschluss 418, 436
- unmittelbare Geltung 419
- unmittelbare Anwendbarkeit 423
- unmittelbare Wirkung 423
- Beschränkungsverbot 747, 757, 765, **804 ff.**, **853 ff.**, 869, 948, 952, **954 ff.**, 959 f., **1006 f.**, 1039, 1043, 1045 f., 1048, **1049 ff.**, 1069, **1083 ff.**, s. auch Diskriminierungsverbot, s. auch Grundfreiheiten
- Besonderes Gesetzgebungsverfahren 393
- Bestimmte Verkaufsmodalitäten 900
- Bestimmtheit 364, 413, 1268, 1272
- Bestimmungslandprinzip 851, 854, 860
- Betrugsbekämpfung 675 f.
- UCLAF 675
- OLAF 675 f.
- Bewegungs- und Aufenthaltsrecht **755 ff.**, **791 ff.**, s. auch Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger
- Binnenmarkt 13 f., 17, 85, 166, 750 f., 839 ff., **872**, 1140, 1142, **1235**, 1335, **1348 ff.**, **1355 ff.**, 1432, s. auch Gemeinsamer Markt
- als Grundlage der Rechtsangleichung der Mitgliedstaaten **1348 ff.**
- *Cassis*-Rechtsprechung 919 ff., 923
- Aufzählung der *Cassis*-Rechtfertigungsgründe 921, s. auch dort
- dogmatische Unschärfe der Rechtsfigur der versteckten Diskriminierung 920
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 923
- hinreichende Etikettierung 923

- keine Rechtfertigung durch rein wirtschaftliche Gründe 918
- Konvergenz der Schranken 920
- Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 923
- negative Tatbestandsmerkmale des Art. 34 AEUV 919
- Rechtfertigungsmöglichkeit nur für unterschiedslos anwendbare nationale Regelungen 920
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 920
- zwingende Erfordernisse des Allgemeinwohls 920
- Biopatent-Richtlinie 707
- Bosman* 955 f., 959, 1000
- Brexit 40 f., s. auch Austritt aus der EU
- Brey* 799
- Bronner* 1204
- British American Tobacco* 1225
- Bündelung 1212, 1214
- Bürgerbeauftragter 828 ff.
- Bürgerbegehren 836
- Bürgerinitiative 836 f.
- Bundesnetzagentur 1223, 1264
- BVVG* 1255

- Cartesio* 990, 993, 995
- Cassis de Dijon*, *Cassis*-Rechtsprechung, *Cassis*-Formel 518, 858, 895 ff., 895 ff.10, 910, 919 ff., 965 ff., 1011 f., 1058 ff., 1095 ff., 1169, 1351
- Aufzählung der *Cassis*-Rechtfertigungsgründe 921
- dogmatische Unschärfe der Rechtsfigur der versteckten Diskriminierung 920
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 923
- hinreichende Etikettierung 923
- keine Rechtfertigung durch rein wirtschaftliche Gründe 921
- Konvergenz der Schranken 920
- Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 923
- negative Tatbestandsmerkmale des Art. 34 AEUV 919
- Rechtfertigungsmöglichkeit nur für unterschiedslos anwendbare nationale Regelungen 920
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 920
- zwingende Erfordernisse des Allgemeinwohls 920
- CELFI/SIDE* 482
- Centros* 991, 993
- CETA 1434, s. auch Handelsabkommen
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union 35 f., 39, 59, 83, 684 ff., 719, 745, 775, 835, 1108, 1307, 1316
- CIA Security International* 410
- Connect Austria* 1160
- Consten & Grundig* 1163
- Continental Can* 1225
- Corbeau* 1320
- Costa/ENEL* 197, 680

- Daily Mail* 988, 990, 993 f.
- Danske Slagterier* 664
- Daseinsvorsorge 940, 1237 ff., 1256, 1311 ff.
- *Altmark-Trans*-Rechtsprechung 1256, 1278, 1322, 1323 ff.
- Art. 14 AEUV: Kein subjektives Recht 1316
- Art. 14 AEUV: Keine unmittelbare Geltung 1316
- Bedeutung 1316
- Beihilfenrecht 1237 ff.
- Definition 1316
- Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 1313 ff., s. auch dort
- Gemeinwohlverpflichtung 1315, 1318
- Gewährleistung durch die Mitgliedstaaten 1315, 1318 f.
- Rechtfertigung von staatlichen Ausgleichsleistungen nach Art. 106 Abs. 2 AEUV, s. dort
- und Wettbewerb 1311 ff.
- Universaldienst 1315 f., 1319, 1321
- Dassonville* 855, 857, 894, 895 ff., 900 ff., 907 f., 1083, s. auch Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung
- Davignon- oder Luxemburger-Bericht 13, 15
- DAWI 1311
- DAWI-Paket 1317, 1322 f. 1325 ff.

- Delegationen der EU 82, 296, 1411
- Delegation 223, 359, 1376
- „De-minimis“ 1171, 1276 f., 1325, 1327
- Beihilfen 1276 f., 1325, 1327
- Kartellrecht 1171
- Demokratie in der europäischen Integration 130 ff.
- Fähigkeit des Europäischen Parlaments, demokratische Legitimation zu erzeugen 131
- Grundsatz der Gleichheit der Wahl 131
- Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente („COSAC“) 134
- Voraussetzungen einer gemeineuropäischen politischen Willensbildung 133
- Deutsche Demokratische Republik 19
- Deutsche Telekom AG* 1162
- Delors-Bericht 18, 1356
- D’Hoop* 803
- Diego Cali & Figli* 1155
- Dienstleistungen 17, 712, 839 ff., 935, 1020 ff., 1034 ff., 1063 ff., 1073 ff., 1159 ff., 1269., 1311 ff., 1335 ff., 1434 ff., s. auch Dienstleistungsfreiheit
- Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 1311 ff., 1322 ff.
- Dienstleistungsfreiheit 1020 ff., 1070, 1080 ff., 1101
- Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit 1025
- Abgrenzung zur Kapitalverkehrsfreiheit 1027, 1101
- Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit 1026
- Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit 1024
- aktive Dienstleistungsfreiheit 1030, 1032, 1036, 1040, 1042, 1045 f., 1049, 1051
- Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien 1063 ff.
- Ansässigkeits- bzw. Niederlassungserfordernis 1043
- Arbeitnehmerüberlassung 1025
- Aufenthalts- und Bewegungsrecht 1032
- Beeinträchtigungen 1039 f.
- Begriff der Dienstleistung 1022 ff.
- Bereichsausnahme für die Ausübung hoheitlicher Gewalt 1033
- Berufsqualifikationen 1064
- Beschäftigte von Dienstleistungsunternehmen 1025
- Beschränkung 1049 f.
- Beschränkungsverbot 1039, 1043, 1045, 1049, 1070
- Binnenmarkt 1020
- Dienstleistungsempfänger 1021, 1023 ff., 1027, 1029, 1031, 1033, 1035 ff., 1041 ff.
- Dienstleistungserbringer 1021, 1025 f., 1028, 1030 ff., 1036 ff., 1044 ff.
- Dienstleistungsmodalitäten 1020
- Diskriminierung 1041 ff.
- Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 1045, 1050
- Drittstaatsangehörige 1027, 1031
- Eingriff 1038 ff.
- Entgelt 1023
- Entsendung von Arbeitnehmern 1025, 1037
- Grundrechtsschutz 1061
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 1062
- Inländergleichbehandlung 1039, 1042, 1045, 1048, 1051, 1070
- intermediäre Gewalten 1038, 1061
- juristische Personen 1035, 1037, 1044
- kein Inländergleichbehandlungsgebot 1044
- *Keck*-Rechtsprechung 1051 ff., 1070, 1101
- Korrespondenzdienstleistungen 1030, 1036, 1067
- Leistungsempfänger 1023
- Modalitäten der Dienstleistungsfreiheit 1030 f., 1039, 1070
- offene Diskriminierung 1041, 1042, 1044, 1047
- öffentliche Gesundheit 1055
- öffentliche Ordnung 1028 f.
- öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit 1028
- Parallele zur Niederlassungsfreiheit 1020
- passive Dienstleistungsfreiheit 1030, 1032, 1033, 1036, 1040, 1047, 1051, 1070
- persönlicher Schutzbereich 1034 ff.

- Recht der Dienstleistungsempfänger 1021
- Rechtfertigung 1055 ff.
- Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes 1061
- Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses 1058 ff.
- Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten 1061
- Rechtfertigungsgründe nach Art. 62 i. V. m. Art. 52 Abs. 1 AEUV 1055 ff.
- Rechtfertigungsmaßstab 1039
- sachlicher Schutzbereich 1022 ff.
- Schranken-Schranken 1062
- Schutz nationaler Grundrechte 1094
- Schutzpflichten 1038, 1099
- Subsidiarität der Dienstleistungsfreiheit 1027
- Unionsgrundrechte 1062
- unmittelbare Anwendbarkeit 1020
- Verpflichtungsadressaten 1038
- versteckte Diskriminierung 1041 f., 1058
- vertraglich vorgegebene Subsidiarität 1022
- Dienstleistungskonzession 1338
- Dienstleistungsrichtlinie 1065 ff.
 - Anwendungsbereich 1066
 - Begriff der Dienstleistung 1066
 - Herkunftslandprinzip 1065
- Direktinvestitionen 1074, 1077, 1432 ff.
- Diskriminierungsverbot 683, **746 ff.**, 770, 789, 801, **838**, **851**, 854, 857, 894, 939, 1001 ff., 1026, 1039 ff., 1051, 1067, 1083, 1253, 1340, 1346
 - allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV 683, **746 ff.**, 770, 789, 801, **851**, s. auch dort
 - Anwendungsbereich des AEU-Vertrags 752 ff., 762, 770, 803 f.
 - Anwendungsbereich des EU-Vertrags 759 ff.
 - Anwendungsvorrang 757
 - Beschränkungsverbot 747, 756, 762 ff., 794, 806, 838, 853 f., 856 f., 860, 919 f., 949, 952, 954 ff., 975, 1006, 1039 f., 1043, 1046 f., 1049 ff., 1070, 1083 f., s. auch dort
 - besondere Ausformungen des allgemeinen Gleichheitssatzes 710, 747, 762
 - Bewegungs- und Aufenthaltsrecht 756, s. auch dort
 - Binnenmarkt 746, 750
 - Dienstleistungsfreiheit 1041 ff.
 - derivative Teilhaberechte 755
 - Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 762, 765, 803, 846, 851, 856
 - Diskriminierung aufgrund von, nach Staatsangehörigkeit 746 ff., 748, 758, 762 ff., 770, 789, 801, 801, 810, 851 ff., 894, 930, 947, 949 ff., 952, 975, 1001 ff., 1019, 1039 ff., 1070, 1083
 - Drittstaatsangehörigkeit 749
 - Drittwirkung 748
 - Europäische Union, ihre Organe und Einrichtungen 748
 - Gleichbehandlung nicht vergleichbarer Sachverhalte 763
 - Gleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern, s. dort
 - Grundfreiheiten 746, 750, 752, 754 f., 839 ff., 871 f., 890, 907 f., 942, 959 ff., 985, 1012, 1022 ff., 1051 ff., 1071, 1075 ff., 1086, 1143, 1340, 1352, 1401, 1427, s. auch die einzelnen Grundfreiheiten
 - Inländerdiskriminierung, s. dort
 - Inländergleichbehandlung, s. dort
 - Mitgliedstaaten 748
 - Niederlassungsfreiheit 1001, 1006 ff., s. auch dort
 - offene Diskriminierung **764 f.**, 777 f., 949, 1001, 1041 ff.
 - persönlicher Schutzbereich, s. Grundfreiheiten
 - Rechtfertigung 766 ff.
 - sachlicher Schutzbereich, s. Grundfreiheiten
 - unbeschadet besonderer Vorschriften der Unionsverträge 747
 - Ungleichbehandlung vergleichbarer Sachverhalte **762 ff.**, 1005
 - unionsbürgerliches Diskriminierungsverbot 764, 789, **794 ff.**, **838**

- unionsbürgerliche Freizügigkeit 752, 755 ff., 765, 770, s. auch dort
- unmittelbare Anwendbarkeit 746, 753
- versteckte Diskriminierung **764 ff.**, 770, 851 f., 857, 920, 928, 930, 949, 951 ff., 966, 1002, 1005, 1007, 1019, 1041 ff., 1058, 1067, 1399
- Doha-Runde 1435
- Doppel- oder Mehrfachabstützung von EU-Rechtsakten 175 f.
- Dory* 1397
- Doux Élevage* 1263
- Drittstaatsangehörige 747, 749, 792, 818, 835, 846, 941, 943, 983, **1034 ff.**
- Dumping 1438 ff.
- Durchführungsverbot 481 f., 1294 ff., 1297, 1301 ff.
- DVGW 849, 889

- EAD, s. Europäischer Auswärtiger Dienst
- ECLI 502
- Effektivitätsgebot 478 f., 617 f.
- „effet utile“ (nützliche Wirkung) **189**, 489 f., 605, 641, 1308 f.
- EFSF, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- EFSM, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Eingriff in ein Grundrecht 716 ff.
- Eingriff in eine Grundfreiheit **846**, 889 ff., 945 ff., 1000 ff., 1038 ff., 1082 ff.
 - Arbeitnehmerfreizügigkeit 945 ff.
 - Dienstleistungsfreiheit 1038 ff.
 - Kapitalverkehrsfreiheit 1082 ff.
 - Niederlassungsfreiheit 1000 ff.
 - Warenverkehrsfreiheit 889 ff.
 - Zahlungsverkehrsfreiheit 1082 ff.
- Einheitliche Europäische Akte (EEA) 17 f., 224
- Einheitlicher institutioneller Rahmen, s. Europäische Union, s. Institutioneller Rahmen
- Einnahmen der EU 667 ff.
 - Eigenmittel, Eigenmittelbeschluss 667, **670**
 - sonstige 668, **678**
- Einrichtungen der EU 321, 325, **338**, 439, 527 f., 546, 554 f., 557, 582, 594, 614, 675 f., 705, 716
- Einstweiliger Rechtsschutz **602 ff.**, 614
 - Antrag, Akzessorietät 603
 - Antrag, Begründetheit 607
 - Antrag, Konnexität 603
 - Antrag, Zulässigkeit 603 ff.
 - Antragsrecht, Voraussetzungen 604
 - Beschluss 608
 - Beschlusswirkungen 608
 - Dringlichkeit 607
 - „Einstweilige Anordnung“ 602
 - Erforderlichkeit 605
 - Funktion 602
 - Geeignetheit 605
 - Notwendigkeit 607
 - Prüfungsschema 609
 - Rechtsschutzbedürfnis 605
 - summarische Prüfung 607
- Einzelhandelspreisbindung 884, 1145, 1175
- Empfehlungen und Stellungnahmen **426 f.**, 446
 - Unverbindlichkeit 426
- Emmott* 619
- EMRK-Beitritt II* 737 ff.
- ENI* 1207
- Entflechtung
 - eigentumsrechtliche 1281
 - funktionale 1271
- Entwicklungszusammenarbeit 1451
- Embargomaßnahmen s. auch Handels-embargo
 - Kapital- und Zahlungsverkehr 1100
- Ermessen 103, 289, 365, 386, 395, 429, 482, 485, 513, 538, 544, 547, 552, 566, 584, 607 f., 631, 653 f., 657, 694, 759, 825, 830, 861 ff., 892, 1062, 1090, 1181, 1236, 1238, 1241, 1272 f., 1279, 1281, 1284 ff., 1298, 1319, 1324, 1344, 1381, 1442 f.
 - Ermessensreduzierung 566, 892
 - Ermessenspielraum 103, 469, 538, 566, 653 ff., 694, 830, 861 f., 1241, 1272 f., 1279, 1284 ff., 1298, 1442 f.
 - Ermessenstatbestände 1284, 1286
- Erschöpfungsgrundsatz 916
- ERT* 694 f.
- ESM, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- ESM/Fiskalpakt*, siehe Rechtsprechung des BVerfG

- Essential Facility 1203
Essent Netwerk 1263
 EU-Grundrechte, s. Grundrechte
 EU-Rahmen 118, 1281, 1286 f., 1325, 1330 f.
 Euratom, s. Europäische Atomgemeinschaft
 Eurobonds, s. Wirtschafts- und Währungsunion
Eurocontrol 1155
 Euro-Gipfel, s. Wirtschafts- und Währungsunion
 Eurojust 1131 ff.
 Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln 336
 Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) 1112 f.
 Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union (Frontex) 1112
 Europäische Atomgemeinschaft (EAG, Euratom) 2, 10 f., 20, 38, 41, 53 f., 104, 112, 114, 217, 677
 Europäische Drogenberatungsstelle 336
 Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) 2, 19, 1427
 Europäische Gemeinschaft (EG) 7 ff., 20 f., 25, 28, 38, 217, 681, 727 f., 1435 f.
 – Auflösung durch Vertrag von Lissabon 54
 – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 20
 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) 2, 7 ff., 20 f., 28 f., 217 f., 679
 – Auflösung 28 f.
 – Hohe Behörde 10
 – Ministerrat 10
 – Protokoll von Nizza über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags (EGKS-Protokoll) 28
 Europäische Grundrechteagentur 336
 Europäische Investitionsbank (EIB) 327, 335, 355, 623, 627, 1451
 Europäische Kommission, s. Kommission
 Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR) 47
 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) 2, 7, 45 ff., 50, 304, 679 f., 727 ff., 730
 – 1. Zusatzprotokoll 50, 252, 710
 – 6. Zusatzprotokoll 48
 – 11. Zusatzprotokoll 47
 – 12. Zusatzprotokoll 50
 – 13. Zusatzprotokoll 50
 – 14. Zusatzprotokoll 48
 – 15. Zusatzprotokoll 49
 – 16. Zusatzprotokoll 49
 – allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts 689
 – Beitritt der Union 39, 80, 466, 727, 730 ff.
 – Bindung der Union an die EMRK 727
 – Protokoll Nr. 14 bis 46, 48
 – Rang 45
 Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) 8, 11
 Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) 13, 17, 679, 1401
 Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), s. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
 Europäische Umweltagentur 336
 Europäische Union (EU) 2, 5, 11, 16, 18 ff., 21, 26, 30 ff., 33, 34 ff., 52 ff., 70 f., 79, 81, 121 ff.
 – Agenturen 336, 546, 676, 834, 1112 f., 1387, 1406, 1420
 – Änderung des EU-Vertrags 90 ff., 99
 – Beachtung des föderalen Prinzips beim Ausbau der EU 142 ff.
 – Begriff der Europäischen Union 52
 – Brückentheorie 152
 – Einrichtungen und sonstige Stellen 321, 326, 336, 439, 527 f., 546, 554 f., 557, 582, 594, 614, 675 f., 705, 716
 – Europäische Union und Mitgliedstaaten 121 ff.
 – Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG 137 f., 140 ff., 148 ff., 155 ff., 163, 814, 818, 1370, 1375, 1378
 – Ewigkeitsgarantie als absolute Schranke beim Ausbau von Union 138
 – Grenzen der Integrationsgewalt 137, 147, 156

- Gründung 20
- Institutionelle Grundlagen der Europäischen Union 121 ff.
- Institutioneller Rahmen 70 ff., 83, 220
- Integrationsgewalt 122, 126, 137, 142, 147, 156, 814
- Kompetenzübertragungsklausel 148
- Kontrollbefugnis des BVerfG 146 ff.
- Kooperationsverhältnis des BVerfG mit dem EuGH 127
- Landesblindheit des EG-Rechts 142, 215, 333
- Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union 144
- Öffnung der nationalen Rechtsordnung 122
- Rechtssubjektivität gemäß Vertrag von Lissabon 72 f.
- Solange II-Rechtsprechung des BVerfG 127, 156 f.
- Souveränitätspanzer 59, 122
- Subsidiaritätsprinzip 180 ff.
- Struktursicherungsklausel (Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG) 126, 148
- Supranationale erste Säule der Union 53, 62 f., 123
- Supranationaler Charakter des Unionsrechts 60 f.
- Supranationalität 60
- Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen und internationale Organisationen 121 f.
- Unionsorgane 216 ff.
- Verfassungsbestandsklausel (Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG) 137, 148
- Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausbaus der Union 137 ff.
- Verfassungsrechtliche Grundlagen der EU-Mitgliedschaft nach dem Grundgesetz 121 ff.
- Wirksamer Grundrechtsschutz als verfassungsrechtliche Teilnahmevoraussetzung 127 ff.
- Zustimmungsgesetz 21, 121, 131, 146, 152, 179, 198 ff., 378
- Europäische Verteidigungsagentur 1406, 1420
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 8, 11
- Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) 996
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), s. Europäische Gemeinschaft
- Europäische Zentralbank (EZB) 89, 93, 2016, 318 ff., 500, 523 f., 527 f., 535 f., 577, 627, 635, 1354, 1357, 1360, 1380 ff., 1386 f., 1391, s. auch Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
- Organstellung 318
- Sitz 318
- Europäischer Auswärtiger Dienst 82, 301, 834, 1417
- Europäischer Flüchtlingsfonds 1122
- Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGLF) 1106
- Europäischer Gerichtshof (EuGH) 26, 70, 128, 161 f., 157, 197, 216 ff., 303 ff., 450, 484 ff., s. auch Gericht (EuG), s. auch Fachgerichte
- Abgrenzung zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 304
- Abgrenzung zum Gericht 303
- Fachgerichte 303, 312, 317, 484, 491 f., 601
- Generalanwälte 306, 308 ff., 313, 421, 501
- gerichtliche Kammern 26, 317
- Große Kammer 307, 314
- Kanzler 267, 311
- Neubesetzung der Richterstellen 306, 313
- Plenum 307, 314, 501
- Rechtsschutz vor dem EuGH, s. dort
- richterliche Rechtsfortbildung 485, 641
- Schlussanträge der Generalanwälte 309 f., 501
- Sitz 303
- Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs 484 ff.
- Wiederernennung der Richter 305
- Zuständigkeit im Rahmen der GASP 1403
- Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 491 ff.

- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 45, **46**, 727 ff.
 - *DSR Senator Lines* 729
 - *Matthews* 243, 818
- Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 1106
- Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) 1106
- Europäischer Rat 15, 17 ff., 30 ff., 34 ff., 91 ff., 96 f., 114, 213, **250 ff.**, 284 f., 299, 353, 374, 557, 684, 1115, 1129, 1138, 1356, 1364, 1405 ff., 1410
 - Abgrenzung vom Europarat 42
 - Abgrenzung zum Rat der Europäischen Union 259
 - Bezeichnung 15
 - Einstimmigkeitsprinzip 258
 - Leitlinien der GASP 420, 1404, 1410
 - Organqualität 39
 - Präsident 39
 - Vorsitz 252
 - Zusammensetzung 251 ff.
- Europäischer Sozialfonds (ESF) 1400
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) 1368, 1376, **1377 ff.**, 1381
- Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) 2, 19, 1427
- Europäisches Einheitspatent 1354
- Europäisches Gericht, s. Gericht (EuG)
- Europäisches Gericht erster Instanz, s. Gericht (EuG)
- Europäisches Gesetz 37
- Europäisches Grenzüberwachungssystem (EUROSUR) 1113
- Europäisches Parlament 15, 39, **224 ff.**
 - demokratische Legitimation 132, 244
 - Direktwahl 15
 - Wahlrechtsgleichheit 132, 230, 232, 235, 244
- Europäisches Semester 1368
- Europäisches System der Zentralbanken 18, **320 ff.**, 1360
- Europäisches Währungssystem (EWS) 14, 318, 1357 f., 1391, s. auch Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).
- Europaidée 3 ff.
- Europarat 2, 6, **42 ff.**, **50**, s. auch Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)
 - Aufgaben 43
 - Beratende Versammlung 43
 - Kongress der Gemeinden und Regionen 43
 - Ministerkomitee 43
 - Parlamentarische Versammlung 43
 - Sekretariat 43
- Europarecht 1 f., **50**, s. auch Unionsrecht
 - im engeren Sinne 2, **50**
 - im weiteren Sinne 2, **50**
 - primäres 1
 - sekundäres 1
- Europol 1132, 1134, **1136**
- Euro-Rettungsschirm 1372 ff.
- Euro-Rettungsschirm*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Evidenzkontrolle 743
- Exklusivvereinbarung 1209, 1215
- Fachgerichte 303, 312, **317**, 484, 491 f., 601
- Ferlini* 748
- Fidium Finanz AG* 1027, 1079
- FIAMM* 629
- Finanzkrise, s. Staatsschuldenkrise
- Fischereipolitik 365, **1102 ff.**, 1105
- Fiskalpakt 610, 1363, **1369**, 1377
- Flughafen Leipzig/Halle* 1270
- Fördermittel 1236, 1270
- Förderungen 1236
- Fonds 28, 67, 296, 1106, 1122, 1242, 1400, 1422
 - Europäischer Flüchtlingsfonds 1122
 - Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGLF) 1106
 - Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 1106
 - Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) 1106
 - Europäischer Sozialfonds (ESF) 1400
 - Kohäsionsfonds 67
- Forschung und technologische Entwicklung 17
- Fouchet-Plan 11

- Freihandelsabkommen, s. Handelsabkommen
- Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, s. Dienstleistungsfreiheit
- Freiheit des Warenverkehrs, s. Warenverkehrsfreiheit
- Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV 1145, 1150 f., **1173 ff.**, 1198, 1219, 1233
- Freistellungsentscheidung der Kommission 1177 ff.
- Freistellungsverordnungen, s. Gruppenfreistellungsverordnungen
- Freizeitbad Dorsten* 1278
- Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger 752, 755 f., 758 f., 761, **788 ff.**, 949
- Aufenthaltsrichtlinien 788, 797
 - Aufenthalts- und Bewegungsrecht 788 ff.
 - Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit **759 f.**, 764
 - Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 803
 - Drittstaatsangehörige 792
 - Eingriff 794
 - EU-Grundrechte 800
 - Familienangehörige 792
 - Grundfreiheiten 765, 788, 794, 796
 - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 798
 - persönlicher Schutzbereich 792
 - Rechtfertigung 795 ff.
 - sachlicher Schutzbereich 791
 - Sekundärrecht 794, 795 ff., 807 ff.
 - Subsidiarität 788
 - unmittelbare Anwendbarkeit 788
 - Vorbehalt sozialer Absicherung 796 ff.
 - Wahrung berechtigter Interessen 797
- Fusionsabkommen 218
- Fusionskontrolle 471, 1141, 1198, 1222, **1224 ff.**
- Fusionskontrollverfahren 1229
 - Fusionskontrollverordnung 1141, 1222, **1225 ff.**, 1233
 - „more economic approach“ 1145 ff., 1201, 1237, 1276, 1280, 1282, 1352
 - „one-stop-shop“ 1230
 - Schwellenwerte/Umsatzschwellenwerte/Generalschwellen/Spezialschwellen 1195, 1222, 1226
 - „significant impediment of effective competition“ 1228
 - unionsweite Bedeutung 1225 f., 1229 f., 1233
 - Unternehmenszusammenschlüsse 1149, 1224 f., 1233
- Fusionsvertrag 12, 218, s. auch Organe der Union, s. auch Fusionsabkommen
- Garcia Avello* 763
- GATT, s. General Agreement on Tariffs and Trade
- Gawweiler u. a./Deutscher Bundestag* 1381
- Gebhard, Gebhard-Formel* 855, 954, 965 f., 968, 1006 f., 1011
- Gegenleistung 878, 931, 1023, 1071, 1080, 1242, 1245, 1248 f., 1251 ff., 1266, 1324, 1338
- Geldbuße 443 f., 668, **678**, 729, 1151, 1178, 1181, 1203, 1211, 1215, 1220
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 20, 26, 38, 52, 55 f., **62 ff.**, 73, 79, **83**, 88, 122, 177, 178, 220, 253, 277 f., 300 ff., 341, 372, 375, 376 f., 393, 420, 467, 469, 488, 512, 517, 529, 582, 759 ff., 1139, **1401 ff.**, **1423**
- Abschluss völkerrechtlicher Verträge in Angelegenheiten der GASP 73
 - allgemeine Leitlinien 1410
 - Beschlussverfahren des Rates 372 f.
 - Einstimmigkeitsgrundsatz 1403
 - Europäische Verteidigungsagentur 1406, 1420
 - Finanzierung 1422
 - gemeinsame Aktionen 1414
 - Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 1405 ff.
 - gemeinsame Strategien des Europäischen Rates 1419
 - Handeln des Europäischen Rates 1402, **1410**, **1423**
 - Handelsembargo 1447 ff.
 - Hoher Vertreter für die GASP 1416
 - Justiziabilität 420, 487 f.
 - Leitlinien des Europäischen Rates 1404
 - Militärausschuss der EU 1420
 - Militärstab der EU 1420

- Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee 1419
- Rechtsschutz 487 f.
- Sonderbeauftragte 1421
- Standpunkte 13, 301, 372 ff., **1411**, **1423**
- Unterrichtung und Abstimmung 88, 1413
- Ziele 1401 ff.
- Gemeinsame Handelspolitik 74, 167, 1348, **1432 ff.**
- Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 1405 ff.
 - EU-Eingreiftruppe 1407
 - EU-Kampfgruppen 1407
 - Europäische Verteidigungsagentur 1406, 1420
 - EU-Truppenstatut 1408
 - Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) 1409
- Gemeinsamer Markt 9, 178, s. auch Binnenmarkt
- Gemeinsamer Zolltarif (GZT) 14, 667, 874, 879, 1104
- Gemeinwohlverpflichtungen 1256, 1315, 1318
- Genehmigungen 211 f., 8643, 896 ff., 1005, 1040, 1048, 1057, 1062, 1083, 1090, 1092, 1162, 1222, 1229, 1238, 1279, 1284, 1289, 1297, 1322
- Genehmigungsvorbehalt 843, 865, 1222, 1238
- General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) 464, 466, 1104, 1436, 1443
- Generaldirektion 292
- Generalklausel des Art. 352 AEUV 178 ff.
- Genscher-Colombo-Initiative 16
- Gericht (EuG) 303, **312 ff.**, **484**, **491 f.**, 496, **497 ff.**, 526, s. auch EuGH
 - Kammern 314
 - keine obligatorischen Generalanwälte 312
 - Verhältnis zum EuGH 312
 - Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 491 ff.
- Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften, s. Gericht (EuG)
- Gesamtnichtigkeit 1303
- Gesetzesfolgenabschätzung 1145
- Gesetzgebungsakte 393
- Gewinnerzielung 632, 1023, 1269
 - Absicht der 1154, 1156, 1269
- Gläubiger 1012, 1014, 1059, 1096, 1249
 - öffentlicher 1249
 - privater 1249
- Gleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern 746 ff., 805, s. auch Ungleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern
- Gleichheitssatz, Art. 18 Abs. 1 AEUV 746 ff., s. auch Allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV
- Google Shopping* 1211
- Gravier* 753
- Griechenland-Soforthilfe, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Gründungstheorie, s. Niederlassungsfreiheit
- Grundfreiheiten des AEU-Vertrags 746, 750, 752, 754 f., 755 f., **839 ff.**, 871, 890, 942, 959 ff., 985, 1012, 1022 ff., 1051 ff., 1070, 1075 ff., zu den einzelnen Grundfreiheiten s. auch dort
 - abschließende Harmonisierung 842
 - Arbeitnehmerfreizügigkeit 930 ff., s. auch dort
 - Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten 839 f.
 - Beschränkungsverbot **756**, **762 ff.**, 794, **853 f.**, 860, 893, 919, 948, 952, **954**, 956, 959, **975**, 1006 f., 1039, 1043, **1045 ff.**, 1070, 1083 ff., s. auch dort
 - Bestimmungslandprinzip 851
 - Beurteilungsspielraum 861 ff.
 - Binnenmarktphilosophie 840, 984
 - Diskriminierungsverbot **746 ff.**, **769**, 789, 801, **838**, **851**, 854, 894, 942, 959, 1001 ff., 1026, 1039 ff., 1051, 1067 ff., 1083, 1253, 1340, 1346, s. auch Diskriminierungsverbot
 - Drittwirkung 845, 849
 - Eingriff **846 f.**, 889 ff., 945 ff., 996 ff., 1038 ff., 1082 ff.
 - Ermessensspielraum 861
 - Errichtung eines Binnenmarktes 839
 - fehlende Nähebeziehung 855

- Freiheit des Dienstleistungsverkehrs 1020 ff., s. auch Dienstleistungsfreiheit
- Freiheit des Warenverkehrs 873 ff., s. auch Warenverkehrsfreiheit
- Gebot der kohärenten und systematischen Zweckerreichung 865
- grenzüberschreitender Bezug 846 f.
- grundfreiheitsrelevantes Sekundärrecht 866
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit **860 f.**, 899, 913, 917, 923, 972, **975**, 1009, 1011, 1014 f., 1062 f., 1070, 1088, 1092, 1097, s. auch dort
- Herkunftslandprinzip 854
- Inländerdiskriminierung 841, s. auch dort
- Inländergleichbehandlungsgebot 851, s. auch dort
- intermediäre Gewalten 849
- juristische Personen als Berechtigte **986 ff.**
- Kapitalverkehrsfreiheit 1071 ff., s. auch dort
- *Keck*-Formel 855 ff., 886, 893 f., 899, 900 ff., 906 ff., 919 f., 928, 959 ff., 975, 1007, 1018, 1051 ff., 1070, 1084, 1101, s. auch dort
- Konkordanzprüfung 866, 924, 970
- Konkretisierung des Schutzbereichs durch Verordnungen 855
- Konsequenzgebot 865
- Konvergenz der Grundfreiheiten **845 ff.**, **872**, 920, 1006, 1093
- Marktzugang 900, 905
- Maßnahmen des Herkunftsstaates 850
- Maßnahmen, die den Marktaustritt im Herkunftsstaat erschweren 850
- mittelbare Diskriminierung 851
- negative Integration 841
- Niederlassungsfreiheit 976 ff., s. auch dort
- Nutzungsmodalitäten 906
- persönlicher Schutzbereich **846 f.**, 888, 941 ff., 983 ff., 1034 ff., 1081
- private Verpflichtungsadressaten 866
- Prüfungsschema 871
- „race to the bottom“-Problematik 841
- räumlicher Schutzbereich **846 f.**, 1081
- Rechtfertigung bei Eingriff **841 f.**, **851 ff.**, 894, 909 ff., 961 ff., 1008 ff., 1055 ff., 1086 ff.
- Rechtfertigungen nach der sog. *Cassis*-Formel, s. dort
- Rechtsfolgen eines Grundfreiheitsverstößes, s. dort
- rein innerstaatlicher Sachverhalt 846 f.
- sachliche Gründe als neue Rechtfertigungskategorie 866
- sachlicher Schutzbereich 754, **846 f.**, 880 ff., 931 ff., 978 ff., 1022 ff., 1072 ff., 1080 ff.
- Schranken, Schrankenebene **858 ff.**, **872**, **920**, **961 ff.**
- Schranken-Schranken 860 f., 862, 972 f., 1014 f., 1062, 1088, 1092, 1094
- Schutzbereich der Grundfreiheiten 750, **846 f.**, 871, 880 ff., 930 ff., 977 ff., 1021 ff., 1072 ff., 1080 ff.
- Schutzpflichten 848
- Sozialdumping 840
- Struktur der Grundfreiheiten **845 ff.**, **872**, 1006, 1089
- Struktur des Eingriffs 850
- Unionsgrundrechte als Schranken für die Grundfreiheiten, als Schranken-Schranken 861
- unmittelbare Drittwirkung 849
- unterschiedslos wirkende Beschränkung 851 f., 1049, 1051
- unterschiedslos wirkende Marktzugangsbehinderung 853 ff., 1051
- unterschiedslos wirkende Maßnahme 853, 894, 899, 926, 1006
- Verhältnis von Primärrecht und Sekundärrecht 841, 866
- Verhältnis zu den Grundrechten **968 ff.**
- Verordnungen 866
- Verpflichtungsadressaten der Grundfreiheiten 848
- Verwendungsbeschränkungen 906
- Vorrang des Sekundärrechts 842
- Warenverkehrsfreiheit 873 ff., s. auch dort
- Zahlungsverkehrsfreiheit 1071 ff., s. auch dort

- zeitlicher Schutzbereich 846 f., 944 ff., 1081
- Zurechnung 848
- Grundrechte 39, 690 ff., 968 ff., 975, 1056, 1061 ff., 1083
- Abwehrrechte 690
- Achtung der Privatsphäre 708
- Adressaten 690, 716 f.
- allgemeine Handlungsfreiheit 689
- allgemeiner Gleichheitssatz 709 ff.
- als allgemeine Rechtsgrundsätze 689
- als objektive Rechtssätze 690
- Beeinträchtigung durch Private 690
- Berufsfreiheit 708
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union 35, 37, 39, 60, 679, 684 ff.
- Drittwirkung 703
- Eigentumsrecht 708
- Eingriff 716 ff.
- EU-Grundrechte 669, 679, 964 f.
- Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung 708
- Meinungsäußerungsfreiheit 708
- Recht auf effektiven Rechtsschutz 714
- Recht auf fairen Prozess 71
- Recht auf rechtliches Gehör 714
- Recht auf Rechtsschutz innerhalb angemessener Frist 714
- Rechtfertigung von Eingriffen in die Grundrechte 718 ff.
- Religionsfreiheit 708
- Rolle der EMRK 39, 689, 727 ff.
- Schranken 718
- Schutz der Ehe 708
- Schutz der Familie 708
- Schutzpflicht 690
- Träger 715
- Unverletzlichkeit der Wohnung 50
- Verbot der Doppelbestrafung 714
- Verbot der Rückwirkung von Strafgesetzen 714
- Verfahrensgrundrechte 714
- Verhältnis zu den Grundfreiheiten 683, 968 ff.
- Vertraulichkeit des Briefverkehrs zwischen Anwalt und Mandant 714
- Wahrung als Aufgabe der Union 689
- Wesensgehalt 724
- Würde des Menschen 707
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 50, 117, 136, 181, 186 ff., 192 ff., 215, 400, 430, 452, 527, 630, 723, 726, 797, 806, 860 f., 913, 923, 972, 975, 1008, 1011, 1014 f., 1062, 1068, 1092, 1097, 1110, 1181, 1223, 1319, 1321, 1398
- Adressaten des Grundsatzes 194
- Diplomanerkennung 1015
- Einschränkung von Grundfreiheiten, Schranken-Schranken 851 f., 919, 972, 975, 1008, 1011, 1014 ff., 1062, 1070, 1088, 1092, 1097
- Einschränkung von Grundrechten 723
- Genehmigungserfordernisse 1040, 1048
- Gläubigerschutz 1012, 1014, 1059
- Kohärenzgebot 865
- Verhältnismäßigkeit von Ungleichbehandlungen 718 f.
- Willkürverbot 1088, 1094
- Wirkung des Grundsatzes 195
- Grunkin und Paul* 804
- Gruppenfreistellungsregime 1238
- Gruppenfreistellungsverordnung 1145, 1175 f., 1181, 1237 f., 1281, 1286 f.
- Beihilfen 1237 f., 1281, 1286 f.
- Kartellrecht 1175 f., 1181
- Grzelczyk* 755, 780
- Haftung der Union 623 ff., 569 ff.
 - Adäquanzkausalität 633
 - Amtshaftungsklage 625 ff.
 - Amtshandlung 626
 - Amtstätigkeit, administrative 626
 - Ansprüche 623
 - Aufopferungsansprüche 629
 - außervertragliche 625 ff.
 - Bedienstete, Haftung 627, 637 f.
 - bei Vertragsschluss 623
 - Eigenschäden 637
 - entgangener Gewinn 635
 - Ermessensspielraum 641
 - Fremdschäden 637
 - für rechtmäßiges Unionshandeln 629
 - für rechtsetzende Tätigkeit 626, 631
 - für rechtsprechende Tätigkeit 626
 - Gestaltungsspielraum 631

- Kausalität 633
- Mitwirkung des Geschädigten, zurechenbare 635
- Naturalrestitution 635
- Nicht-/Schlechterfüllung 623
- Organe der Union 627
- Recht, auf Verträge anzuwendendes 623
- Rechtsfolge 635 ff.
- Rechtsnorm, höherrangige individualschützende 631
- Rechtswidrigkeit 628
- Schaden 632
- Schadensersatz 635
- Schiedsklausel 624
- Schutznormen, Schutznormverletzung 630
- Sonderopfer 629
- Sorgfaltspflichtverletzung 623
- unionsrechtswidrige Normativekte 631
- vertragliche 623 f., 639
- Verletzung einer Rechtsnorm 631
- Vermögensschaden 632
- Verschuldensunabhängigkeit 634
- Zinsen 635
- Haftung der Mitgliedstaaten 640 ff., 666
 - Adäquanzkausalität 659
 - Auslegung einer Unionsrechtsnorm 656
 - Ermessensüberschreitung 653
 - für rechtsetzende Tätigkeit 647, 657
 - für rechtsprechende Tätigkeit 647
 - Haftungsanspruch, Herleitung 641 ff.
 - Haftungsinstitut, unionsrechtliches 643
 - Haftungsvoraussetzungen 644
 - Herleitung 641 ff.
 - Haftungsinstitut, unionsrechtliches 643
 - haftungsrechtliche Einheit des Mitgliedstaats 647
 - Handlungsspielraum, mitgliedstaatlicher 642
 - Kausalzusammenhang 659
 - Nichtbeachtung von unionsrechtlichen Bestimmungen 647
 - Nichtumsetzung einer Richtlinie 645, 647
 - richterliche Rechtsfortbildung 641
 - Rechtsfolge 661 ff.
 - Schadensersatzanspruch, Grundlage 643
 - Schadensersatzanspruch, Art und Umfang 661 ff.
 - Schadensersatzanspruch, Schuldner 662
 - Schadensersatzanspruch, Voraussetzungen 642, 649 f.
 - Schadensminderungspflicht 660
 - Schutzpflichtverletzung 648
 - Staatshaftungsanspruch, Haftungsanspruch 651 ff., 647
 - subjektive Rechte, Verleihung 651
 - Verschuldensunabhängigkeit 649
 - Verstoß durch mitgliedstaatliche Gerichte 647
 - Verstoß gegen Unionsrecht 645 ff., 648, 657
 - Verstoß, hinreichende Qualifikation 652 ff.
 - Voraussetzungen 642, 644 ff.
 - Handelsabkommen 466, 879, 1433 f., 1436, 1443
 - CETA 1434
 - Handelsbeeinträchtigung 893 ff., 917 f., 1167 ff., 1277 f., 1321
 - Handelsembargo 1447 ff.
 - Handelspolitik 1432 ff., s. auch Gemeinsame Handelspolitik
 - Handwerksrolle 1012
 - Hartlauer* 654
 - Haushaltsplan 670
 - Ausgaben, (nicht-)obligatorische 673
 - Haushaltsjahr 670
 - Haushaltsgrundsätze 670
 - Haushaltsrecht der EU 667 ff.
 - Eigenmittel 667
 - mehrjähriger Finanzrahmen 669
 - Haushaltsverfahren 671 ff.
 - Herkunftslandprinzip 851, 860, 896, 1017, 1064, 1065
 - Hierarchisierung der Unionsrechtsordnung 98
 - Hinreichende Etikettierung der Produkte s. *Cassis*
 - HIT* 1040
 - Höfner und Elser* 1152
 - Hoheitsgewalt 83, 126, 128, 130, 132, 134, 146, 150, 153, 231, 662, 679, 681, 699, 701 f. 813, 1045, 1048, 1155

- Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik 298 ff., 1416 ff.
- Honeywell*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Hypothetischer Monopoltest* 1189
- i-21 Germany und Arcor* 480
- Identitätskontrolle des BVerfG 148, **149 ff.**, 155, 157, 161, 164, 1383, 1434
- Immobilienwerb 1004, 1028, 1041, 1073, 1082, 1090, 1092, 1096
- Einseitigkeit 1073
 - Genehmigungserfordernis 1090
 - Kapitalverkehr 975, **1101**
 - Raumplanung 1096
- „implied powers“-Lehre 75, 180, s. auch Kompetenzen
- IMS Health* 1204
- Infrastruktur 904, 1026, 1203, 1206 f., 1223, 1252 f., 1270, 1273 f., 1278, 1283, 1329
- Infrastrukturförderung 1253
- Inländerdiskriminierung 201, 757, 841, 854, 927, 936, 981, s. auch Diskriminierungsverbot
- Inländergleichbehandlung 749 f., 851, 943, 948, 1039, 1042, 1045 ff., 1051, s. auch Gleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern, s. auch Inländerdiskriminierung
- Institutioneller Rahmen der EU 70 ff., 83, 220
- Institutionen der Europäischen Union 327 ff.
- Ausschuss der Regionen 331 ff.
 - Europäische Investitionsbank 335, 1451
 - Europäische Zentralbank **318 ff.**, 1357, 1360
 - Europäisches System der Zentralbanken 18, **320 ff.**, 1360
 - Neben-, Hilfs- oder Sekundärorgane 327
 - Wirtschafts- und Sozialausschuss 328 ff.
- Intel* 1211, 1215
- Intergouvernementalität **51, 53 ff.**, 70
- Interkommunale Zusammenarbeit 1341, 1343
- Internationale Handelsgesellschaft* 681
- Internationales Zentrum für wissenschaftliche und technische Information (IZWTI) 2
- Inspire Art* 991, 993
- ITC* 1025, 1031
- Janecek* 620
- Jipa* 794
- Joint dominance, s. kollektive Marktmacht
- Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen 1125 ff.
- Änderungen durch den Vertrag von Lissabon 1125
 - Annäherung der Strafvorschriften 1127
 - Einstimmigkeitsgrundsatz 1107, 1138
 - Eurojust 1131 ff.
 - Europäische Staatsanwaltschaft 213, 1125, **1134**
 - Europäisches Netz für Kriminalprävention (ENKP) 1130
 - Europol 1132, 1134, **1136**
 - grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung 1126
 - Ziele 1125 ff.
- Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen 1123 f.
- Kadi I* 467, 742
- Kadi II* 743
- Kabla* 1309
- Kampfpreispolitik 1218
- Kapitalverkehrsfreiheit 747, 857, 880, 979, 1027, 1066, **1071 ff.**, 1090, 1093 f., 1099 f., **1101**
- Abgrenzung zur Dienstleistungsfreiheit 1079
 - Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit 1076, 1093
 - Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit 1073
 - Begriff des Kapitalverkehrs 1072 f.
 - Beschränkungsverbot, einheitliches 1083
 - Direktinvestitionen 1073
 - Eingriff 1082 ff.
 - Geldkapital 1073
 - Grundrechte als Rechtfertigung 1098
 - Immobilienwerb 1073, 1082, 1092
 - intermediäre Gewalten 1082, 1098
 - *Keck*-Formel 1084
 - Maßnahmen gegen Zuwiderhandlungen 1089

- Meldeverfahren für den Kapitalverkehr 1090
- öffentliche Sicherheit und Ordnung 1091
- persönlicher Schutzbereich 1081
- räumlicher Schutzbereich 1081
- Rechtfertigungsgründe 1086 ff.
- Rechtfertigungsgründe der Niederlassungsfreiheit 1093
- Sachkapital 1073 f.
- sachlicher Schutzbereich 1072 ff.
- Schranken-Schranken 1088, 1092, 1094, 1097
- Schutzpflicht 1082, 1098
- Steuerhoheit der Mitgliedstaaten 1087
- Ungleichbehandlung nach Wohn- oder Kapitalanlageort 1087
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 1088, 1092, 1094, 1097
- Verpflichtungsadressaten 1082
- willkürliche Diskriminierung 1088, 1092
- Zahlungsbilanz 1073
- zwingende Gründe des Allgemeininteresses 1088, 1095 ff.
- Kartellbehörden 1151, 1173, 1230, 1233 f., s. auch Wettbewerbsbehörden
- Kartelle 1149
- Kartellrecht 424, 444, 471, 1149 ff., 1204, 1211, 1230, 1233 f., 1236 f., 1268
- Kartellverbot 1141, 1149 ff.
 - Anwendungsbereich 1232
 - Abgestimmte Verhaltensweisen 1141, 1149, 1163, 1235
 - Bagatellbekanntmachung 1172
 - Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen 1152, 1156, 1158, 1164
 - Beweislastverteilung 1177
 - Effizienz 1144
 - Einzelhandelspreisbindung 1145
 - Erfasste Verhaltensweisen 1163 ff.
 - Faktische Reaktionsverbundenheit 1166
 - Faktisches Parallelverhalten 1166
 - Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV 1173 ff., 1233
 - Freistellungsentscheidung 1150, 1181, 1198
 - Geldbuße 1151
 - Gentlemen's agreements 1163
 - Gewinnerzielung, Absicht der 1154, 1156
 - Gruppenfreistellungsverordnungen 1175 f.
 - Handelsbeeinträchtigung 1167 ff.
 - Handlungsspielraum 1162
 - Hoheitsgewalt 1155
 - Kartelle 1149
 - Kartellverfahrensverordnung 1163, 1177 ff.
 - Kernbeschränkungen 1168, 1175
 - kollektive Klagemöglichkeit 1183
 - Kommissionsbefugnisse 1177 ff.
 - Koordinierung zwischen Unternehmen 1165
 - Krankenkassen, gesetzliche 1156
 - Legalausnahme 1149 ff., 1173
 - Leitlinien 1173
 - Lizenzvertrag 1175
 - Marktanalyse 1167
 - Marktbedingungen 1166, 1245 f., 1276
 - Marktübliche Reaktionen 1166
 - Marktverhalten 1166
 - Marktzugang, Behinderung 1167
 - Mitgliedstaaten als Adressaten 1161
 - Paralleleinführen, Verhinderung von 1167
 - Rule of reason 1145, 1168 f.
 - Schadensersatzanspruch 1182
 - „Schwarze Klauseln“ 1175
 - Sektorenuntersuchung 1180
 - Selbstständigkeitspostulat 1143
 - Sicherungssysteme, soziale 1156 ff.
 - Spürbarkeit, „De-minimis“-Regel 1171 ff.
 - Strukturelle Abhilfemaßnahmen 1181
 - Unternehmen 1152 ff.
 - Unternehmen, Organisationsform 1154
 - Unternehmen, Rechtsträger 1157
 - Unternehmen, Anteilseigner 1157
 - Unternehmensbegriff 1152, 1156, 1158
 - Verhaltenskoordinierung 1167
 - Vereinbarungen 1159, 1163, 1165, 1168
 - Verfahrensverordnung 1173, 1177 ff.
 - Verpflichtungszusagen 1180
 - Verteidigungsrechte der Betroffenen 1179, 1181

- Wettbewerbsbeschränkung 1110, 1124, 1127, 1129 f.
- Wettbewerbsverfälschung 1167 ff.
- Wettbewerbsvorschriften 1141, **1148**
- „Weiße Klauseln“ 1175
- Wirtschaftliche Tätigkeit 1152
- Ziele, außerökonomische 1174
- Zwischenstaatlichkeitsklausel 1200
- Kartellverfahrensverordnung 1173, **1177 ff.**
- Keck, Keck*-Formel 855 ff., 871, 886, 893 f., 900 ff., 907, 928, 959 f., 1007, 1019, 1051 ff., 1070, 1083, 1086
- bestimmte Verkaufsmodalitäten 900
- Dienstleistungsfreiheit 1051 ff.
- Einfluss der Regelung auf den Marktzugang 903
- Ladenschlusszeiten 903
- Markterschließungsfunktion der Werbung 904
- Niederlassungsfreiheit 1006 f.
- produktbezogene Regelungen 901
- Sonntagsverkaufsverbote 903
- Verkaufsmodalitäten, die den Marktzugang spezifisch behindern 904
- Zugang auf allen Marktstufen 904
- Kempter* 204, 480
- Klammerfunktion der Europäischen Union 66 ff.
- Kohärenz 66 ff., 865
- Äußere Kohärenz 38
- Innere Kohärenz 67
- Kohäsion 67
- Materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot 66 ff.
- Spezielle Kohärenzregelungen 69
- Unbedingte Umsetzungsverpflichtung bei GASP-Entscheidungen über ein Handelsembargo 69
- Kohl* 843, 852, 1040, 1048
- Kollektive Marktbeherrschung 1196 ff.
- Kollektive Marktmacht (auch joint dominance/collective dominance) 1196
- Komitologie **358 ff.**, 375
- Beratungsverfahren 367 f.
- Durchführungsbefugnisse 364
- gestuftes Sekundärrechtsverhältnis 360, 392
- Komitologie-Verordnung 361 ff.
- Prüfverfahren 366, 369 ff.
- Kommission 36, 39, **279 ff.**
- als „Hüterin der Verträge“ 294
- als „Motor der Integration“ 295
- Amtszeit der Mitglieder 281 ff., 286
- Aufgaben der Kommission 293 ff.
- Ausführung des Haushaltsplans 296
- Beschlussfassung 297
- Ernennung der Mitglieder 284 f.
- Erstellung des Gesamtberichts über die Tätigkeiten der Europäischen Union 296
- Generaldirektionen 292
- gleichberechtigte Rotation 283
- Initiativmonopol 295
- Mitgliederzahl 281 ff.
- Präsident 281 f.
- Unabhängigkeit der Mitglieder 280
- Verwaltungsunterbau 292
- Zusammensetzung und Organisation 280 ff.
- Kommunalwahlrecht 20, 772, **810 ff.**
- aktives Wahlrecht 20, 814 f.
- Demokratieprinzip des Grundgesetzes 814
- Durchführungsbestimmungen **811 f.**, 815
- passives Wahlrecht 20, 814 f.
- Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz 814
- wahlrechtliche Gleichbehandlung 810
- Wahlrechtssystem 812
- Kompensation 1242, 1245, 1323, 1345
- Kompetenzen der Union 39, **165 ff.**, 1433
- ausschließliche Zuständigkeiten **166 f.**, 1433
- begrenzte Verbandskompetenz 173
- Gesetzgebungsnotstand 166
- geteilte Zuständigkeiten 168 f.
- in den Politikbereichen, s. Politiken der Union
- Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten 165 ff.
- Kompetenz-Kompetenz 172, 179
- konkurrierende Zuständigkeiten 165
- Konzept der ausschließlichen und konkurrierenden Kompetenzen 165
- Mitgliedstaaten als Sachwalter des gemeinsamen Interesses 166
- parallele Kompetenz 168

- Parallelität von Innen- und Außenkompetenz 74, 180
- Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung 172 ff.
- Rahmen- und Beitragskompetenzen 171
- Verbandskompetenz 173
- zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge 74 ff., 1433
- zur Rechtsangleichung 1348 ff.
- Konkurrentenklage, s. Nichtigkeitsklage und Untätigkeitsklage
- Kontrolle durch die Kommission 1234, 1292 ff., 1332 ff.
- Konzessionsrichtlinie 1335
- Kostensenkungswirkung 1244
- Köbler* 658
- Kranemann* 956
- Krankenkassen, gesetzliche 803, 1156, 1337
- Krise, s. Staatsschuldenkrise
- Kulturförderung 1284
- Kühne & Heitz* 203 f., 480

- Landwirtschaftspolitik 1102 ff.
 - Abschöpfungen 1103 f.
 - Agrarzölle 1103
 - Ausfuhrabschöpfung 1104
 - Einfuhrabschöpfung 1103
 - Europäische Marktordnung 1103
 - Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) 1106
 - Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 1106
 - Gemeinschaftspräferenz 1103
 - Übereinkommen über die Landwirtschaft 1103
 - Ziele 1102
- Las* 942, 968
- Legalausnahme 1149 ff., 1173 ff., 1238, 1283 ff., s. auch Beihilfen
- Leistung 638, 754 f., 804, 860, 931, 935, 974, 979, 1023 ff., 1028 ff., 1042, 1048, 1070 f., 1080 f., 1156, 1201 f., 1242 ff., 1338 ff.
- Leistungs-/Gegenleistungsverhältnis 1252, 1255 f., s. auch Beihilfen
- Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 923
- Leitlinien 15, 110, 290 f., 389, 420, 431, 1110, 1168, 1173, 1175, 1281, 1286, 1404, 1410
- des Europäischen Rates 1404, 1410
- der Kommission 1168, 1173, 1175, 1281, 1286 f.
- Lieferungen 1080, 1335
- Lieferverweigerung 1214
- Lissabonner Vertrag, s. Vertrag von Lissabon
- Lizenzvertrag 1175
- „long-term investor“ 1248
- Lucchini* 205, 619
- Luxemburger Kompromiss 12, 276, 342, 373, s. auch „Politik des leeren Stuhls“
- Luxemburger Vereinbarung, s. Luxemburger Kompromiss

- Maastrichter Vertrag, s. Vertrag von Maastricht
- Maastricht-Urteil*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Magill* 1204
- „market economy investor“ 1247, s. auch Beihilfen
- Markt, gemeinsamer, s. Binnenmarkt
- Marktabgrenzung 1187 ff.
- Marktanalyse 1167, 1276, 1323, s. auch Beihilfen, Kartellverbot
- Marktbedingungen 1166, 1242, 1276, s. auch Beihilfen, Kartellverbot
- Marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens 293, 906, 1141, 1160, 1185, 1186 ff.
 - Angebotssubstituierbarkeit 1192 f.
 - Bedarfsmarktkonzept 1188
 - Effizienz 1195
 - Innenwettbewerb 1195
 - Kollektive Marktbeherrschung 1196 ff.
 - Kollektive Marktmacht (joint dominance/collective dominance) 1196
 - Marktanteil 1187
 - Marktbeherrschende(s) Unternehmen 1194, 1196
 - Markteintrittsschranken 1195
 - Nachfragesubstituierbarkeit 1188
 - Oligopol 1196 ff.
 - Parallelverhalten 1166, 1197 f.

- Räumlich relevanter Markt 1187
- Sachlich relevanter Markt 1187
- Wesentlicher Teil des Binnenmarktes 1199
- Wettbewerbsbedingungen 1193
- Marktdefinition 1187 ff.
- Markterschließungsfunktion der Werbung 904
- Marktfreiheiten 1313, 1335
- Marktmacht 1185, **1195 f.**, 1206, 1212 f., 1236, s. auch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, s. auch Missbrauchsaufsicht
- Marktübliche Reaktionen 1166, s. auch Kartellverbot
- Marktverhalten 1166, s. auch Kartellverbot
- Marktversagen 1280 ff., s. auch Beihilfen
- Marktwert 1254 f.
- Marktwirtschaft 102, 839, 1071, 1140, 1242 f., 1246 f., 1250
- Marktzugang, Marktzugangsbehinderung **853 ff.**, 871, 886, 893, **900 ff.**, 944, 959, **975**, 1007, 1017, 1051, 1055, 1084 f., 1167
- Maßnahmen gleicher Wirkung 895 ff., s. auch Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung
 - *Dassonville*-Formel 899
 - *Groenveld*-Formel 899
 - spezifische gegen die Ausfuhr gerichtete diskriminierende Maßnahmen 899
- Maßnahmenpaket der Kommission 1237, 1317, 1322 f., **1325 ff.**, s. auch Beihilfen
- Métropole Télévision* 1315
- Microsoft* 1204 f.
- Ministerrat, s. Rat der Europäischen Union
- Missbrauchsaufsicht **1185 ff.**, 1237
- Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung 1141, **1201 ff.**
 - Anwendungsbereich 1232
 - Ausbeutungsmissbrauch 1202
 - Behinderungsmisbrauch 1202
 - Beweislastverteilung 1177
 - Bündelung 1201, 1212 ff.
 - Effizienz 1144
 - „essential facility“ 1203
 - Exklusivvereinbarung 1209, 1215
 - Freistellung 1201
 - Geldbuße 1220
 - Google 1210 f., 1213
 - Handlungsspielraum 1162
 - Kampfpreispolitik 1218
 - kollektive Klagemöglichkeit 1183
 - Kommissionsbefugnisse 1177 ff.
 - Kopplung 1212 ff.
 - Lieferverweigerung 1214
 - Marktbeherrschende Stellung 1186 ff.
 - Marktdefinition 1187 ff.
 - Marktmacht 1195
 - Missbrauchstatbestand 1195
 - Mitgliedstaaten als Adressaten 1161
 - „more economic approach“ 1180
 - Oligopol 1201
 - Parallelverhalten 1197 f.
 - Patente 12014, 1206, 1208 f.
 - *Post Danmark II* 1217
 - Preishöhenmissbrauch 1218
 - Preis-Kosten-Schere 1218
 - Rabattgewährung 1214 ff.
 - Rechtfertigung 1219
 - Schadensersatzanspruch 1182
 - Schutz geistigen Eigentums 1208
 - Sektorenuntersuchung 1209
 - Selbstständigkeitspostulat 1143
 - SSNIP-Test 1189 f.
 - Strukturelle Abhilfemaßnahmen 1181
 - Verpflichtungszusagen 1181
 - Verteidigungsrechte der Betroffenen 1179, 1181
 - *Windows Media Player* 1212
 - Zugangsverweigerung 1203, 1206 f.
- Mitentscheidungsverfahren 25 f., 242, 339 ff., 393, 795
- Mittelmeer-Union 1428 f.
- Montanunion, s. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
- Morgan* 804
- „more economic approach“ 1145, 1147, 1201, 1237, 1276, 1280, 1282, 1352
 - Aktionsplan „Staatliche Beihilfen“ 1280
 - Netzwerk der Kommission mit nationalen Wettbewerbsbehörden 1234
- National Grid Indus* 990, 993
- Netzwerk der Kommission mit nationalen Wettbewerbsbehörden 1234

- Nichtigkeit 196, 355, 491 ff., 1151, 1170, 1220, 1248, 1303 ff., 1346
- Nichtigkeitsklage 136, 190, 423, 435, 488, 491 ff., **523 ff.**, 553 ff., 569, 575, 591, 615, 868, 1446
- Begründetheit 551 ff.
 - Funktion 523 ff.
 - Gegenstand der Klage **531 f.**, 539
 - Individualnichtigkeitsklage 523 ff., **530 ff.**
 - Individualnichtigkeitsklage von Gebietskörperschaften 543
 - individuelle Betroffenheit 537
 - Klageberechtigung 508 ff., 535
 - Klagefrist 548 f.
 - Konkurrentenklage 541 f.
 - Parteifähigkeit 527
 - *Plaumann*-Formel 539
 - Prüfungsschema 554
 - Rechtsschutzbedürfnis, spezifisches 550
 - Subsidiaritätsklage 527
 - unmittelbare Betroffenheit 538
 - Urteilstwirkungen 553
 - Zulässigkeit 526 ff.
- Niederlassungsfreiheit **976 ff.**, 1020 f., 1026, 1038, 1055, 1061, 1064, 1065 f., 1070, 1093 f., 1098 f.
- Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten 979, 1076
 - Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien 1016 ff.
 - Ausweisung 1010
 - Begriff 978
 - Bereichsausnahme für die Ausübung öffentlicher Gewalt 982
 - Beschränkung durch unterschiedslose Maßnahmen 1006 ff., 1011
 - Diplomanerkennung 1015 ff.
 - Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 1006
 - Diskriminierung nach der Staatsangehörigkeit 1001
 - Eingriff 1000 ff.
 - Eingriff des Herkunftsstaates 1006, 1014
 - Eintragung in die Handwerksrolle 1012
 - Familienangehörige 985
 - Gläubigerschutz 1014
 - grenzüberschreitender Bezug 981
 - Grundrechte 1013 f.
 - Gründungstheorie 988 f.
 - Inländerdiskriminierung 981
 - intermediäre Gewalten 1000, 1013
 - juristische Personen als Berechtigte 986 ff.
 - *Keck*-Formel 1007 f., s. auch dort
 - Marktzugangsbehinderungen 1007
 - natürliche Personen als Berechtigte 984 ff.
 - offene Diskriminierung 1002 f., 1008
 - öffentliche Gesundheit 1009
 - öffentliche Ordnung 1008
 - öffentliche Sicherheit 1009
 - persönlicher Schutzbereich 983 ff.
 - primäre 980
 - Rechtfertigungsgründe 1008 ff.
 - sachlicher Schutzbereich 980 ff.
 - Schranken-Schranken 1014 f.
 - Schutzpflicht 1000, 1013
 - sekundäre 980
 - Sitztheorie 989
 - ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 1011 f.
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 1014 f.
 - Verpflichtungsadressaten 1000
 - versteckte Diskriminierung 1005
 - Wegzugsfreiheit 981 ff., 984
 - Zuzugsfreiheit 981, 984
 - zwingende Gründe des Allgemeininteresses 1012
- Nordatlantikpakt (NATO) 6
- Notbremsemechanismus 124, **213 f.**
- Notifizierungspflicht 1288 f., 1298 f., 1328, 1330, s. auch Beihilfen
- Notifizierungsverfahren 482, 1288, 1291, **1292 ff.**, s. auch Beihilfen
- öffentliche Infrastrukturen 1273
- öffentliche Unternehmen, s. Unternehmen, öffentliche
- öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit 1341
- Oligopol 1196 ff., 1228, s. auch Marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens, s. auch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, s. auch Unternehmen mit besonderen oder ausschließlichen Rechten

- Omega* 1056
OMT, s. Rechtsprechung des BVerfG
 „one-stop-shop“ 1230
 Ordentliches Gesetzgebungsverfahren 393
 Organe der Union 12, 216 ff.
 – Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften 217
 – Fusion 12
 – Fusionsabkommen 218
 – Fusionsvertrag 218
 – Gerichtshof, s. dort
 – Gewaltenteilung 221, 343
 – Institutionelles Gleichgewicht 221 ff.
 – Institutionen der Europäischen Union, s. dort
 – Kommission, s. dort
 – Kompetenzverschiebungen 223
 – Organleihe 70 ff.
 – Parlament, s. dort
 – Rat der Europäischen Union, s. dort
 – Rechnungshof, s. dort
 Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) 6
 Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 6
 Osterweiterung der EU 19, 30 ff., s. auch Beitritt
 – Beitrittspartnerschaften 31 f., 1426
 – Europa-Abkommen 19
 Outright Monetary Transaction (OMT) 161, 1380 ff.
 Pan-Europa 5
 Paralleleinführen, Verhinderung von 1167, s. auch Kartellverbot
 Parallelimport 882
 Parallelverhalten 1166, 1197 f.
 „Pareto-Effizienz“ 1144
 Parlament 224 ff.
 – 3%-Sperrklausel im Europawahlgesetz 237
 – 5%-Sperrklausel im Europawahlgesetz 235 ff.
 – Aufgaben 240 ff.
 – Beschlussfassung 248 f.
 – Bürgerbeauftragter des Europäischen Parlaments 247, 828 ff.
 – Europawahlgesetz 234 ff.
 – Fraktionen im Parlament 238
 – Geltung des jeweiligen Wahlrechts der Mitgliedstaaten 233
 – gleicher Erfolgswert 229
 – gleicher Zählwert 229
 – Grundsatz der Gleichheit der Wahl 232 ff.
 – kein Initiativrecht 240
 – Misstrauensvotum gegen die Kommission 246, 248
 – als „Mitgesetzgeber“ 244
 – Mitentscheidungsverfahren, s. dort
 – nichtständige Untersuchungsausschüsse 246
 – obligatorische Anhörung 240
 – Petitionsrecht eines jeden Unionsbürgers 20, 247, 772, 825 ff.
 – Sitz 239
 – Sitzkontingente 234
 – ständige Ausschüsse 238
 – Verhältniswahlssystem 229
 – Zusammensetzung und Organisation 225 ff.
 Patente 916, 1167, 1204, 1206, 1208 f., 1354
 – Europäisches Einheitspatent 1354
Pearle 1261
 Personalrecht der EU 677 f.
 – Beamte 677
 – Statut der Beamten 677
 – Protokoll, Vorrechte und Befreiungen 677
 – Verwaltung 677
 Petersberger Aufgaben 1406 f., 1419
 Pflicht zur Unionstreue 62, 209 ff., 215, 427, 516, 848, 890
Plaumann-Formel, s. Nichtigkeitsklage
 „Politik des leeren Stuhls“ 12, s. auch Luxemburger Kompromiss
 Politiken der Union 1102 ff.
 – Agrarpolitik 1102 ff.
 – Entwicklungszusammenarbeit 1451
 – Fischereipolitik 1102, 1105 f.
 – Forschung und technologische Entwicklung 17
 – Handelspolitik 167, 1432 ff.
 – Landwirtschaftspolitik 1102 ff.
 – Rechtsangleichung 1348 ff.

- Sozialpolitik 17, **1392 ff.**
- Währungspolitik 1356 ff., s. auch Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
- Wirtschaftspolitik 17, **1355**
- Politische Union 11, 19
- Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) 38, 53, 55 f., 122, 580, 752, 756, 759 f., 1125 ff., 1403
- Polizeiliche Zusammenarbeit 1135 ff.
 - Handlungsfelder 1137 f.
 - Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 2 AEUV 1137
 - Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 3 AEUV 1138
 - Rahmenbeschluss 756, 759
 - sonstige Beschlüsse des Rates 1137 f.
 - völkerrechtliche Übereinkommen nach Art. 37 EUV 1139
 - Ziele 1033 ff.
 - Zuständigkeit in Europol-Angelegenheiten 1136
- Post Danmark II* 1217
- Praktische Konkordanz 722, 758
- Preishöhenmissbrauch 1218
- Preis-Kosten-Schere 1218
- PreussenElektra* 1222 ff.
- Primäres Unionsrecht 59, 380 ff., 463, 512, 517, 521, 646
- Pringle* 1379
- Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung (compétences d'attribution) 56, 74, 124, 152, **172 ff.**, 178 f., 219, 223, 240, 316, 338, 392, 429, 434, 447, 451, 477, **484 f.**, 700, 727, 736, 825, 1146, 1302, 1382
 - allgemeine Rechtsgrundsätze 451
 - begrenzte Organkompetenz 173
 - begrenzte Verbandskompetenz 173
 - Doppelabstützung 175 f.
 - Gewohnheitsrecht 260
 - „implied powers“-Regel 75, 178
 - institutionelles Gleichgewicht 177
 - Kompetenzergänzungsbestimmung (Art. 352 AEUV) 124, **178 ff.**, 189, 336
 - Mehrfachabstützung 175 f.
 - Rechtsetzungsverfahren 338 ff.
 - richterliche Rechtsfortbildung 485
 - Vertragsschlusskompetenz 74 ff., 1434
- „Private creditor“-Test 1249
- „Private purchaser“-Test 1247
- „Private vendor“-Test 1247
- Produktionszweige 1240, 1242, **1268 ff.**
- Protokolle 47 ff., 59, 106, 135, 381, 469, 728, 730
 - über die Anwendung bestimmter Aspekte des Art. 26 AEUV auf das Vereinigte Königreich und Irland 1119
- Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit 136, 188, 194
- über die Außenbeziehungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich des Überschreitens der Außengrenzen 1113
- über die Organe im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union 26
- über die Position Dänemarks 1119
- über die Position des Vereinigten Königreichs und Irland 1119
- von Nizza über die Erweiterung der Europäischen Union 283
- Zusatzprotokolle 50, 243, 466, 728
- Prozessuale Aspekte der Kontrolle durch das BVerfG am Maßstab des Art. 23 GG 146 ff., 163 f.
 - Prüfungsgegenstände der Kontrolle durch das BVerfG 146 ff.
 - Verantwortung des BVerfG für den Grundrechtsschutz in Deutschland 147
- Prüfungsschema für die Grundfreiheiten 871
- Prüfungsschema zum einstweiligen Rechtsschutz 612
- Prüfungsschema zum Vorabentscheidungsverfahren 597
- Prüfungsschema zur Amtshaftungsklage 582
- Prüfungsschema zur Nichtigkeitsklage 554
- Prüfungsschema zur Untätigkeitsklage 568
- Prüfungsschemata zu den Vertragsverletzungsverfahren 521 f.
- Public Private Partnerships 1253
- Querschnittsklausel 1392, 1451
 - Entwicklungszusammenarbeit 1451
 - Gleichstellung von Männern und Frauen 1392

- Rabattgewährung 1214 ff.
- Rat, s. Rat der Europäischen Union
- Rat der Europäischen Gemeinschaften, s. Rat der Europäischen Union
- Rat der Europäischen Union 39, **83**, **259 ff.**, 834, 1424
 - Abgrenzung zu den im „Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten“ 259
 - Abgrenzung zum Europäischen Rat 240, 259
 - Aufgaben des Rats 266 f.
 - Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) 264
 - Beschlussfassung 268 ff.
 - COREPER 264
 - Fachministerräte 261
 - Generalsekretariat 264
 - Hauptrechtsetzungsorgan 266
 - Luxemburger Vereinbarung 12, 276
 - Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ 261
 - Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ 261
 - Ratsformationen 261
 - Reihenfolge des Vorsitzes 263
 - Sitz 262
 - Staatssekretäre im Rat 260
 - Vertreter auf Ministerebene 260
 - Zusammensetzung und Organisation 260 ff.
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 1120 ff.
- Reaktionsverbundenheit 1166, 1197 f.
- Rechnungshof 216, 218, **325 f.**, 523 f., 527, 535 f., 557
- Rechtfertigung eines Eingriffs in eine Grundfreiheit 858 ff.
 - Arbeitnehmerfreizügigkeit 961 ff.
 - Dienstleistungsfreiheit 1055 ff.
 - Kapitalverkehrsfreiheit 1086 ff.
 - Niederlassungsfreiheit 1008 ff.
 - Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV, s. dort
 - Warenverkehrsfreiheit 909 ff.
 - Zahlungsverkehrsfreiheit 1086 ff.
- Rechtfertigung von staatlichen Ausgleichsleistungen nach Art. 106 Abs. 2 AEUV 1311 ff., s. auch Daseinsvorsorge
 - Betrauung 1317 ff.
 - Verhinderungserfordernis 1320 f.
 - Verhältnismäßigkeit 1319, 1321
 - Nettomehrkosten 1321, 1323, 1331
- Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV 909 ff.
 - abschließend und nicht ergänzungsfähig 910
 - Bestand und Ausübung des Rechts 916
 - enge Auslegung 910
 - Erschöpfungsgrundsatz 916
 - keine willkürliche Diskriminierung 918
 - öffentliche Sicherheit und Ordnung 911
 - öffentliche Sittlichkeit 912
 - Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums 916
 - Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen 913
 - Schutz des Lebens von Tieren oder Pflanzen 914
 - Tatbestände nichtwirtschaftlicher Art 917
 - Verhältnismäßigkeit 918
- Rechtsakte nach dem AEU-Vertrag **389 ff.**, 446
 - Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, s. dort
 - Amtsblatt der Europäischen Union 436 ff.
 - Austauschbarkeit der Rechtsakte 429 f.
 - Begründungspflicht 433
 - Beschlüsse, s. dort
 - Durchsetzung 443 ff.
 - Empfehlungen und Stellungnahmen, s. dort
 - Entscheidungen, s. Beschlüsse
 - Formerfordernisse von Sekundärrecht 431 ff.
 - Inkrafttreten von Sekundärrecht 431 ff.
 - Rechtsbehelfsbelehrung 428
 - Rechtshandlungen eigener Art, s. dort
 - Richtlinien, s. dort
 - Verordnungen, s. dort
 - Völkerrechtliche Verträge, s. dort
 - Widerruf und Rücknahme 440 ff.
 - Zwangsmaßnahmen gegenüber Individuen 444

- Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter 392 f.
- Rechtsangleichung 1348 ff.
- Rechtsetzungsverfahren **338 ff.**, 377
- delegierte Rechtsakte 359 f.
 - Durchführungsrechtsakte 360 ff.
 - gemeinsamer Entwurf 342
 - Grundregel 342
 - Grundsatz der Gewaltenteilung 221, 343
 - Hauptrechtsetzungsverfahren 242
 - informeller Trilog 340
 - Initiativfunktion der Kommission 342
 - Komitologie 361 ff., **375**, s. auch dort
 - Kommissionsvorschlag 342
 - Konzertierungsverfahren 356
 - Luxemburger Vereinbarung 12, 276, 342, 373, s. auch Luxemburger Kompromiss
 - Notbremsemechanismus 124, **213 f.**
 - ordentliches Gesetzgebungsverfahren 344 ff.
 - Verfahren der Anhörung 355 ff.
 - Verfahren der Mitentscheidung, s. ordentliches Gesetzgebungsverfahren
 - Verfahren der Zustimmung 357 ff.
 - Vermittlungsausschuss 342
 - Vetorecht des Parlaments 344
 - Zweikammersystem 343
- Rechtsfolgen eines Grundfreiheitsverstoßes 867 ff.
- grundfreiheitskonforme Auslegung 868 f.
 - Anwendungsvorrang 869
 - Anspruch auf „Anpassung nach oben“ 869
- Rechtsfortbildung
- richterliche 485
 - unionsrechtskonforme nationalen Rechts 206 ff.
- Rechtshandlungen eigener Art 419 ff.
- Akte im Rahmen der Organisationsgewalt 422
 - autonome Vertragsänderungen 421
 - Interorgan- oder interinstitutionelle Vereinbarungen 422
- Rechtsmittelrichtlinie 1345, s. auch Vergaberecht
- Rechtsmittelverfahren 595 ff.
- Befugnis zur Einlegung eines Rechtsmittels 596
 - Einheit, Kohärenz des Unionsrechts 601
 - Devolutiveffekt 595
 - „Rechtsfragen“, rechtsmittelfähige Fragen 598
 - Rechtsmittelfrist 598
 - Suspensiveffekt, fehlender 595
- Rechtsprechung des BVerfG 21, 36, 45, 58, 96 f., 124, 127 f., 130 f., 135, 137 ff., 145, **146 ff.**, 163 f., 179, 198, 214, 230 f., 235 ff., 353, 378 f., 586, 588, 681, 700 f., 764, 786, 814, 1140, 1309, 1370, 1372, 1375 ff., 1381 ff., 1434
- 3%-Sperrklausel im Europawahlrecht 237
 - 5%-Sperrklausel im Europawahlrecht 235 ff.
 - *Bananenmarktordnung*-Beschluss 127, 157
 - *ESM/Fiskalpakt* 1370, 1377 f.
 - *Euro-Rettungsschirm*-Urteil 1372, 1375, 1378, 1384
 - *Honeywell*-Urteil 154
 - Identitätskontrolle 148, **149 ff.**, 155, 157, 161, 164
 - *Lissabon*-Urteil 36, 58, 96 f., 124, 131, 140 f., 145, **149 ff.**, 152, 155, 159, 163, 179, 230, 353, 786
 - *Maastricht*-Urteil 21, 58, 127, 130, 140, 145, **152 f.**, 159, 163
 - *OMT*-Beschluss 161, 1382
 - *OMT*-Urteil 155, 1382
 - *PSPP*-Beschluss 161, 1383
 - *Solange*-Rechtsprechung 127, 148, **156 ff.**, 161, 681
 - *Sondergremium* 1376
 - Ultra-vires-Kontrolle 148, 150, **152 ff.**, 161, 164, 701, 1381 ff., 1434
- Rechtsquellen der Europäischen Union **376 ff.**, **446**, **469**, 475, 486
- autonome Rechtsordnung 377
 - Drittwirkung des Primärrechts 388
 - eingeschränkt unmittelbare Anwendbarkeit des Primärrechts 388 ff.
 - Empfehlungen und Stellungnahmen, s. dort
 - Entscheidung, s. Beschluss

- gewohnheitsrechtliche Rechtssätze 377, 390, **446 ff.**
- Horizontalwirkung des Primärrechts **388**
- „lex posterior derogat legi priori“ 384
- „lex specialis derogat legi generali“ 384
- objektive Wirkung des Primärrechts 387
- primäres Unionsrecht 365 ff., s. auch dort
- Rechtsakte eigener Art, s. dort
- Rechtsnatur des Unionsrechts 376 ff.
- Richtlinie, s. dort
- sekundäres Unionsrecht 389 ff., s. auch dort
- Supranationalität 376
- ungeschriebene allgemeine Rechtsgrundsätze 383, 391, **450 ff.**
- unmittelbare Geltung des Primärrechts 388
- „Verfassungscharakter“ 377
- Verordnung, s. dort
- Vertikalwirkung des Primärrechts 387
- Völkerrecht, allgemeines, s. dort
- Rechtsschutz vor dem EuGH und dem EuG 484 ff.
- Aussetzung des Verfahrens 495 f.
- Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs 484 ff.
- Verfahrensablauf vor dem EuGH und EuG 497 ff.
- Verfahrensarten, s. dort
- Verfahrenssprache 499
- Verweisung bei Unzuständigkeit 495 f.
- Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 491 ff.
- Rechtsstaatsprinzip 118, 153, 177, 383, 432
- EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips 118
- Rechtsstaatsverfahren 118
- Rechtssubjektivität 64, 73
- Reimport, s. Verbot von Ein- und Ausführbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung
- Rettungsschirm, s. Euro-Rettungsschirm
- Rettungsmaßnahmen, s. Euro-Rettungsschirm
- Richtlinie 55, 79, 127, 174, 176, **397 ff.**, **446**, 465, **469**, 470, 516, 529, 533, 538, 540, 619, 645 ff., 1223, 1260, 1331 ff., 1335 ff., 1339 ff., 1345 f., 1350, 1353, 1385, 1393, 1395 ff.
- Anerkennungs- und Koordinierungs- 976, 1016, **1017 ff.**
- Dienstleistungsrichtlinie, s. dort
- drittbelastende unmittelbare Wirkung 411
- Frustrationsverbot 401
- Gleichbehandlungsrichtlinie 950 f.
- horizontale unmittelbare Wirkung 408
- keine rückwirkende Umsetzung 399
- Umsetzungsformen und -mittel 400
- negative Horizontalwirkung 409
- Nichtumsetzung einer Richtlinie 399 f., 406, 408, **469**, 619, 648, 657, 663, 705, 720, 963
- objektive unmittelbare Wirkung 412
- richtlinienkonforme Auslegung 412, **413 ff.**
- Transparenzrichtlinie, s. dort
- umgekehrt vertikale unmittelbare Wirkung 407
- Umsetzungsfrist 398 f.
- unmittelbare Anwendbarkeit 385, 402
- unmittelbare Wirkung 387, **402 ff.**
- Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten 398 ff.
- Vergaberichtlinien 1335 ff., 1346
- vertikale unmittelbare Wirkung 406
- Vorwirkung 401
- Römische Verträge 10
- Rottmann* 781, 783 ff.
- Rückforderung 482, 538, 543, 1301, 1304 ff.
- Rücknahmeverpflichtung für bestandskräftige, unionsrechtswidrige Verwaltungsakte 186
- Rule of Reason 1145, 1168 f., s. auch Kartellverbot
- Schadensersatzanspruch
 - gegen die Union, s. Haftung der Union
 - gegen einen Mitgliedstaat, s. Haftung der Mitgliedstaaten
- Schengen-Besitzstand 1119 ff., 1138
- Dänemark 1119
- Einbeziehung in den Rahmen der Europäischen Union 1121

- Estland 1120
- Finnland 1119
- Großbritannien 1119
- Irland 1119
- Island 1119
- Lettland 1120
- Liechtenstein 1120
- Litauen 1120
- Malta 1120
- Norwegen 1119
- Polen 1120
- Schweden 1119
- Schweiz 1120
- Slowakei 1120
- Slowenien 1120
- Tschechische Republik 1120
- Ungarn 1120
- Schengener Abkommen 1119 ff.
- Schmidberger* 694 f., 924, 1056
- Schuldenkrise, s. Staatsschuldenkrise
- Schuman-Monnet-Plan 8
- Schutz geistigen Eigentums 708, 1059, 1204, 1208, 1348, 1354, 1435 ff.
- Schutz- und Notstandsklauseln 211 ff.
- Störung der öffentlichen Ordnung 212
- Kriegs- oder Spannungsfall 212
- Schwellenwerte 1195, 1223, 1226, 1289, 1339 f., 1345 f.
- Sechserpaket, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Sektorenauftragsvergaben 1335
- Sektorenrichtlinie 1016 f., 1335
- Sektorenuntersuchung 1180, 1209
- Sekundäres EU-Sonderrecht 87
- Sekundäres Unionsrecht 57, 83, 391, 393, 463, 465, 469, 646, 651, 720, 729, 788, 953
- allgemeine Rechtsgrundsätze 391
- Beschlüsse, s. dort
- gestuftes Sekundärrechtsverhältnis 360, 392
- Wohnheitsrecht 390
- Kollisionen 392
- Richtlinien, s. dort
- unmittelbare Anwendbarkeit 394
- Verordnungen, s. dort
- Sevic Systems* 995
- Sicherungssysteme, soziale 974, 1023, 1156
- SIEC-Test 1228
- Siegelbruchverfahren* 1178
- Single Resolution Mechanism (SRM), s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Single Supervisory Mechanism (SSM), s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Sitztheorie 970 ff., s. auch Niederlassungsfreiheit
- SMI* 1256
- Societas Europaea (SE) 978 f.
- Societas Privata Europaea (SPE) 978 f.
- Societas Unius Personae (SUP) 999
- Solange I*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Solange II*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Solange-Vorbehalt 161, 729, 743
- Sonstige Stellen der EU 321, 336, 439, 527 f., 546, 554 f., 557, 582, 594, 614, 675 f., 705, 716
- Sozialpolitik 17, 169 f., 261, 1392 ff.
- Europäischer Sozialfonds (ESF) 1400
- Gleichbehandlung von Männern und Frauen 1393 ff.
- Frauenquote 1396
- Spaak-Bericht 9
- Spürbarkeit 541, 1171 f., 1276, 1352, s. auch Beihilfen, Kartellverbot
- SRM, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- SSM, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Staatenverbund 57 f., 131, 231
- Staatlich 58, 755, 882, 1244, 1257 ff.
- aus staatlichen Mitteln 1257 ff., s. auch Beihilfen
- Stabilitäts- und Wachstumspakt 1364 ff.
- Europäisches Semester 1368
- Konvergenzprogramme 1367
- Sechserpaket 1363, 1365, 1369
- six pack 1363
- Stabilitätsprogramme 1367
- two pack 1363
- Zweierpaket 1363, 1365 f., 1369
- Stadt Halle* 1342
- Stadtreinigung Hamburg* 1343
- Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) 1409
- Stand-Still-Gebot 1229, 1292
- Stardust Marine* 1258 f.
- Stauder* 681
- Stoffgleichheit 1267

- Subsidiaritätsprinzip 181 ff.
 – ausschließliche Zuständigkeit der EU 183
 – „effet utile“ als Auslegungsmethode 189
 – keine Kompetenzverteilungsmaxime 183
 – Kompetenzausübungsmaxime 183
 – geteilte Zuständigkeit der EU 183, 185
 – Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit 188
 – SLIM-Programm der Kommission 187
 – Subsidiaritätsrüge 187, 190 f.
 – Subsidiaritätsklage 144, 190 f., 527
 sunk costs, s. versunkene Kosten
 Supranationalität 53, 61
 Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten 113, 114 ff., 120
 – Aussetzung von Rechten eines Mitgliedstaates 114
 – Auswirkungen auf Rechte und Pflichten natürlicher und juristischer Personen 117
 – der Stimmrechte im Rat 114
 – „Fall Österreich“ 118
 – „Fall Polen“ 114, 118
 – mitgliedstaatliches Klagerecht nach Art. 269 AEUV 119
 – Rechtmäßigkeit der Suspendierung 119
 – Rechtsstaatsverfahren 118
 – schwerwiegende und anhaltende Verletzung von in Art. 2 EUV genannten Grundsätzen 114, 116
 – Vorfeldmaßnahmen 118
 Suspendierungsverfahren 114 ff., 120
 Symbole der EU 37
- Teckal* 1342 f.
 Teilnichtigkeit 534, 1303
 Tempelkonstruktion 38, 53
T-Mobile Netherlands 1143, 1170
TNT Post UK 1319
 Transeuropäische Netze 169, 331
 Transformationslehre, s. Anwendungsvorrang
 Transformationsunbedürftigkeit des Unionsrechts, s. Anwendungsvorrang
 Transparenz 33, 133, 282, 686, 775, 1099, 1246, 11967, 1286, 1293, 1331, 1435
 Transparenzgebot 1062, 1253, 1340, 1346
 Transparenzrichtlinie 1260, 1331, 1333
 Transparenzverordnung 1296
 Trilog, informeller 340
- Überseering* 992 f.
 Ultra-vires-Akt 150, 152 ff., 701, 1381 ff., 1434
 Ultra-vires-Kontrolle des BVerfG 148, 152 ff., 161
 Umformung der staatlichen Handelsmonopole 970 ff.
 Umweltpolitik 74
 Ungleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern 746 ff., 757, 755, 764 ff., 801, 851, 854 f., 860, 949, 1001, 1005, 1041, 1058, s. auch Diskriminierungsverbot
Unilever Italia 410
 Unionsbürgerliche Freizügigkeit 752, 755 ff., 788 ff., s. auch Bewegungs- und Aufenthaltsrecht, s. auch Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger
 Unionsbürgerliches Diskriminierungsverbot 765, 789, 804 ff.
 Unionsbürgerschaft 20, 771 ff., 838
 – aktives Wahlrecht 810, 814 f., 816 ff.
 – allgemeines Diskriminierungsverbot 683, 710, 746 ff., 773, 780, 784, 789 f., s. auch dort
 – Anrufung des Bürgerbeauftragten 828 ff.
 – Art. 18 Abs. 1 AEUV 746 ff.
 – Art. 21 Abs. 1 AEUV 788 ff.
 – Art. 79 Abs. 3 GG 814
 – Aufenthaltsrichtlinien 788, 797
 – Bewegungs- und Aufenthaltsrecht 788 ff.
 – Bürgerbeauftragter 828 ff.
 – Bürgerbegehren 836
 – Bürgerpflichten 774
 – Bürgerrechte 771 ff.
 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union 775
 – Demokratieprinzip 813
 – diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger 820 ff.
 – Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 803
 – Drittstaatsangehöriger 792

- Durchführungsbestimmungen 811
- EU-Grundrechte 679 ff., 800
- Europawahlrecht 816 ff.
- europäische Staatsbürgerschaft 230, 777 ff.
- Evolutivklausel 776
- Familienangehöriger 792
- Freizügigkeits- und Aufenthaltsrecht der Unionsbürger 780, **788 ff.**, 929, s. auch dort
- Freizügigkeitsrichtlinie 808
- Gleichheitssatz, Art. 18 AEUV 808
- Grundfreiheiten 777 ff., 788, 794, 797, 800 f.
- Grundrechtscharta 775
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 798
- Kommunalwahlrecht 810 ff.
- nationale Bestimmungen 801 ff.
- passives Wahlrecht 234, 810, 814 f., 816 ff.
- persönlicher Schutzbereich 792
- Petitions- und Beschwerderecht 825 ff.
- Petitionen zum Europäischen Parlament 825 ff.
- Recht auf schriftliche Eingaben 835
- Rechtfertigung 795 ff.
- schriftliche Eingaben an Unionsorgane und -einrichtungen 835
- Staatsangehörigkeit 777 ff.
- Staatsbürgerschaft, europäische 777 ff.
- subsidiär 788
- unionsbürgerliche Freizügigkeit 788 ff.
- Unionsbürgerstatus 750, 780, **789**
- unmittelbare Anwendbarkeit 788
- Vorbehalt sozialer Absicherung 796, 798, 808
- Wahlrecht zum Europäischen Parlament 816 ff.
- wahlrechtliche Gleichbehandlung 812
- Wahlrechtsordnungen 815
- Wahrung berechtigter Interessen 797
- Zugangsrecht zu Dokumenten 439
- Unionsorgane, s. Organe der Union
- Unionsrecht 53 ff.
- Unionsprimärrecht 59
- Unionssekundärrecht 59
- Anwendungsvorrang 60
- Innerstaatlicher Umsetzungsakt 62
- Grundsatz der Unionstreue 62, 209 f., 215
- Gleichrangigkeit der Verträge 59
- Unionsrecht und Recht der Mitgliedstaaten **165 ff.**, 469, s. auch Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- Unionsrechtliches Suspendierungsverfahren, s. Suspendierungsverfahren
- United Brands* 1191, 1194
- Unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts 62, 83, 196, 199, **385 ff.**, s. auch Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- Unmittelbare Geltung des Unionsrechts 199, **215, 385**
- Unmittelbare Drittwirkung 850, 889 f., 947, **1019, 1101**
- Unmittelbare Wirkung 207, 387, 402 f.
- Untätigkeitsklage 555 ff.
- Begründetheit 566
- Form und Frist 564
- Funktion 555
- Klageberechtigung 563
- Klagegegenstand 560
- Konkurrentenklage 562
- Parteifähigkeit 557
- Prüfungsschema 568
- Urteilstwirkung 567
- Vorverfahren 558 f.
- Zulässigkeit 556 ff.
- Unternehmen 926, 976 ff., 987, 1141, 1149 ff., **1152 ff.**, 1159 ff, 1186 ff., 1194 ff., 1224 ff, 1268 ff.
- Anteilseigner 999, 1157, 1159, 1308, 1387
- Grundsatz der Solidarität 1156
- Kapitalisierungsprinzip 1156
- marktbeherrschende 239, 1141, 1160, 1185, **1186 ff.**
- öffentliche 987, 1159 f., 1258 f., 1274, 1331, 1333, 1337, 1343
- Organisationsform 1154
- Rechtsträger 1141, 1157 ff., 1162, 1308
- Unternehmensbegriff **1152 ff.**, 1156 f., 1268 f., 1186
- Unternehmen mit besonderen oder ausschließlichen Rechten **1159, 1318, 1331**

- Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut worden sind 1311 ff., s. auch Daseinsvorsorge
- Betrauungsakt 1317 ff.
- Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 1311 ff., 1322 ff.
- Verhältnismäßigkeit 1319, 1321
- Verhinderungserfordernis 1320 f.
- Unternehmenseinheit, Auswirkungsprinzip
- Unternehmenszusammenschlüsse (auch Zusammenschlüsse) 1149, **1224 ff.**
- Unterschiedslos wirkende Marktzugangsbehinderungen 853 ff., 1051
- Unterschiedslose Beschränkungen 794, 851, 1006, 1049, 1051
- Unterschiedslose Maßnahmen 755, 853 f., 858, 871, 894, 899, 1005 f., **1019**
- VALE* 994 f.
- Vent de Colère* 1263
- Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung 877 ff., s. auch Warenverkehrsfreiheit
- Verbotsgesetz 870, 1303
- Verdingungsordnung 1344
- Vereinbarungen 259, 422, 486, 728, 823, 1149 ff., 1163, 1171, 1173 ff., 1184, 1215, 1225, 1233
- abgestimmte Verhaltensweisen 1141, 1149, **1163 ff.**, 1170 f., 1173, 1176, 1184, 1198, 1201, 1204, 1233
- Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen 1164, 1184, 1233
- Exklusivvereinbarung 1209, 1215
- Gentlemen's agreements 1163
- horizontale 1163
- interinstitutionelle 55, 240, 246, 296, 422, 431, 676
- im Sinne des Art. 101 AEUV 1163 ff., 1170 f., 1173, 1184
- Interorgan-, interinstitutionelle 55, 240, 246, 296, 422, 431, 676
- Kartellverbot 1141, 1149 ff.
- mit Drittstaaten 823 f.
- mitgliedstaatliche 259, 486, 728
- Nichtigkeit 870, 1151, 1170
- vertikale 1163
- Währungsvereinbarungen 1361
- wettbewerbsverfälschende 1149 f.
- Vereinigtes Institut für Kernforschung (CERN) 2
- Vereinte Nationen (UN) 68, 77, 82, 467, 689, **742 f.**, 1401, 1406
- Verfahrensarten vor dem EuGH und dem EuG 503 ff.
- Amtshaftungsklage 569 ff.
- Einstweiliger Rechtsschutz 602 ff.
- Nichtigkeitsklage 523 ff.
- Rechtsmittelverfahren 595 ff.
- Untätigkeitsklage 555 ff.
- Vertragsverletzungsverfahren 503 ff.
- Vorabentscheidungsverfahren 580 ff.
- Verfahrensautonomie 615 ff.
- Äquivalenzgebot 617
- Effektivitätsgebot 617
- Verfahrensordnung 314, 422, 497, 602
- Verfahrensverordnung 1150, 1173, 1777 ff., 1293
- Verfahren vor den Unionsgerichten, sonstige 610 ff.
- Gutachten des Gerichtshofs 611
- Inzidentrüge 612
- Rechtsakt, Unanwendbarkeit im Verfahren 612
- Schiedsklausel 610
- Schiedsvertrag 610
- Verfassungsvertrag, s. Vertrag über eine Verfassung für Europa
- Vergabemodernisierungsgesetz **1335**, 1339, 1341
- Vergaberecht 1141, 1253, **1335 ff.**
- Vergaberechtsregime 1335 ff.
- Vergaberichtlinie 1335 f., 1346
- Vergabeverfahren 1344 f.
- Vergabeverordnung 1336
- Vergleichsinvestor 1247
- Verhältnismäßigkeit, s. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- Verhaltenskoordinierung 1150, 1167, 1176, 1219
- Verhandlungsverfahren 1287 ff., s. auch Vergabeverfahren

- Verordnungen 55, 60, 127, 174, 266, 352, **389 ff.**, **395 f.**, 402, 418, 427, 436, **469**
- Abgrenzung zum Beschluss 418
 - Aufhebung 440 ff.
 - allgemeine Geltung 395
 - Durchsetzung 443 ff.
 - Horizontalwirkung 395
 - „Scheinverordnung“ 532, 539
 - Unanwendbarkeit 614
 - unmittelbare Geltung 395
 - vertikale Wirkung 395
 - zur Konkretisierung von Grundfreiheiten 846
- Verpflichtungszusagen 1181, 1214
- Verstärkte Zusammenarbeit 25 f., **84 ff.**, 213, 374, 1129, 1134, 1138, 1369
- Grundregeln der verstärkten Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten 84 ff.
 - Rechtsakte, die zur Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit ergehen 87
 - verstärkte Zusammenarbeit als letztes Mittel 84
 - verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der GASP 88
 - Zulässigkeit der verstärkten Zusammenarbeit 85
- Versunkene Kosten 904, 1223
- Vertragsänderungen 33, 38 f., 54, 57, **90 ff.**, 113, 223
- änderungsfester Kern des Unionsrechts 98
 - autonome Vertragsänderungen 421
 - Brückenverfahren, s. vereinfachtes Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV
 - nach allgemeinem Völkerrecht 99
 - ordentliches Änderungsverfahren **91 ff.**, 100, 240
 - vereinfachtes Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV 90, **95**, 100, 240, 256, 374
 - vereinfachtes Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV 96 f., 100, 124, 240, 256, 353, 374
- Vertrag über eine Verfassung für Europa 33
- Vertrag von Amsterdam 24 f., 218, 241 f., 289 f., 431, 458, 677, **678**, 711, 835, 1111, 1121, 1362, 1419
- Vertrag von Lissabon **34 ff.**, 53 ff., 62 ff., 72, 90, 97, 104, 118, 122, 136, 144, 179 ff., 188, 190 f., 196, 213, 224 ff., 230, 240, 242 ff., 250 f., 267, 269, 276, 283 ff., 298 ff., 303, 306, 312, 317 ff., 337, 339, 343 f., 358, 376, 389, 393, 419, 444, 527, 531, 669 ff., 727, 746, 751 f., 759, 770, 836, 1112 f., 1119, 1125, 1132, 1134 f., 1348, 1355, 1360, 1362, 1364, 1388, 1391 f., 1403, 1416, 1432, 1435, 1449
- Inkrafttreten 36, 38
 - Ratifikation 35 f.
 - Rechtspersönlichkeit 39
 - Völkerrechtsfähigkeit 79 f.
- Vertrag von Maastricht **20 ff.**, 122, 131, 181, 242, 260, 287, 333, 467, 771, 788, 825, 836, 1087, 1356, 1362, 1364, 1389, 1447
- Inkrafttreten 21, 771
- Vertrag von Nizza **26 ff.**, 118, 422, 713, 835, 1362, 1452
- Inkrafttreten 27
 - Protokoll über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags (EGKS-Protokoll) 28
 - Ratifikation 27
- Vertragsschlusskompetenz 74 ff., 1433
- Vertragsverletzungsverfahren 113, 493, **503 ff.**, 550, 588, **614**, 661, 824, 846, 869, 1333
- Begründetheit 515 ff.
 - Funktion 503 ff.
 - Gegenstand des Verfahrens 503
 - Parteifähigkeit 507
 - Prüfungsschema 521 f.
 - Rechtsschutzbedürfnis 514
 - Urteilstwirkung 520
 - Vorverfahren 508 ff.
 - Zulässigkeit 506 ff.
- Viking* 1000, 1013
- Völkerbund 5
- Völkergewohnheitsrecht 72, 81, **453 ff.**
- Völkerrechtliche Verträge der Union 74 ff., **83**, 377, 381, **461 ff.**, **469**, 522, 627, 1415, 1424
- Bestandteil der Unionsrechtsordnung 461 f.
 - gemischte Abkommen 76, 80, 462, 1425, 1434

- Rang 463
- unmittelbare Wirkung 464
- völkerrechtliche Verträge der Mitgliedstaaten 507 ff.
- Völkerrechtsfähigkeit 2, 73, 82, 83, 453 ff.
 - Europäische Atomgemeinschaft 2
 - Europäische Union 2, 73
 - Gesandtschaftsrecht 82, 83
 - Internationale Organisationen 2, 72, 121, 453
 - völkerrechtliche Deliktsfähigkeit 81, 83
- Völkerrechtssubjektivität, s. Völkerrechtsfähigkeit
- Vollzug des Unionsrechts 470 ff.
 - Äquivalenzgebot 478 f., 617 f., 622
 - Effektivitätsgebot 478 f., 617 f., 622
 - Formen des Vollzugs 470 f.
 - Vertrauensschutz bei Rücknahmeentscheidung 482
 - Verwaltungsorganisation 472 f.
 - Verwaltungsverfahrenrecht 474 ff.
- Vorabentscheidungsverfahren 580 ff., 594, 614
 - Absicherung des unionsrechtlichen Auslegungs- und Verwerfungsmonopols des EuGH 586
 - als Zwischenverfahren 161 f., 580
 - Ausnahmen von der Vorlagepflicht 587, 594
 - Formulierung der Vorlagefrage 589, 594
 - Funktion 580
 - Prüfungsschema 594
 - Rechtswirkungen des Vorabentscheidungsurteils 593
 - Vorlageberechtigung 583 f., 594
 - Vorlagegegenstand 582, 594
 - Vorlagepflicht 584, 588, 594
 - „Zulässigkeit“ 579 ff.
 - Zuständigkeit, sachliche 579
- Vorbefassungsverfahren 735 f.
- Vorrang des Sekundärrechts 842
- Vorrang des Unionsrechts, s. Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- VW-Gesetz 1085
- VW Sachsen 543
- Wachauf* 694 f.
- Wahlrechtsgleichheit 132, 229 ff.
- Währungsunion, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Warenverkehrsfreiheit 388, 722, 747, 848, 850, 856, 873 ff., 880 ff., 888, 889 ff., 893, 905, 907, 921, 923, 927, 928
 - Aufzählung der *Cassis*-Rechtfertigungsgründe 930
 - Begriff der Ware 880
 - beschränktes Herkunftslandprinzip 896
 - bestimmte Verkaufsmodalitäten 900
 - *Cassis*-Entscheidung 896
 - *Dassonville*-Formel 896, 899, s. auch dort
 - Diversifikationszwang 886
 - eigenständiges Diskriminierungsverbot 894
 - Einfluss der Regelung auf den Marktzugang 903
 - Eingriff 889 ff.
 - Erschöpfungsgrundsatz 916
 - fehlende Nähebeziehung 898
 - grenzüberschreitende Dimension des Sachverhalts 887
 - *Groenveld*-Formel 880, 928
 - Handlung eines Verpflichtungsadressaten/Schutzpflicht 889 ff.
 - hinreichende Etikettierung 923
 - *Keck*-Formel 900 ff., s. auch dort
 - keine Rechtfertigung durch rein wirtschaftliche Gründe 917
 - keine willkürliche Diskriminierung 918
 - Konkordanzprüfung 924
 - Kontingentierungen 893
 - Konvergenz der Schranken 920
 - künstliches Handelsgeschäft 884 f.
 - Ladenschlusszeiten 903
 - Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 923
 - Markterschließungsfunktion der Werbung 904
 - Maßnahmen gleicher Wirkung 895 ff.
 - mengenmäßige Ein- und Ausfuhrbeschränkungen 893 f.
 - negative Tatbestandsmerkmale des Art. 34 AEUV 919
 - öffentliche Sicherheit und Ordnung 911
 - öffentliche Sittlichkeit 912

- Parallelimport 882
- persönlicher Schutzbereich 888
- produktbezogene Regelungen 898
- Rechtfertigung 909 ff.
- Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes 924
- Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV 909 ff.
- Rechtfertigungsgründe nach der *Cassis*-Rechtsprechung 919 ff.
- Rechtfertigungsmöglichkeit nur für unterschiedslos anwendbare nationale Regelungen 920
- Reimport 882
- Sachlicher Schutzbereich 880 ff.
- Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums 916
- Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen 913
- Schutz des Lebens von Tieren oder Pflanzen 914
- Schutzpflichten der Mitgliedstaaten 890, 924
- Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit 880
- Sonntagsverkaufsverbote 903
- spezifische gegen die Ausfuhr gerichtete diskriminierende Maßnahmen 899
- spezifisches Beschränkungsverbot 894
- staatliche Maßnahme 889
- subjektiver Anspruch des Einzelnen auf staatliches Einschreiten gegen Grundfreiheitsverletzungen durch andere Private 892
- Tatbestände nichtwirtschaftlicher Art 917
- Umformung der staatlichen Handelsmonopole 925 ff.
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 919
- Unionswaren 881
- unmittelbare Drittwirkung 889
- Unterlassen 891
- Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung 880 ff.
- Verbringungsverbote 893
- Verhältnismäßigkeit 918
- Verkaufsmodalitäten, die den Marktzugang spezifisch behindern 904
- Verstoß gegen die Freiheit des Warenverkehrs durch Unterlassen 891
- Waren aus Drittländern, die sich in den Mitgliedstaaten im freien Verkehr befinden 881
- Warenherkunft als Tabukriterium 894
- Werbemaßnahmen 886
- Zollunion 874 ff.
- Zugang auf allen Marktstufen 904
- Zurechenbarkeit der Beschränkung der Freiheit des Warenverkehrs 889
- zwingende Erfordernisse des Allgemeinwohls 919
- Welthandelsorganisation (WTO) 77, 462, **1435 ff.**
- Wertgutachten 1255, s. auch Beihilfen
- Wesentlicher Teil des Binnenmarktes 1199
- Westeuropäische Union (WEU) 6, 1406
- Westunion, s. Westeuropäische Union (WEU)
- Wettbewerb 719, 840, **872**, 1136 f., **1142 ff.**, 1149 ff., 1185 ff., 1221 ff., 1224 ff., 1232 ff., 1236 ff., 1311 ff., 1335, 1344, 1352, 1427
- wettbewerblicher Dialog 1344
- Wettbewerbsbedingungen 85, 841, 1099, 1166 f., 1185, 1193, 1197, 1217, 1237
- Wettbewerbsbehörden (auch Kartellbehörden) 293, 1151, 1173, 1184, 1230, 1232 ff.
- Wettbewerbsbeschränkungen 1149, 1162, **1166 ff.**, 1333, 1335
- Wettbewerbsoffenheit 1253
- Wettbewerbspolitik 1140 ff.
- Wettbewerbsrecht 167, 293, 729, **1140 ff.**, 1149 ff., 1236 ff., 1311 ff., 1335 ff.
- sektorspezifisches 1221 ff.
- Wettbewerbsbeeinträchtigung, auch -verfälschung, -verzerrung 855, 874, 1141, 1149, 1162, **1166 ff.**, 1285, 13003, 1333, 1335, 1352
- Wiedervereinigung Deutschlands 19
- Wienstrom* 1263
- Willkürverbot 1088
- Windows Media Player 1212, s. auch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung

- Wirksamer Wettbewerb 1142, 1182, 1187, 1194, 1201, 1204, 1228, 1231, s. auch Marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens
- Wirtschaftliche Tätigkeit 754 f., 856, 880, 952, 978 ff., 996, 1003, 1079, 1269 ff., 1326
- Wirtschaftspolitik 11, 17, **1355**, 1362, 1364 f., 1370 f., 1379, 1381
- Wirtschaftssanktionen, s. Handelsembargo
- Wirtschafts- und Sozialausschuss 173, 267, 327, **328 ff.**, **337**, 338, 358, **375**
- Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 13 f., 18 f., 20 f., 102, 318, 323, 443, 1100, **1355 ff.**
- Ablösung des EWI durch die EZB 1360
 - Ausschluss aus der Eurozone 1390
 - Austritt aus der Eurozone 1388 f.
 - bail-in 1387
 - bailout-Verbot, s. Nichtauslösungsklausel
 - Bankenaufsicht 1386
 - Bankenunion 1385 ff.
 - Dänemark 1359
 - Defizitverfahren 1364
 - ECU 23
 - einstweilige Anordnung 1376
 - *ESM/Fiskalpakt* 1370, 1378, 1381
 - Euro 23, 320, 1355, **1358**, 1361
 - Eurobonds 1384
 - Euro-Gipfel 1362, 1371
 - Europäische Zentralbank (EZB) 89, 93, 2016, **318 ff.**, 500, 523 f., 527 f., 535 f., 577, 627, 635, 1354, 1357, 1360, 1380 ff., 1386 f., 1391
 - Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) 1373, 1375
 - Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) 1373 ff.
 - Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) 1368, 1376, **1377 ff.**, 1381
 - Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) 18, **320 ff.**, 1360
 - Europäisches Währungsinstitut (EWI) 318
 - Europäisches Währungssystem (EWS) 14, 318, **1357 f.**, 1391
 - *Euro-Rettungsschirm* 1372, 1375, 1378, 1384
 - Euro-Rettungsschirm, vorübergehender 1373 ff.
 - Euro-Rettungsschirm, unbefristeter 1377
 - Fiskalpakt 610, 1363, **1369**, 1377
 - *Gawweiler* 161, **1381**
 - Griechenland-Soforthilfe 1372
 - Großbritannien 1359
 - Haftungskaskade 1387
 - Konvergenzkriterien **1358 f.**, 1364 f.
 - Konvergenzprogramme 1367
 - Monaco 1361
 - Nichtauslösungsklausel (bailout-Verbot) 1372, 1374
 - Outright Monetary Transaction (OMT) 1381 f.
 - Public Sector Purchase Programme (PSPP) 161, 1383
 - PIIGS 1363
 - San Marino 1361
 - Sechserpaket, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
 - Single Resolution Mechanism (SRM) 1387
 - Single Rulebook 1385
 - Single Supervisory Mechanism (SSM) 1386
 - six pack, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
 - Staatsanleihen 1381 ff.
 - Stabilitäts- und Wachstumspakt 1364 ff.
 - Stabilitätsprogramme 1367
 - Stufen der WWU 1256 ff.
 - two pack, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
 - übermäßiges Defizit 1364
 - Umrechnungskurse 23, 1361
 - Vatikanstadt 1361
 - Währungsabkommen 79
 - Wechselkursmechanismus (WKM 2) 1391
 - Zweierpaket, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Wolzenburg* 759
- workable competition, s. wirksamer Wettbewerb
- Wouters* 1169

Yusuf 742

Zambrano 782 ff.

Zhu und Chen 792

Zahlungsverkehrsfreiheit 1071 ff., 1448

- Beschränkungsverbot, einheitliches 1083
 - Eingriff 1082 ff.
 - Grundrechte als Rechtfertigung 1098
 - intermediäre Gewalten 1082, 1098
 - Maßnahmen gegen Zuwiderhandlungen 1089
 - Meldeverfahren für den Zahlungsverkehr 1090
 - öffentliche Sicherheit und Ordnung 1091
 - persönlicher Schutzbereich 1081
 - räumlicher Schutzbereich 1081
 - Rechtfertigungsgründe 1086 ff.
 - Rechtfertigungsgründe der Niederlassungsfreiheit 1093
 - sachlicher Schutzbereich 1080
 - Schranken-Schranken 1088, 1092, 1094, 1097
 - Schutzpflicht 1082, 1098
 - Sekundärrecht 1099
 - Steuerhoheit der Mitgliedstaaten 1087
 - Ungleichbehandlung nach Wohn- oder Kapitalanlageort 1087
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 1088, 1092, 1094, 1097
 - Verpflichtungsadressaten 1082
 - willkürliche Diskriminierung 1088
 - zwingende Gründe des Allgemeininteresses 1088, 1095 ff.
- Ziele, außerökonomische 1174, 1314

Zollunion 9, 167, 873, 874 ff., 1348, 1432

- Abgabe gleicher Wirkung 875
- bestimmte Zahlungsverlangen weiterhin zulässig 876
- Gebühren 878
- Gemeinsamer Zolltarif (GZT) 667, 879
- innerhalb der Mitgliedstaaten keine Abgaben zollgleicher Wirkung 876
- Steuern 877
- Zölle 875

Zugangsverweigerung 1203, 1206 f.

Zurechenbarkeit 81, 516, 529, 576, 635, 660, 848, 889, 1162, 1258 f.

Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZBJI) 20, 53, 1111, 1125, s. auch justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, s. auch polizeiliche Zusammenarbeit, s. auch Schengener Abkommen

Zusammenarbeit mit Drittländern, wirtschaftliche, finanzielle und technische 1406

Zusammenschlüsse (auch Unternehmenszusammenschlüsse) 1141, 1149, 1158, 1224 ff.

Zwangsmaßnahmen gegenüber Individuen 444

Zweierpaket, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt

Zweiter Weltkrieg 6

Zwischenstaatlicher Handel 873, 890, 900, 902 f., 909, 926 f., 1163, 1167, 1171, 1200, 1233, 1240, 1277, s. auch Handelsbeeinträchtigung, s. auch Handelspolitik

Zwischenstaatlichkeitsklausel 1163, 1200, 1277, 1321